



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Auswirkungen von Intervention und Ethnizität auf die
Konflikte im Ostkongo

verfasst von

Carl-Philipp Bodenstein

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 000 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Afrikanistik

Betreuer: Univ.-Prof. i. R. Dr. Walter Schicho

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	III
1. Einleitung	
1.1. Hintergrund und Gegenstand der Untersuchung	01
1.2. Fragestellungen und Forschungsvorhaben	03
1.3. Thesen	04
1.4. Aufbau und Methoden	05
1.5. Stand der Forschung und Quellenlage	05
 <i><u>Teil 1: Ethnizität-Staatszerfall-Krieg. Theorien und Modelle</u></i>	
2. Ethnizität und Ethnische Identität: Theorien und Konzepte	08
2.1. Was ist Ethnizität?	09
2.2. Zur Entstehung von Ethnizität	13
2.2.1. Primordialismus	13
2.2.2. Konstruktivismus	17
2.2.3. Ethnizität: Forschungsstand und Entwicklungen	22
2.3. Zusammenfassung	27
3. Staatlichkeit und Staatszerfall	28
3.1. Staatsmerkmale	29
3.1.1. Der Staat im afrikanischen Kontext	30
3.2. Staatszerfall	33
3.3. Nation-, State- und Peacebuilding	37
3.3.1. Nationbuilding	38
3.3.2. Statebuilding und Peacebuilding	40
3.3.3. Probleme und Kritik	43
4. Kriegs- und Konfliktbegriffe: Ein Überblick	47
4.1. Der Zwischenstaatliche Krieg	47
4.2. Der Bürgerkrieg	47
4.3. Ethnische Konflikte und ethnische Gewalt	49
4.4. Neue Kriege: Über die Asymmetrie des Krieges	51
5. Resümee	53

Teil 2: Konflikt, Ethnizität und Intervention im Ostkongo

6. Der Kongo: Ein historischer Abriss	55
7. Die Konflikte zwischen 1996 und 2012	60
7.1. Die Kongo-Kriege	61
7.1.1. Kriegsverläufe und Konfliktparteien	61
7.1.3. Interventionen	71
7.2. Konfliktwellen 2003-2012	72
7.2.1. Pretoria, Sun City und der Scheinfrieden	73
7.2.2. Die Wahlen 2006: Prestige und Machterhalt	74
7.2.3. Im Osten nichts Neues: Die Gewaltwellen im Ostkongo	76
7.3. Konfliktakteure	78
7.4. Konfliktbenennung	81
8. Konflikt und Ethnizität im Ostkongo	82
8.1. Gesellschaft und Ethnizitäten im Ostkongo	83
8.2. Kooperation und Konfrontation	84
8.2.1. Rwandophone Bevölkerung im Ostkongo.....	87
8.2.3. Mayi-Mayi und „die Anderen“	89
8.3. Strategien und ethnisches Agendasetting	92
8.3.1. Land creates Conflict creates Ethnicity	92
8.3.2. Die Rede vom „Anderen“: Mechanismen der In- und Exklusion	94
9. State- und Peacebuilding im Ostkongo	96
9.1. Prioritäten, Aufgaben und Aufstellung der Missionen	96
9.1.1. Noch Peacekeeping oder schon Statebuilding?	97
9.1.2. Von MONUC zu MONUSCO: Neues Thema, alte Muster	103
9.1.3. Truppenstärke und -Qualität: Von der „Aristokratie des Todes“..	106
9.2. Die Rede vom gescheiterten Staat und ihre Folgen	107
9.3. Die Unterbewertung lokaler Gewalt: Ein Top-Down Problem?.....	110
11. Fazit und Schlussbemerkungen	113
12. Bibliographie	116
Zusammenfassung	136
Summary	137
Lebenslauf	138

Abkürzungsverzeichnis

<i>ABAKO</i>	Association des Bakongo
<i>ADFL</i>	Alliance des Forces Démocratique pour la Liberation du Congo-Zaire
<i>ADP</i>	Alliance Démocratique des Peuples
<i>CNDP</i>	Congrès National pour la Défense du Peuple
<i>CNRD</i>	Conseil national de Résistance pour la Démocratie
<i>CNS</i>	Conférence Nationale Souveraine
<i>DDR</i>	Disarmament, Demobilization and Reintegration
<i>DDRRR</i>	Disarmament, Demobilization, Repatriation, Reintegration and Resettlement
<i>EIC</i>	État Indépendant du Congo
<i>EUFOR</i>	European Union Force
<i>EUPOL</i>	European Union Police
<i>FARDC</i>	Forces Armées de la République Démocratique du Congo
<i>FAZ</i>	Forces Armées Zairoises
<i>FDLR</i>	Forces Démocratiques de Libération du Rwanda
<i>FNL</i>	Forces Nationales de Libération
<i>FPR</i>	Front Patriotique Rwandais
<i>FRD</i>	Forces Rwandaises de Défense
<i>IFIs</i>	International Finance Institutions
<i>IR</i>	International Relations
<i>JMC</i>	Joint Military Commission
<i>MLC</i>	Mouvement de Libération du Congo
<i>MNC</i>	Mouvement National Congolais
<i>MONUC</i>	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo
<i>MONUSCO</i>	Mission des Nations Unies pour Stabilisation en République Démocratique du Congo
<i>MPR</i>	Mouvement Populaire de la Révolution

Abkürzungsverzeichnis

<i>MRLZ</i>	Mouvement Révolutionnaire pour la Libération du Zaïre
<i>NGO</i>	Non Governmental Organisation
<i>ONUC</i>	Opération des Nations Unies au Congo
<i>OAU</i>	Organisation of African Unity
<i>PALU</i>	Partie Lumumbiste Unifié
<i>PPRD</i>	Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie
<i>PRP</i>	Parti de la Révolution Populaire
<i>RCD</i>	Rassemblement Congolais pour la Démocratie
<i>RCD-ML</i>	Rassemblement Congolais pour la Démocratie-Mouvement de Libération
<i>UDPS</i>	Union pour la Démocratie et le Progrès Social
<i>UNO</i>	United Nations Organisations
<i>UNAMIR</i>	United Nations Assistance Mission for Rwanda
<i>USA</i>	United States of America

1. Einleitung

1.1. Hintergrund und Gegenstand der Untersuchung

Die demokratische Republik Kongo ist mit einer Fläche von über 2.3 Millionen Quadratkilometern das zweitgrößte Land Afrikas. Der Reichtum des Landes, der durch fruchtbare Böden und verschiedenste Rohstoffe deutlich wird, die von Erdöl über Edelmetalle und Diamanten bis hin zu Holz reichen, um nur einige zu nennen, prägte das Schicksal der dort beheimateten Menschen vor allem seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert maßgeblich. Nach 75-jähriger Kolonialherrschaft, die vor allem während der ersten 20 Jahre vielen Einheimischen das Leben kostete, fiel die bis heute einzige Möglichkeit auf Demokratie und Souveränität in Form von Patrice Lumumba dem Westen zum Opfer, der um politischen Einfluss und Ressourcen bangte. Es folgten fünf Jahre Krieg und Konflikt und anschließend 30 Jahre Diktatur unter Joseph Mobutu. Ein Jahr vor dessen Tod 1997 begann der Erste Kongo Krieg.

Nachdem die beiden Kongokriege 1996-1997 und 1998-2003 mit den Friedensverhandlungen in Pretoria und dem Sun City Abkommen, bei dem eine Übergangsverfassung beschlossen wurde, als beendet erklärt worden waren, entstanden in einigen Regionen, insbesondere im Osten des Landes, erneut Konflikte. Aus den Hauptkriegsgegnern und deren Verbündeten spalteten sich immer mehr, oft von „Warlords“ geführte, bewaffnete Gruppen ab, worunter vor allem die zivile Bevölkerung bis heute zu leiden hat. Neben diesen „Warlords“ sind weiterhin sowohl kleine Truppenverbände Ugandas und Rwandas, als auch ethnisch definierte Milizen, wie die FDLR, die aus ehemaligen *Interahamwe*-Soldaten und Flüchtlingen aus Rwanda bestehen, als auch kongolesische Miliz- und Rebellengruppen, die sich zeitweise mit der nationalen Armee FARDC verbündeten, im Ostkongo vertreten.¹ Wenig verwunderlich ist es daher, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten 15 Jahre speziell im Osten des Kongo zu den opferreichsten seit dem Zweiten Weltkrieg zählen. Neben der exzessiven physischen und psychischen Gewalt und massiven Flüchtlingsbewegungen, sind Raubbau an

¹ Für eine genauere Beschreibung der Akteure siehe Kapitel 7.3

Rohstoffen, Korruption und Nepotismus für die prekäre Lage des Kongo im Allgemeinen und des Ostkongo im Speziellen verantwortlich. Die Heterogenität der Bevölkerung in Form verschiedenster sozio-politischer, religiöser, kultureller und anderer Identitäten und die Flüchtlinge aus benachbarten Staaten wie Rwanda und Burundi, sowie eine große Anzahl an elternlosen Kindern und Jugendlichen machen die Situation nicht einfacher.

Durch die Vielzahl an bewaffneten Konflikten, die seit rund 15 Jahren eine (Re) Strukturierung hin zu einem sicheren Staat verhindern und deren Ende nicht in Sicht ist, gilt der Kongo als drastisches Beispiel für eine missglückende Friedens- und Sicherheitspolitik. Denn der Versuch die Lage zu verbessern wird von der teuersten und, mit rund 16.000 zivilen und militärischen Angestellten, mitgliederreichsten Mission in der Geschichte der Vereinten Nationen unternommen. Zusätzlich sind eine große Anzahl an NGOs, sowie staatliche Organisationen wie USAID und Programme der EU vertreten, die nicht selten miteinander um Geld, Mandate und Einfluss konkurrieren. Ziel dieser Missionen ist es die Konflikte zu befrieden, die Bevölkerung zu schützen und staatliche Strukturen aufzubauen. Die Internationalen Strategien die Konflikte zu beenden und einen „funktionierenden Staat“ zu formieren haben bis heute jedoch wenig Wirkung erzielt. Die Unterstützungen von UNO und EU bei den beiden „demokratischen“ Wahlen 2006 und 2012, aus denen jeweils, der schon während der Übergangsregierung 2003-2006 und davor amtierende, Joseph Kabila als Präsident hervorging, entpuppten sich als teure, symbolische Prestigeprojekte, die wenig bewirkten. Auch der Änderung der Missionsbezeichnung von MONUC zu MONUSCO² im Jahr 2009 und des Mandates, welches die Interventionsbefugnisse erweiterte, folgten keine signifikanten Verbesserungen. Darüber hinaus werden einzelne NGOs und Organisationen der Vereinten Nationen sowohl hinsichtlich der Ineffizienz der Missionen im Allgemeinen, als auch aufgrund des Missbrauchs von Gelder, sexuellen Missbrauch und illegalen Raubbau durch deren Mitarbeiter im Speziellen, kritisiert.

Die Konfliktsituation im Kongo ist zum einen ein komplexes Gewebe von Interaktionen verschiedenster Kriegaakteure, die sich zum Teil nach außen hin durch

² Für die volle Schreibweise siehe Abkürzungsverzeichnis

politische, nationalistische oder ethnische Marker konstituieren und definieren, auch wenn die tatsächlichen Motivationen davon abweichen und wohl am ehesten in ökonomischen und machtpolitischen Interessen zu sehen sind. Zum anderen sind im Kongo Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, vertreten, die durch bestimmte Idealvorstellungen funktionierender Staats- und Gesellschaftsstrukturen geprägte Strategien der Konfliktlösung und des Staatsaufbaus verfolgen, welche jedoch wenig Wirkung zeigen.

1.2. Fragestellungen und Forschungsvorhaben

Anhand dieser Darstellung soll der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen die Konstruktion von Ethnizität auf der einen und die Interventionsstrategien der Internationalen Gemeinschaft insbesondere hinsichtlich des State- und Peacebuilding auf der anderen Seite auf die Konflikte haben, bzw. welche Rolle sie innerhalb der Konflikte spielen.

Was Konstruktion von Ethnizität betrifft sollen folgende Aspekte und Fragen geklärt werden. Welche Konfliktakteure konstruieren ethnische Identitäten und wie werden diese adressiert? Lassen sich Kooperationen und Konfrontationen verschiedener Gruppen anhand ethnisch-ideologischer Grenzen festmachen? Welchen Stellenwert hat die Instrumentalisierung von Ethnizität für die Rekrutierung von Kombattanten und die Konstruktion von Feindbildern? Unter welchem Licht betrachten die Vereinten Nationen Ethnizität und wie wirkt sich die Meinung darüber auf die einzelnen Strategien aus?

Der zweite Aspekt der Untersuchung, die Rolle bzw. Auswirkungen von Peacebuilding und Statebuilding Strategien der Internationalen Gemeinschaft, wirft folgende Fragen auf: Wo liegt der Fokus der UNO-Missionen innerhalb der verschiedenen Konfliktstadien? Wo liegen die Probleme hinsichtlich des Schutzes der Zivilbevölkerung? Kann davon ausgegangen werden, dass Konzepte schwacher oder fragiler Staatlichkeit und der darauf basierende Lösungsansatz, welcher darin besteht, durch die Etablierung westlich demokratischer Staatlichkeit Sicherheit und „Ordnung“ zu schaffen, die Konfliktlösung und den Schutz der Bevölkerung eher behindern als vorantreiben? Ist es daher zielführend die Fehler nicht in der

Systematik oder Struktur, sondern lediglich in der Ausführung bzw. den ausführenden Akteuren zu sehen, oder sind die Mängel im System zu finden? Muss es lauten: Staatsaufbau und Peacebuilding ja, aber anderes als bisher? Oder müssen sie durch andere Strategien ersetzt werden?

1.3. Thesen

Identitätskonstruktionen sind eng mit Konflikten verbunden. Die lange Konfliktgeschichte im Gebiet der Großen Seen und speziell die Ereignisse der letzten 20 Jahre bieten einen Nährboden für die Konstruktion und Instrumentalisierung ethnischer Identitäten. Ethnizität ist schließlich insofern ein wichtiger Faktor innerhalb der Konflikte, als dadurch Forderungen nach Macht, Land und Ressourcen, sowie damit verbundene Gewalttaten von staatlichen, parastaatlichen und anderen Akteuren mit dem Argument von Sicherheit oder Rechtmäßigkeit legitimiert werden. Die unterschiedlichen Agenda dieser Akteure, hinsichtlich Freund/Feind Konstruktionen bzw. Kooperationen und Konfrontationen, die teils mangelnde Unterstützung seitens der jeweiligen zivilen Gruppen und das gewalttätige Vorgehen gegen selbige, machen deutlich, dass Ethnizität keine Ursache, sondern eine Folge von Konflikt ist.

Die Interventionen im Kongo sind seitens der Vereinten Nationen und anderer internationaler Akteure von bestimmten Normen und Werten geprägt. Die Schaffung eines liberalen Friedens und liberal demokratischer Staatlichkeit werden als Grundvoraussetzungen gesehen um nachhaltigen Frieden und Sicherheit zu erreichen. Mechanismen und Strategien, um diese Art des Friedens und der Demokratie zu erreichen, zeichnen sich durch eine Fokussierung auf Friedensverhandlungen und demokratische Wahlen ab. Dadurch werden zum einen zivilgesellschaftliche Akteure auf subregionaler und lokaler Ebene weitestgehend ausgeschlossen, zum anderen bleibt dadurch Gewalt auf lokaler Ebene ein unterschätztes Phänomen, was vor allem durch die Klassifikation des Kongo nach 2003 als Postkonfliktgebiet deutlich wird.

Das Thema Ethnizität innerhalb der UNO und deren Organisationen findet als eine von mehreren Konfliktursachen Erwähnung. Eine tiefgreifende

Auseinandersetzung bleibt jedoch aus. Daraus kann geschlossen werden, dass ethnisierte Gewalt zu einem Diskurs des Unausweichlichen und folglich des Normalen wurde.

1.4. Aufbau und Methoden

Die vorliegende Arbeit besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil behandelt Theorien und Modelle zu Ethnizität auf der einen Seite und Staat, Staatszerfall und Staatenbildung auf der anderen Seite. Darüber hinaus sollen ausgewählte Begriffe und Theorien innerhalb der Konfliktforschung betrachtet werden. Dies ist insofern wichtig, als dadurch zum einen die Konflikte im Kongo benannt und zugeordnet werden können, zum anderen die Heterogenität der Konflikte und deren Wandel innerhalb des Untersuchungszeitraums verdeutlicht wird.

Im zweiten Teil soll anschließend sowohl anhand von Literatur die Rolle von Ethnizität und Interventionen innerhalb der Konflikte im Kongo ermittelt werden, als auch ausgewählte Berichte der Vereinten Nationen einerseits auf ihre Interventionsstrategien, andererseits auf das Thema Ethnizität untersucht werden. Zu Beginn des zweiten Teils wird ein kurzer historischer Abriss des Kongo dargeboten. Anschließend werden die Konflikte nach dem Sturz Mobutus beschrieben, definiert und analysiert. Dazu werden sie in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt betrifft die Konflikte zwischen 1997 und 2003, der zweite Abschnitt die Konflikte zwischen 2003 und heute. Der Grund für diese Unterteilung liegt in der internationalen Klassifikation des Kongo nach 2003 als Postkonfliktgebiet. Diese Zäsur ist aus mehreren Gründen, die im zweiten Teil der Arbeit besprochen werden, problematisch, weshalb sie nicht unhinterfragt bleiben soll. Jedoch ist der damit einhergehende Wandel im Umgang mit den Konflikten von Bedeutung. Innerhalb der Analysen liegt der Fokus sowohl auf der Bestimmung und der Rolle der verschiedenen Kriegakteure, als auch auf den Reaktionen der Vereinten Nationen, um zu erfassen, inwiefern Ethnizität als kritischer Faktor Beachtung findet.

1.5. Stand der Forschung und Quellenlage

Die Arbeiten zu den derzeitigen Konflikten im Kongo decken ein sehr weites Feld an Forschungsrichtungen, die von Geschichtswissenschaften, Anthropologie und Soziologie bis zu Politikwissenschaften und Ökonomie reichen, und Forschungsinteressen ab. Letztere betreffen sowohl „kleinere“ Rahmen, wie Forschungen zu Identität, Konfliktdynamik und Interventionsanalysen, als auch größer angelegte Vorhaben, wie der Kriegsursachenforschung oder historische Gesamtdarstellungen der Konflikte. Daneben gibt es noch einige speziellere Arbeiten zum Beispiel zur Gewaltforschung, wie etwa der von Baaz und Stern 2009 veröffentlichte Artikel zu Vergewaltigungen, Maskulinität und Sexualität innerhalb von Streitkräften im Kongo³.

Was die Kriegsursachenforschung generell betrifft, so ist seit einigen Jahren eine starke Tendenz zum Phänomen der Kriegsökonomie zu verzeichnen.⁴ Der Kongo ist aufgrund seiner reichhaltigen Bodenschätze sehr oft Beispiel innerhalb dieser Forschungen. Die ökonomischen Aspekte der Konflikte im Kongo prägten nicht nur den wissenschaftlichen Diskurs, sondern wurden bald auch von Journalisten aufgenommen. Das Thema Coltan und Mobiltelefon wurde bis in Fernsehdebatten getragen. Die Vereinten Nationen gaben ebenfalls mehrere Untersuchungen diesbezüglich in Auftrag.⁵ Entgegen populistischen Ansichten über Gewaltkonflikte in Afrika, die allzu gerne durch Begriffe wie *new barbarism* als irrational und sich jedweder Verständnis entziehende Prozesse identifiziert und mit theoriearmen Beobachtungen erklärt werden, ist sich die Wissenschaft ziemlich

³ Baaz, Maria E./ Stern, Maria (2009): Why do Soldiers Rape? Masculinity, Violence, and Sexuality in the Armed Forces in the Congo (DRC). In: International Studies Quarterly 53, S. 495-518

⁴ Zum Beispiel Collier, Paul (2000): Doing Well out of War. An Economic Perspective. In: Berdal, Mats/ Malone, David M. (Hg.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 91-112; Lock, Peter (2003): Kriegsökonomie und Schattenglobalisierung. In: Ruf, Werner (Hg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen: Leske & Budrich, S. 93-123; Nordstrom, Carolyn (2004): Shadows of War. Violence, Power, and International Profiteering in the Twenty-First Century. Berkeley/ Los Angeles/ London: University of California Press

⁵ etwa UN Security Council (2001): Report of the Panel of Experts on Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. 12. April (S/2001/357).

einig darüber, dass die Motive und Ursachen der Eliten innerhalb der Konfliktparteien auf ökonomischen und machtpolitischen Überlegungen beruhen.⁶

⁶ Hoyweghen Van, Saskia/ Vlassenroot Koen (2000): Ethnic Ideology and Conflict in South Saharian Africa: The Culture Clash Revisited. In: Doom, Ruddy/ Gorus, Jan F.J. (Hg.): Politics of Identity and Economics of Conflict. Brüssel: VUB University Press, S. 93-118. S. 114

2. Ethnizität und Ethnische Identität. Theorien und Konzepte

Die Begriffe „Ethnie“ und Ethnizität erfreuen sich seit Jahren auch abseits der Wissenschaft großer Beliebtheit. Ob in Film und Fernsehen oder Büchern und Zeitungen, diese Begriffe sind insbesondere im Zusammenhang mit Krieg und Konflikt in einer mehr oder weniger breiten Öffentlichkeit verankert. Sie erfuhren, wie Termini anderer Wissenschaftsdisziplinen eine Vereinfachung und Anpassung.⁷ Darüber hinaus werden mit den Begriffen auch bestimmte Weltregionen verbunden. Zu nennen wären zum Beispiel das Amazonasbecken, Teile Zentralamerikas und Ozeaniens (vor allem Papua Neu Guinea) und das subsaharanische Afrika. Anders als in den meisten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Ethnizität und ethnischen Identitäten wird der Begriff Ethnie im öffentlichen Diskurs etwa gleichbedeutend mit dem Begriff „Stamm“ verwendet, welcher bis heute im allgemeinen Sprachgebrauch persistent ist. Neben „Ethnie“ und „Stamm“ werden Begriffe wie „Naturvolk“, „Clan“ und „Sippe“ oft gleichbedeutend verwendet. Selbst Artikel in Qualitätsmedien sind nicht vor gängigen Exotismen und Rassismen gefeit, wie folgender Auszug eines Artikels über das „Böse im Menschen“ beweist.

„Sie sind absolut friedfertig. Die Stammesangehörigen der Mangyan können keiner Fliege etwas zuleide tun. Im Hochland der philippinischen Insel Mindoro leben diese Eingeborenen zwischen Süßkartoffel- und Maniokfeldern und kennen weder Mord noch Totschlag.[...]. Die Betrachtung des Regelfalles wirkt indes desillusionierend: Nahezu alle noch existierenden Naturvölker dieser Erde führen ein Leben voller Aggression und Gewalt.“⁸

Ähnlich verhält es sich im anglophonen Raum mit den Begriffen *tribe* und *ethnic group*, wobei ersterer in manchen wissenschaftlichen Publikationen noch immer verwendet wird, obgleich seit den 1970er Jahren die Wertneutralität des Begriffes in Frage gestellt wird.⁹

⁷ Gingrich, Andre (2008): Ethnizität für die Praxis. Drei Bereiche, Sieben Thesen und ein Beispiel. In: Wernhart, Karl R./ Zips, Werner (Hg.): Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung. Wien: Promedia, S. 99-111. S. 99

⁸ Schmitt, Stefan (2009): Die Wurzeln des Bösen. In: Die Zeit, 37-39. Oktober, 22. S. 37

⁹ Banks, Markus (1996): Ethnicity. Anthropological Constructions. London, New York: Routledge, S. 25

Der Begriff „Ethnie“ wird im öffentlichen Diskurs mit bestimmten Ländern bzw. Regionen, Landschaftsformen (Stadt vs. Land) und nicht zuletzt Hautfarben verbunden und hat in vielen Fällen den Begriff des „Stammes“ ersetzt, ähnlich wie sich die Idee hinter dem Begriff „Rasse“ oft in Diskursen rund um den Kultur-Begriff wiederfindet und „Rasse“ durch Kultur ersetzt wird.¹⁰ Begriffe wie „Stamm“ oder „Rasse“ werden zwar seltener in ihrer Verwendung, die rassistischen Ideen dahinter überdauerten jedoch in neuen oder anderen Begriffen. In den Vereinigten Staaten bilden *race* und *ethnic group* eine Art Hierarchie, wobei *race* zur Beschreibung physischer Differenzierung herangezogen wird und *ethnic groups* Subkategorien innerhalb von *races* bilden. Ethnizität kann jedoch aus verschiedenen Distinktionsformen entspringen und konstituiert sich sowohl an physischen, als auch kulturellen oder anderen Markern.¹¹ Innerhalb der wissenschaftlichen Debatte herrscht Uneinigkeit über den Begriff *race*. Eriksen vertritt diesbezüglich eine sehr schlüssige Meinung. „In societies where ideas of race are important, they must therefore be studied as part of local discourses on ethnicity.“¹²

Auf den folgenden Seiten sollen nun die verschiedenen wissenschaftlichen Definitionen und Theorien zu den Begriffen Ethnizität und ethnische Identität diskutiert und analysiert werden.

2.1. Was ist Ethnizität?

Die anfangs erwähnte Problematik hinsichtlich der Bedeutung von Ethnizität und die unachtsame Verwendung dieses Begriffes in Zeitungsberichten, Reiseführern, populärwissenschaftlichen Büchern oder Dokumentationen ist sicherlich nicht nur auf die wissenschaftliche Uneinigkeit, was die Theorien anbelangt, zurückzuführen, sondern auch auf die Vielzahl an häufig ebenso

¹⁰ Vgl. Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 178, S. 913-921, S. 913;

Hund, Wulf D. (2006): Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 119;

Eriksen, Thomas H. (2002): Ethnicity and Nationalism. London, New York: Pluto Press. S. 6

¹¹ Cornell, Stephen/ Hartmann, Douglas (1998): Ethnicity and Race. Making Identities in a Changing World. London: Pine Forge Press, Sage Publication.

¹² Eriksen 2002: 5

unterschiedlichen Definitionen. Dabei geht es nicht nur um die Frage was Ethnizität ist. Ebenso wichtig ist es die Beziehung zu Begriffen wie ethnische Identität oder Kultur zu erläutern. Eine besondere Stellung nimmt hierbei die Frage nach dem Verhältnis von Ethnizität und Nationalismus ein.

So oft das Wort Ethnizität Verwendung findet, so wenig exakt formulierte Definitionen gibt es also zu diesem Phänomen. Das hat Vor- und Nachteile. Wie Marcus Banks anmerkt gibt es Autoren, die eine strikte Definition für notwendig erachten. Andere Autoren (Banks eingeschlossen) sind froh Ethnizität in einem weiten semantischen Raum belassen zu können.¹³ Der Vorteil einer exakten Definition ist die Schaffung eines Rahmens, in dem der Begriff mehr oder weniger eindeutig verwendet werden kann, ohne ihn genauer beleuchten oder relativieren zu müssen. Der Vorteil Ethnizität in einem breiteren semantischen Rahmen zu betrachten, ist eine universellere, wissenschaftliche und andere Grenzen überschreitende Anwendungsmöglichkeit. Ob nun eine genauere oder eine eher allgemeinere Definition passender ist, hängt nicht zuletzt vom jeweiligen Forschungsinteresse ab. Dennoch sollte zumindest eine Richtung vorgegeben werden. Daher sollen im Folgenden einige Definitionen vorgestellt werden.

Der Sozialanthropologe Andre Gingrich definiert in einer Einführung zur Ethnohistorie Ethnizität in einem sehr weiten Rahmen.

„Ethnizität bezeichnet das jeweilige Verhältnis zwischen zwei oder mehreren Gruppen, unter denen die Auffassung vorherrscht, daß sie sich kulturell voneinander in wichtigen Fragen unterscheiden.“¹⁴

Er führt weiters aus, dass Ethnizität kein Euphemismus für Rasse, nicht identisch mit Kultur oder Nation und einem ständigen Wandel unterzogen ist.¹⁵

Jean und John Comaroff definieren Ethnizität schon ausführlicher.

„Ethnizität bezeichnet die soziale und ideelle Konstruktion einer kollektiven Identität, die sich auf breit verankerte Vorstellungen von einem gemeinsamen Ursprung und einer gemeinsamen Kultur, sowie auf kulturelle Unterschiede zu anderen gründet. Ethnizität ist daher ein

¹³ Banks 1996: 9

¹⁴ Gingrich 2008: 102

¹⁵ Vgl. Ebd.

relationales Phänomen, das mit Abgrenzungen und oft auch mit der Aufwertung einer "Wir Gruppe" und der Abwertung einer anderen Gruppe einhergeht."¹⁶

Hier ist zu erkennen, dass ganz klar davon ausgegangen wird, dass Ethnizität ihren Ursprung in Form sozialer Konstruktion hat, jedoch als (scheinbar) kulturelle Problematik in Erscheinung tritt. In weiterer Folge wird der Begriff weiter gefasst und als relationales Phänomen verstanden. Die Gemeinsamkeiten, die beide Definitionen miteinander verbindet, sind die Worte relational und Verhältnis. Ethnizität erklärt nicht *eine* Kultur oder ein Kulturspezifikum, sondern immer ein Verhältnis zwischen Gruppen. Diese Tatsache nimmt einen Gedankengang vorweg, der eigentlich für die später diskutierte Genese von Ethnizität gedacht ist. Eine einzelne Gruppe, die ohne die Kenntnis einer anderen Gruppe lebt, kann keine Ethnizität aufweisen, da es aus ihrer Perspektive kein anderes identitätsstiftendes Äquivalent gibt, so wie sich auch das Selbstverständnis eines Individuums erst durch mindestens ein zweites konstituiert.¹⁷

„For ethnicity to come about, the groups must have a minimum of contact with each other, and they must entertain ideas of each other as being culturally different from themselves.“¹⁸

Damit wäre auch geklärt, was der Unterschied zwischen ethnischer Identität und Ethnizität ist. Ethnische Identität beschreibt das Selbstverständnis einer Gruppe inklusive ihres kulturellen, sprachlichen oder anderen Gehaltes (diese Attribute sind auswechselbar)¹⁹, wohingegen Ethnizität ein relationaler und prozessualer Begriff ist, der sowohl Eigen-, als auch Fremdzuschreibungen verbindet.

Abner Cohen sieht in Ethnizität ein weiteres Spezifikum, wobei die eben besprochene Relationalität ebenfalls miteinbezogen wird. „The term 'ethnicity' refers to strife between [...] ethnic groups, in the course of which people stress their

¹⁶ Comaroff, Jean/ Comaroff John L. (2011): Ethnizität. In: Gingrich, Andre/ Knoll, Eva-Maria/ Kreff, Fernand (Hg.). Lexikon der Globalisierung. Bielefeld: transcript Verlag, S. 68-72. S. 68

¹⁷ Vgl. Eriksen 2002: 34

¹⁸ Ebd.: 12

¹⁹ Banton, Michael (1994): The Actor's Modell of Ethnic Relations. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. Ethnicity (Hg.) (2009): Ethnicity. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 98-104. S. 103

identity and exclusiveness.“²⁰ Cohen erklärt Ethnizität als *strife*, also je nachdem als Konflikt, Streit bzw. Wettkampf. Nun muss *strife* nicht gezwungenermaßen negativ im Sinne eines gewalttätigen Konfliktes verstanden werden. Dennoch weist der Begriff *strife*, ebenso wie der Bezug auf Identität und Einzigartigkeit, in eine bestimmte Richtung, nämlich die der Konflikthaftigkeit.

Als letztes Beispiel wird nun eine Kritik an dem Konzept von Ethnizität vorgestellt.

„Indeed, it may be that 'ethnicity' is so vague, and so variously used, a term that its definition can only be stipulative and arguments about its definition only sterile. We can make germane the contributions to the debate if we slightly alter their focus from the causes of 'ethnicity' to the generation of some form of sub-national, sub-state, communal sentiment.“²¹

Anthony P. Cohens Kritik richtet sich gegen den exkludierenden Charakter, den Ethnizität in manchen Fällen annimmt.

„When a Labor politician or a Birmingham policeman says *ethnic*, they mean "black." When the Indian Workers Association or the Notting Hill Carnival Committee says *ethnic*, they mean "minority," usually "disadvantaged or discriminated minority." When the racial theorist says *ethnic*, he refers to a relationship of blood and descent. If the word is to be anthropologically useful, it cannot refer exclusively to any of these.“²²

In weiterer Folge stellt er fest, dass viel eher untersucht werden sollte, weshalb in manchen Fällen der Begriff ethnisch, in anderen Fälle aber eine andere Differenzierungsform, etwa national, verwendet wird.²³ Dennoch hat er auch eine Definition für Ethnizität parat. Für Cohen steht fest, dass Ethnizität die „politicization of culture“ und ethnische Identität eine „politicized cultural identity“ ist.²⁴ Unabhängig von Cohens Ansicht über Ethnizität als Politisierung von Kultur, ist auch bei ihm festzustellen, dass er Ethnizität und ethnische Identität klar trennt.

²⁰ Cohen, Abner (1969): Custom & Politics in Urban Afrika. A Study of Hausa Migrants in Yoruba Towns. Berkley, Los Angeles: University of California Press. S. 4

²¹ Cohen, Anthony P. (2010): The Symbolic Construction of Community. London, New York: Routledge. S. 107

²² Ebd. (1993): Culture as Identity: An Anthropologist's View. In: New Literary History, Vol. 24, No. 1, Culture and Everyday Life, S. 195-209. S. 196

²³ Vgl. Ebd. 2010: 107

²⁴ Vgl. Ebd. 1993: 199

Welche Dynamiken Ethnizität zugrunde liegen und welche soziale, politische, religiöse oder andere Aspekte sie enthält, soll im folgenden Abschnitt geklärt werden. Es ist daher wichtig für das Verständnis der folgenden Kapitel einen wesentlichen Aspekt von Ethnizität festzuhalten. Ethnizität ist ein Terminus, der ein Verhältnis beschreibt und ist somit nicht gleichbedeutend mit Kultur oder ethnischer Identität. „Ethnicity is a relationship between two or several groups, not a property of a group;“²⁵.

2.2. Zur Entstehung von Ethnizität

Die verschiedenen Theorien zur Entstehung von Ethnizität können allgemein in zwei Ansätze untergliedert werden. Der eine ist der primordiale bzw. essentialistische Ansatz, der andere ist der konstruktivistische bzw. formalistische Ansatz. Aus diesen beiden Ansätzen sind wiederum Subtheorien hervorgegangen. Beide Ansätze sind bis heute Bestandteil wissenschaftlicher Debatten, wenngleich der konstruktivistische Ansatz überwiegt. Im Folgenden sollen nun primordialistische wie konstruktivistische Theorien zu Ethnizität diskutiert werden.

2.2.1. Primordialismus

Anhänger des Primordialismus bzw. Essenzialismus sehen und verstehen (ethnische) Gruppen als in sich geschlossene (kulturelle) Einheiten, mit spezifischen kulturellen Merkmalen und einem gemeinsamen Ursprung. Dieser Gedanke wurde vor allem durch die Ethnologie wissenschaftlich verankert. Sie verband den biologistischen „common sense“ des 18. und 19. Jahrhundert mit kulturhistorischen Forschungen. Die Suche nach dem Ursprung und die Erforschung spezifischer Merkmale von „Völkern“ stand dabei im Mittelpunkt. Dieses Phänomen lässt sich aber auch in der Philosophie und Geschichtswissenschaft des 18. und 19. Jahrhundert wiederfinden um beispielsweise typisch deutsche, französische oder britische Verhaltensweisen, Fähigkeiten oder Denkmuster zu belegen. Johann

²⁵ Eriksen 2002: 58

Gottfried Herder prägt bereits ein Jahrhundert vor der Gründung des deutschen Kaiserreiches 1871 Begriffe wie *Seele des Volkes* und *Nationalgeist*.²⁶

Der Primordialismus kann nach Anthony Smith in zwei Formen unterteilt werden, einen starken und einen schwachen Primordialismus. Die starke Variante geht davon aus, dass die Verbindungen zwischen den Mitgliedern einer Gruppe, wie Sprache oder Verwandtschaft, sowohl sozio-kulturell, als auch biologisch fest verankert sind. In anderen Worten bedeutet das, dass sämtliche Gesellschaften in ihrer Historie immer durch Heirat, Sprache, Religion, etc., in sich geschlossen waren und eine Art „Blutlinie“ durch die Geschichte ziehen. Heute wird dieser Ansatz laut Smith bis auf wenige Ausnahmen, wie etwa den Soziobiologen Pierre Van den Berghe (1995) oder dem Anthropologen Harold Isaacs (1975, 1997), nur noch von Nationalisten vertreten.²⁷

Die schwache Form der primordialen Theorie von Ethnizität findet in der Debatte schon mehr Anhänger. Sie geht davon aus, dass ethnische Identitäten und deren Merkmale, also Sprache, Kultur, etc., Konstanten sind und menschliche Identität mehr prägen, als andere identitätsstiftende Instanzen, wie zum Beispiel politische Ideologien.²⁸ Diese „schwache“ Form bedient sich meist nicht der Biologie und der Genetik. Es wird daher nicht zwangsweise von „Blutlinien“ oder gar biologisch vererbten Mechanismen ausgegangen, wohl aber von einer historischen Zurückführbarkeit kultureller Eigenschaften und Merkmale.

Eine frühe Variante dieses „schwachen“ Primordialismus wäre die Theorie von Clifford Geertz, der das Konzept der primordialen Bindung (*primordial attachment*) des amerikanischen Soziologen Eduard Shils verwendete (Eller 1999: 73).²⁹ Dieses Konzept wurde 1963 von Clifford Geertz aufgegriffen und im Kontext der multiethnischen Situation in jungen Nationalstaaten Afrikas und Asiens behandelt. Trotz des Begriffes der primordialen Bindung lässt sich daraus die Frage, ob Geertz

²⁶ Eller, Jack David (1999): *From Culture to Ethnicity to Conflict: An Anthropological Perspective on International Ethnic Conflict*. S. 51

²⁷ Smith, Anthony D. (1994): *The Politics of Culture: Ethnicity and Nationalism*. In: Ingold, Tim (Hg.): *Companion Encyclopedia of Anthropology*. London: Routledge, S. 706-733. S. 707

²⁸ Vgl. Banks 1996: 185; Lenz, Carola (1994): „Tribalismus“ und Ethnizität in Afrika: ein Forschungsüberblick. *Sozialanthropologische Arbeitspapiere* Nr. 57. Berlin: Das Arabische Buch. S. 4-5

²⁹ Eller 1999: 73

als Vertreter des Primordialismus gilt, für manche Wissenschaftler nicht eindeutig beantworten. Die Meinungen gehen hierbei auseinander. Konkret handelt es sich um eine sehr bekannter und viel diskutierter Stelle des Geertz'schen Textes über die primordiale Bindung, an der sich die Geister scheiden.

„By primordial attachment is meant one that stems from the "givens" - or, more precisely, as culture is inevitably involved in such matters, the assumed "givens" - of social existence: immediate contiguity and kin connection mainly, but beyond them the givenness that stems from being born into a particular religious community, speaking a particular language, or even a dialect of a language, and following particular social practices. These congruities of blood, speech, custom and so on, are seen to have an ineffable, and at times overpowering coerciveness in and of themselves. One is bound to one's kinsman, one's neighbor, one's fellow believer, ipso facto; as the result not merely of personal attraction, tactical necessity, common interest or incurred moral obligation, but at least in great part by virtue of some unaccountable absolute import attributed to the very tie itself. The general strength of such primordial bonds, and the types of them that are important, differ from person to person, from society to society, from time to time. But for virtually every person, in every society, at almost all times, some attachments seem to flow more from a sense of natural-some would say spiritual - affinity than from social interaction.“³⁰

Für Geertz bedeutet primordiale Bindung eine Bindung, die sich aus den Gegebenheiten sozialer Existenz ergibt, vor allem in Form von Verwandtschaft und unmittelbarer Nachbarschaft. Geertz führt weiters an, dass die Politisierung der *primordial attachments*, die er als primordialen Partikularismus in Form von Tribalismus, Provinzialismus und Kommunalismus bezeichnet, die neuen Staaten stärker gefährdet als sozialer Unmut und Unzufriedenheit, die auf Klassenprobleme zurückzuführen sind.³¹ Bei der Rezeption des Textes wurden und werden insbesondere zwei Stellen sehr ausführlich behandelt. Die eine ist die Diskussion um „*givens*“ und *assumed "givens"*, die andere die um *congruities of blood, speech,*

³⁰ Geertz, Clifford (1963): Primordial Ties. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. Ethnicity (Hg.) (2009): Ethnicity. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 40-45. S. 41-42

³¹ Ebd.: 43

custom. Gabriele Khan-Svik³² und Jack David Eller³³ zum Beispiel verstehen in der Korrektur von “*givens*” zu *assumed “givens”*, dass Geertz nicht von einer tatsächlichen primordialen Bindung ausgeht, sondern eben von angenommenen bzw. geglaubten Gegebenheiten. Im Gegensatz dazu sieht Carola Lentz in dem Konzept von Geertz durchaus eine primordiale Theorie, die er jedoch, so Lentz, mit historisch-politischen Argumenten verbindet. Sie kommt schließlich zu folgendem Schluss:

„Obwohl solche und ähnliche Postulate fragloser “Gegebenheiten” ethnischer Identität durch zahllose empirische Studien widerlegt sind, erweisen sich primordialistische Ansätze als äußerst zählebig.“³⁴

Wieso ist es nun wichtig einige Rezeptionen des Geertz’schen Textes vorzustellen? Diese viel diskutierte Stelle ist meines Erachtens exemplarisch für die Diskussion um Ethnizität und ethnische Identität an sich. Wenn alleine das „Wörtchen“ *assumed* bis heute derartige Debatten auslöst, ist es nicht schwer nachzuvollziehen, dass die Debatte um Ethnizität ein sehr wichtiges Feld innerhalb der Anthropologie, aber auch mancher Teilbereiche der Soziologie, Geschichtswissenschaften und anderer Disziplinen darstellt.

Der Primordialismus ist weitestgehend aus den Ethnizitätsdebatten verschwunden. Einzig „Neoprimalisten“³⁵, wie etwa Anthony Smith, versuchen heutige Gesellschaften historisch zurückzuverfolgen und damit Linien durch die Geschichte zu ziehen, die mitunter bis in biblische Zeiten reichen. Smith sieht in dem Begriff der ethnischen Identität eine Identität, die sich durch einen gemeinsamen Mythos und eine kollektive Erinnerung in Form von Geschichte und Abstammung konstituiert. Für Smith ist sie zwar sozial konstruiert, dennoch wird sie durch die ständige Weitergabe eine Realität, wodurch sich ethnische Merkmale

³² Khan-Svik, Gabriela (2008): Kultur und Ethnizität als Forschungsdimensionen. Von der Kulturanthropologie zur Interkulturellen Pädagogik. Frankfurt am Main: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 117

³³ Eller 1999: 74

³⁴ Lentz 1994: 5

³⁵ Lentz 1994: 3

bilden.³⁶ Für Lentz ist die von Smith besagte Kontinuität zwischen vor-moderner „Ethnien“ und heutigen Nationen „[...] kein historisch belegbares Argument, sondern eine begriffsnominalistische Operation, die ethno-nationalistische Ideologien wissenschaftlich rechtfertigt.“³⁷ Eriksen ist einer ähnlichen Meinung, indem er die von Smith geglaubte Kontinuität für irreführend hält.³⁸

In den letzten zwanzig Jahren ist sowohl innerhalb der Wissenschaftsliteratur, als auch in der populär(wissenschaftlichen) Literatur ein Trend bzw. eine Rückbesinnung zu primordialen Theorien und der Annahme starrer ethnischer Gegebenheiten, ob sie nun als solche benannt werden oder nicht, zu erkennen. Allen voran ist in diesem Zusammenhang Huntington und sein Aufsatz vom *clash of civilisations*³⁹ zu nennen, wobei sein Beitrag laut Hartwig Hummel und Birgit Wehrhöfer eher die Konstruktion neuer „[...] ethnischer bzw. ethnisch-territorialer Identitäten [...]“ liefert, als eine Analyse der Weltpolitik und aktueller Konflikte.⁴⁰ Im deutschsprachigen Raum löste das Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ eine starke Debatte in der Öffentlichkeit aus. Problematischer als die Postulate an sich, sind jedoch ihre kritiklose Rezeption und Akzeptanz, die sich trotz eindeutiger wissenschaftlicher Widerlegbarkeit durch weite Teile der Gesellschaft ziehen.

2.2.2. Konstruktivismus

Im Gegensatz zu Vertretern primordialistischer Theorien, sehen Konstruktivisten Ethnizität nicht als Gegebenheit, sondern als soziale, kulturelle, religiöse oder andere Konstruktion. Sehr frühe konstruktivistische Ideen finden sich

³⁶ Vgl. Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. (2009): Introduction. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. Ethnicity (Hg.): Ethnicity. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 3-14. S. 10;

Gutiérrez, Natividad (1997): Ethnic Revivals Within Nation-States? The Theories of E. Gellner and A.D. Smith Revisited. In: Wicker, Hans-Rudolf (Hg.). Rethinking Nationalism and Ethnicity. The Struggle for Meaning and Order in Europe. New York/ Oxford: Berg, S. 163-173. S. 167

³⁷ Lentz 1994: 3

³⁸ Eriksen 2002: 106

³⁹ Huntington, Samuel P. (1993): The Clash of Civilizations?. In: Foreign Affairs Vol. 72, No. 3, S. 22-49

⁴⁰ Hummel, Hartwig/ Wehrhöfer, Birgitt (1996): Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. In: WeltTrends 12, Herbst, S. 7-34. S. 25

schon bei Max Weber, der von der „ethnische[n]“ Gemeinsamkeit“ als „gegläubte Gemeinsamkeit“ spricht und von einer „künstliche[n]“ Art der Entstehung“ ausgeht.⁴¹ Einen sehr weitreichenden Einfluss in der Sozialanthropologie ab den 1940er Jahren hatten die Untersuchungen der Manchester School rund um Max Gluckmann, Clyde Mitchell und anderen, die die Entstehung ethnischer Gruppen durch Arbeitsmigranten in Städten rund um den *copper belt* beobachteten. Diese Prozesse wurden mit den Begriffen *tribalism in towns* bzw. *urban tribalism* beschrieben.⁴²

Konstruktivistische Theorien zu Ethnizität wurden ab den 1970er Jahren nachhaltig durch Frederic Barth und seinen Beitrag in dem 1969 von ihm herausgegebenen Sammelband *Ethnic Groups and Boundaries* geprägt. Eine große Bedeutung erlangte dabei die von Barth verfasste Einleitung. Im Folgenden sollen nun einige wichtige Punkte seines Konzeptes betrachtet werden. Zunächst macht Barth auf die Problematik aufmerksam, dass die meisten Sozialanthropologen den Problemen, die durch die Frage nach der Entstehung ethnischer Gruppen und Grenzen entstehen, aus dem Weg gehen. Weiters kritisiert er eine Sichtweise, die leider bis heute nicht verschwunden ist. „[...] the simplistic view that geographical and social isolation have been the critical factors in sustaining cultural diversity persists.“⁴³ In Unterscheidung zu anderen Anthropologen, insbesondere den Strukturfunktionalisten, hält Barth fest: „The critical focus of investigation from this point of view becomes the ethnic boundary that defines the group, not the cultural stuff that it encloses.“⁴⁴ Mit *cultural stuff* meint Barth Sprache, Gesetze, Tradition, etc. Für Barth sind ethnische Gruppen „[...] categories of ascription and identification by the actors themselves, and thus have the characteristic of organizing interaction between people.“⁴⁵ Hierbei ist zu betonen, dass Barth das Individuum in seinen Theoriekomplex einbaut, indem er davon ausgeht, dass das Individuum seine Identität wählt und auch verändern kann. Ein weiterer zentraler

⁴¹ Weber, Max (2010): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Zweitausendeins. S. 307

⁴² Lentz 1994: 8

⁴³ Barth, Frederik (1998): Introduction. In: Barth, Frederik (Hg.): *Ethnic Groups and Boundaries*. Long Grove: Waveland Press, S. 9-38. S. 9

⁴⁴ Ebd.: 15

⁴⁵ Ebd.: 10

Punkt bei Barth ist die Annahme, dass sich die Identität einer Gruppe durch die Unterschiede zu einer anderen Gruppe konstituiert. Die Unterschiede zweier Gruppen sind jedoch nicht einfach vorhanden, sondern werden ausverhandelt.⁴⁶ Wichtig hierbei ist, dass die Inklusion und Exklusion von Individuen, der Rahmen der Interaktion zwischen Gruppen, sowie die Grenzverläufe situationsabhängig sind und sich laufend verändern können.⁴⁷

Eine Auseinandersetzung mit Barth findet man zum Beispiel bei Richard Jenkins. In *Rethinking Ethnicity* betrachtet Jenkins unter anderem das Verhältnis zwischen individueller und kollektiver Identität und zwischen der Selbstdefinition einer Gruppe und der Fremddefinition. Jenkins hält fest, dass eine externe Definition erst durch eine aktive soziale Beziehung entstehen kann. Er fügt dem Konzept von Barth eine Komponente hinzu, die Barth in seinen Theoriekomplex noch nicht eingebaut hatte, nämlich Macht und die Kontrolle über Ressourcen.

„[...] the capacity to intervene successfully in other people's lives implies the capacity - the power or the authority - to do so. The exercise of power implies competitive access to and control of resources, while authority is, by definition, only effective when it is legitimate. Power and authority are necessarily embedded within active social relationship.“⁴⁸

Jenkins erläutert ebenfalls die Bedeutung des *cultural stuff*, indem er einerseits auf die Wichtigkeit hinweist, sich in der analytischen Betrachtung von Ethnizität davon nicht beirren zu lassen. Andererseits macht Jenkins auch darauf aufmerksam, dass das kulturelle Repertoire, wie ich es nennen würde, deshalb jedoch nicht irrelevant ist. Das Verhältnis, so Jenkins, zweier Gruppen mit einem ähnlichen kulturellen Repertoire sei anders als das Verhältnis zweier Gruppen, die größere kulturelle Unterschiede aufweisen. Er verwendet, um dies zu veranschaulichen, ein Beispiel. Jenkins meint ein Verhältnis zwischen zwei christlichen Gruppen ist ein anderes, aber nicht gezwungenermaßen ein besseres, als das Verhältnis zwischen einer christlichen und einer muslimischen Gruppe.⁴⁹

⁴⁶ Vgl. Ebd.: 15

⁴⁷ Jenkins, Richard (2008): *Rethinking Ethnicity. Arguments and Explorations*. London: Sage Pub. S. 19

⁴⁸ Ebd.: 55

⁴⁹ Ebd.: 111

Ein weiterer wichtiger Vertreter konstruktivistischer Theorien ist Abner Cohen. Cohen ist deshalb wichtig anzuführen, da für ihn Ethnizität nicht auf verschiedene Identitäten zurückzuführen ist, sondern auf eine *corporate action*.⁵⁰ Er sieht Ethnizität als politisches Phänomen und erklärt dies folgendermaßen:

„[...] ethnicity is essentially a political phenomenon, as traditional customs are only used as idioms, and as mechanisms for political alignment. People do not kill one another because their customs are different.“⁵¹

Damit gilt Cohen nicht nur als Vertreter des Konstruktivismus, sondern auch des Instrumentalismus, der von einigen Autoren neben dem Primordialismus und dem Konstruktivismus als eigener Ansatz verstanden wird. Andere betrachten ihn als eine Form des Konstruktivismus. Cohen sieht Ethnizität unter vier Gesichtspunkten. Erstens ist Ethnizität das Resultat von intensiver Interaktion verschiedener ethnischer Gruppen und kein Resultat von Separatismus. Zweitens ist für Cohen „Tribalismus“⁵² kein zutage Treten von kulturellem Konservatismus oder Kontinuität, sondern involviert eine dynamisches Reorganisation von Beziehungen und Gewohnheiten. Drittens ist Ethnizität ein politisches Phänomen und viertens sind ethnische Gruppen im Wesentlichen informell.⁵³ Gemeint ist damit, dass sie im realpolitischen Sinn keine formale Bedeutung haben. Das heisst jedoch nicht, dass Ethnizität nicht politisch sei, wie Cohen durch das oben angeführte Zitat deutlich macht. Diese für sein Konzept wichtige Tatsache gibt er an mehreren Stellen wieder. Laut Cohen wirkt und agiert Ethnizität „[...] within contemporary political contexts

⁵⁰ Vgl. Banks 1996: 34

⁵¹ Cohen, Abner (1969): *Custom & Politics in Urban Afrika. A Study of Hausa Migrants in Yoruba Towns*. Berkley, Los Angeles: University of California Press. S. 200

⁵² Anm.: Der Begriff Tribalismus bzw. *tribalism* wurde in der Vergangenheit unterschiedlich verwendet. Die Manchester School, der auch Cohen angehörte, meinte damit einen Prozess der „Wir-Bildung“ bedingt durch Kontakte verschiedener Individuen und Gruppen, die sich, etwa infolge von Arbeitsmigration, in ähnlichen oder gleichen soziale und ökonomischen Bedingungen befinden. Cohen selbst bezeichnet diese Gruppen als (*informal*) *interest groups*. Er verwendet „[...] ‘tribalism’ mainly as a native term [...]“ und „‘ethnicity’ as a sociological term.“ (Cohen 1969: 4), jedoch sind für ihn die Bedeutungen der beiden Begriffe ähnlich. Heute bezeichnet Tribalismus meist eine Praktik, bei der ethnische Kategorien von Akteuren instrumentalisiert werden (etwa in Form rassistischer Rhetorik) um Menschen für die jeweiligen Vorhaben dieser Akteure zu mobilisieren. Tribalismus dient in diesem Sinne vor allem der Konstruktion des „Anderen“. Tribalismus ist somit klar vom Begriff Ethnizität zu trennen.

⁵³ Ebd.: 198-200

and is not an archaic survival arrangement carried over into the present by conservative people."⁵⁴

Neben Anthropologen hatten auch Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen großen Einfluss auf die Ethnizitätsdebatte. Innerhalb der Soziologie wichtig zu erwähnen ist Pierre Bourdieu. Durch zwei Theorien Bourdieus, der zu Ethnizität selbst nicht forschte, wurden die Rahmen der Debatte erweitert, nämlich der Theorie zur symbolischen Macht und der Habitus-Theorie. Die symbolische Macht, also die Macht „[...] to make things with words.“⁵⁵, ermöglicht es Gruppen eine bestimmte Bedeutung einzuverleiben oder auch Gruppen⁵⁶, die laut Bourdieu keine Gegebenheiten sind, entstehen zu lassen.⁵⁷ Der Habitus wiederum erschafft Praktiken und Wahrnehmungen bzw. Repräsentationen dieser Praktiken, und dadurch objektive Kategorien. "Habitus thus implies a "sense of one's place" but also a "sense of the place of others."⁵⁸ Mit der Habitus-Theorie lässt sich im Bezug auf Ethnizität etwa erklären wie oder warum kulturelle Differenzen leicht als ethnische Differenzen wahrgenommen werden (können), indem einerseits kulturelle Unterschiede (objektive Kategorien) ethnische Grenzen als natürlich erscheinen lassen und andererseits soziale Schließung⁵⁹ entlang ethnischer Grenzen neue kulturelle Unterschiede entstehen lässt.⁶⁰

Innerhalb der Geschichtswissenschaften ist es vor allem Eric Hobsbawm, der einen wesentlichen Beitrag zur Ethnizitätsdebatte geleistet hat, obwohl sich Hobsbawm konzeptionell wenig mit Ethnizität auseinandersetzt. Für ihn ist Ethnizität im Vergleich zum Nationalismus kein politisches Konzept und auch kein Auslöser

⁵⁴ Ebd.: 190

⁵⁵ Bourdieu, Pierre (1989): Social Space and Symbolic Power. In: Sociological Theory, Vol. 7, S. 14-25. S. 23

⁵⁶Anm.: Bourdieu geht zwar primär von sozialen und politischen Klassen aus, symbolische Macht und symbolisches Kapital sind jedoch Ressourcen, die bei der Entstehung von Ethnizität bzw. ethnischen Kategorien ebenso relevant werden.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd.: 19

⁵⁹ Anm.: Das Webersche Konzept der Monopolisierung von Ressourcen, Macht, Privilegien und Prestige durch soziale Akteure

⁶⁰ Wimmer, Andreas (2008a): The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries: A Multilevel Process Theory. In: American Journal of Sociology, Vol. 113, Nr. 4, S. 970-1022. S. 983

von revolutionärem Nationalismus.⁶¹ Was jedoch immer wieder in die Debatte um Ethnizität eingebracht wird ist das Konzept der *Invented Tradition*, welches von Hobsbawm und Ranger 1982 entwickelt wurde und einen ideologiekritischen, konstruktivistischen Ansatz bietet. Hobsbawm formuliert dieses Konzept wie folgt:

„Invented tradition‘ is taken to mean a set of practices, normally governed by overtly or tacitly accepted rules and of a ritual or symbolic nature, which seek to inculcate certain values and norms of behavior by repetition, which automatically implies continuity with the past. In fact, where possible, they normally attempt to establish continuity with a suitable historic past.“⁶²

Für Hobsbawm steht jedenfalls fest, dass die Erforschung erfundener Tradition Interdisziplinarität erfordert und Geschichtswissenschaften, Sozialanthropologie und andere geisteswissenschaftliche Disziplinen zusammenarbeiten sollten.⁶³

Ein ähnliches Konzept des Politikwissenschaftlers Benedict Anderson ist das der *Imagined Communities*. Anderson geht darin davon aus, dass (fast) jede Art von Gemeinschaft imaginiert, also der Vorstellung seiner Mitglieder entspringt. Dieses Konzept ist angelehnt an das von Ernest Gellner, der von erfundenen Nationen spricht, jedoch mit einem für Anderson wesentlichen Unterschied. Gellner sieht in der Erfindung von Nationen eine Art Fabrikat und daher Falschheit, was den Anschein erweckt, dass es abseits der Nation richtige oder echte *communities* gibt.⁶⁴ „In fact, all communities larger than primordial villages of face-to-face contact (and perhaps even these) are imagined.“⁶⁵

2.2.3. Ethnizität: Forschungsstand und Entwicklungen

Neuere Theorien zu und Betrachtungen von Ethnizität versuchen den Begriff aus dem strikten Kontext nichtwestlicher Gesellschaften zu lösen. Dabei wird

⁶¹ Hobsbawm, Eric J./ Kertzer, David J. (1992): Ethnicity and Nationalism in Europe Today. In: Anthropology Today, Vol. 8, Nr. 1, S. 3-8. S 4

⁶² Hobsbawm, Eric J. (1988): Introduction: Inventing Traditions. In: Hobsbawm, Eric J./ Ranger, Terence (Hg.): The Invention of Tradition. Cambridge, New York: Cambridge University Press, S. 1-14. S. 1

⁶³ Ebd.: 14

⁶⁴ Anderson, Benedict (2006): Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London, New York: Verso. S. 6

⁶⁵ Ebd.

Ethnizität zum Teil ideologiekritisch betrachtet und dekonstruiert⁶⁶ oder in einem breiteren Verständnis rekonstruiert⁶⁷. In der heutigen Debatte um Ethnizität, so Eriksen, scheiden sich daher die Geister bei zwei Problemen. Erstens herrscht Uneinigkeit, wo der oder die Schwerpunkte zu setzen sind. Zweitens sind die Verhältnisse zwischen zentralen Begriffen innerhalb der Debatte nicht geklärt, wie etwa das Verhältnis zwischen Kultur und Ethnizität oder zwischen dem kollektiven Habitus und der individuellen Wahl.⁶⁸ Die Gemeinsamkeiten führt Eriksen in vier Punkten an. Der erste deckt sich mit Jenkins Ansicht über das Verhältnis zwischen *cultural stuff* und Ethnizität. „[...] there is no one-to-one relationship between ethnic differences and cultural ones.“⁶⁹ Der zweite Punkt ist die schon erwähnte Tatsache der Relationalität, durch die sich Ethnizität definiert „Ethnicity is [...] not a property of a group;“⁷⁰ Drittens: Ethnizität sollte anhand des sozialen Lebens und nicht anhand symbolischer Kultur analysiert werden.⁷¹ Viertens: „Ethnicity is thus relational and also situational: the ethnic character of a social encounter is contingent on the situation. It is not, in other words, absolute.“⁷²

Eine eigene, an Bourdieu's Konzept des Habitus angelehnte, Theorie zu Ethnizität vertritt Andreas Wimmer, nämlich die *Multilevel Process Theory*. Wimmer übt Kritik an primordialistischen wie konstruktivistischen Autoren, indem er meint, sie würden in ihren Debatten die Natur von Ethnizität an sich behandeln und dabei nicht erklären (können) warum die Charakteristika von Ethnizität so stark von Fall zu Fall variieren, nämlich bezüglich der sozialen Schließung, politischer Salienz, kultureller Besonderheit und historischer Beständigkeit. Diesen Mangel will Wimmer durch seine Theorie beseitigen, indem er davon ausgeht, dass ethnische Grenzen das Ergebnis von Klassifikationsproblemen und Verhandlungen zwischen Akteuren innerhalb eines sozialen Feldes sind. Drei Merkmale dieses sozialen Feldes, nämlich

⁶⁶ etwa Salzborn, Samuel (2006): Ethnizität und Ethnische Identität. Ein ideologiekritischer Versuch. In: Zeitschrift für kritische Theorie, Vol. 22, S. 99-119

⁶⁷ etwa Levine, Hal B. (1999): Reconstructing Ethnicity. In: The Journal of the Royal Anthropological Institute, Vol. 5, Nr. 2, S. 165-180

⁶⁸ Eriksen 2002: 57

⁶⁹ Ebd.: 58

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd.

institutionelle Ordnung, die Verteilung von Macht und politische Netzwerke, bestimmen, welche Akteure welche Strategien ethnischer Grenzziehung wählen.⁷³ Daher definiert Wimmer Ethnizität auch in einem sehr weiten Rahmen.

„I define ethnicity as a subjectively felt sense of belonging based on the belief in shared culture and common ancestry. This belief refers to cultural practices perceived as “typical” for the community, to myths of a common historical origin, or to phenotypical similarities. [...] In this broad understanding of ethnicity, “race” is treated as a subtype of ethnicity, as is nationhood: [...]“⁷⁴

Durch diese sehr weit gefasste Definition von Wimmer ist es möglich Ethnizität sehr weitläufig anzuwenden, da er sowohl *race*, als auch *nationhood* (nationale Identität) als Subkategorien von Ethnizität versteht. Er versucht dadurch eine Brücke zwischen verschiedenen Forschungsrichtungen und -Traditionen zu schlagen, die sich entweder mit ethnischer oder nationaler Identität befassen.⁷⁵

Neben Wimmer versucht auch Bentley die Habitus Theorie auf Ethnizität anzuwenden. Auch er kritisiert primordialistische wie instrumentalistische Theorien zu Ethnizität. Laut Bentley schafft es das Habituskonzept den Zwang oder Drang, der ethnischen Identitäten innewohnt, zu vermitteln. Ethnische Identitäten sind, so Bentley, tief in vorbewussten Mustern der Praxis verhaftet und „implicate, in a phenomenological sense, who people are.“⁷⁶ Ähnlich dazu sind die Ansichten von Rogers Brubaker. Er verortet bei essentialistischen, wie bei konstruktivistischen Ansätzen das, was er *groupism* nennt, nämlich eine Tendenz „[...] to represent the social and cultural world as a multichrome mosaic of monochrome ethnic, racial or cultural blocs.“⁷⁷ In anderen Worten:

„[...] the tendency to treat various categories of people as if they were internally homogeneous, externally bounded groups, even unitary

⁷³ Wimmer 2008a: 970

⁷⁴ Wimmer 2008a: 973

⁷⁵ Vgl. Ebd. (2008b): Elementary Strategies of Ethnic Boundary Making. In: Ethnic and Racial Studies, Vol. 31, Nr. 6, S. 1025-1055. S. 1025f

⁷⁶ Bentley, Carter G. (1987): Ethnicity and Practice. In: Comparative Studies in Society and History, Vol. 29, No. 1, S. 24-55. S. 48

⁷⁷ Brubaker, Rogers (2010): Ethnicity without groups. In: Giubernau, Montserrat/ Rex, John (Hg.). The Ethnicity Reader. Nationalism, Multiculturalism and Migration. Cambridge, Malden: Polity Press, S. 33-45. S. 34

collective actors with common purposes; and to take ethnic and racial groups and nations as basic constituents of social life, chief protagonists of social conflicts, and fundamental units of social analysis.“⁷⁸

Das Problem, so Brubaker, liegt also darin, dass sowohl Primordialisten, wie auch Konstruktivisten von existierenden ethnische Gruppen ausgehen. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass Primordialisten von Gegebenheiten und Konstruktivisten von historisch, sozial oder kulturell konstruierten Gruppen ausgehen. Er hält daher fest:

„We must, of course, take vernacular categories and participants' understanding seriously, for they are partly constitutive of our object of study. But we should not uncritically adopt *categories of ethnopolitical practice* as our *categories of social analysis*.“⁷⁹

Brubaker fasst seine Kritik in einem sehr schönen Satz zusammen. „From a cognitive perspective, ethnicity, race, and nationhood are not things in the world, but perspectives on the world.“⁸⁰

All diese Theorien haben vor allem gemein, dass sie Ethnizität nicht nur in ihrer symbolischen Dimension der Gruppenidentifikation und -differenzierung, sondern vor allem als Praktik sehen. Einen sehr konkreten Ansatz bieten dazu auch John Lonsdale und Bruce Berman. Sie zeigen am Beispiel des sozio-politischen Lebens im kolonialen und postkolonialen Afrika zwei Aspekte von Ethnizität, welche sie als *Moral Ethnicity* und *Political Tribalism* bezeichnen. Für Lonsdale ist Ethnizität „[...] a universal cradle of civility. It socializes human inequalities in local ways. It naturalizes unequal societies of disciplined, productive, moral 'straightness' and barren frecklessness.“⁸¹ Die „alltägliche“ Ethnizität wird laut Lonsdale daher zwischen „Reich“ und „Arm“ verhandelt und führt zu Spannungen „[...] within households, between generations, classes, genders, and localities.“⁸² Was die Entstehung ethnischer Identitäten in Afrika betrifft so teilt Lonsdale die Ansicht der meisten

⁷⁸ Ebd. (2009): Ethnicity, Race and Nationalism. In: Annual Review of Sociology, Nr. 35, S. 21-42. S. 28

⁷⁹ Brubaker 2010: 35

⁸⁰ Ebd. 2009: 32

⁸¹ Lonsdale, John (2004): Moral and Political Argument in Kenya. In: Berman, Bruce/ Eyoh, Dickson/ Kymlicka, Will (Hg.). Ethnicity and Democracy in Africa. Athens/ Oxford: Ohio University Press, S. 73-95. S 77

⁸² Ebd.

Historiker, dass die koloniale und missionarische Praxis sowohl gezielt, als auch unbeabsichtigt ethnisches Bewusstsein gestärkt hat, indem unter anderem lokale Macht erweitert oder beschränkt wurde. In vielen postkolonialen Staaten lösten sich diese Ethnizitäten nicht in (kollektive) nationale Identitäten auf, sondern wurden durch neue Ungleichverteilungen von Macht gefördert und bestärkt. Das betraf politische wie ökonomische Macht, Wettbewerb in Arbeitsmärkten und Verteilung von Grundbesitz.⁸³ Die Strategien ethnischer Grenzziehung, die von Eliten verfolgt wird um Macht zu festigen und zu erhalten, nennen Lonsdale und Berman *Political Tribalism*.

„[...] [a] mobilized communal solidarity and political organization of the community defined by moral ethnicity, first against the alien power of the colonial state and then, increasingly, against the competing interests of rival ethnicities for access to the state and its patronage resources, driven by the horizontal inequalities of the colonial political economy.“⁸⁴

Diese Strategie der Grenzziehung nach außen („othering“) bedient sich jedoch gleichzeitig eines Konzeptes der Wir-Bildung („ourselves-ing“), das sie als *Moral Ethnicity* bezeichnen. *Moral Ethnicity*, so Lonsdale, ist abgesehen von den staatlichen Rahmenbedingungen, vergleichbar mit Europäischem Nationalismus. Sie entsteht aus einem „internal discourse of social responsibility“⁸⁵.

„Moral ethnicity defines the discursive and political arena within which ethnic identities emerged out of renegotiation of the bounds of communal membership and authority, the social rights and obligations of moral economy, and access to land and property“⁸⁶

Moral Ethnicity führte während der Kolonialherrschaft mehrere Gesellschaften, die sich zuvor nicht als Gemeinschaft verstanden, zu „sozio-moralischen“ Einheiten zusammen.

Ähnlich der Theorie von Berman und Lonsdale ist der prozess- und interessenorientierte Ansatz von Hans-Rudolf Wicker, der bei den Dynamiken und

⁸³ Vgl. Ebd. 78-80

⁸⁴ Berman, Bruce (2010): Ethnicity and Democracy in Africa. In: Jica-Ri Working Papers No. 22. Verfügbar Unter: http://jica-ri.jica.go.jp/publication/assets/JICA-RI_WP_No.22_2010.pdf. Letzter Zugriff: 12.01.2013. S. 10

⁸⁵ Lonsdale 2004: 76

⁸⁶ Berman 2010: 10

Prozessen, die Ethnizität unterliegen, zwischen *top-down* und *bottom-up* unterscheidet. Bei der Forderung um soziale Anerkennung und dem Zugang zu raren Gütern macht Wicker diese Einteilung und differenziert so zum Beispiel zwischen der Amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, um soziale Anerkennung und ökonomischen Aufstieg, als *bottom-up* Bewegung, und den Ethnisierungswellen im ehemaligen Jugoslawien und Afrika, bei der regionale politische Eliten im Ringen um Vorherrschaft und zur Durchsetzung von Privatinteressen Massen mobilisiert haben, als *top-down* Strategie.⁸⁷

2.3. Zusammenfassung

Ungeachtet der Tatsache, dass weitestgehend Einigkeit innerhalb der wissenschaftlichen Debatte darüber herrscht, dass ethnische Identitäten konstruiert sind, sind bestehenden Theorien zu Ethnizität zum Teil von sehr unterschiedlichen Annahmen geprägt. Das betrifft Definitionen ebenso wie Fragen zur Bedeutung von Ethnizität innerhalb verschiedener Situationen des sozialen Lebens. Dennoch sollten zusammenfassend einige Aspekte beachtet werden.

Zunächst ist Ethnizität keine vormoderne Form von Kollektivität, die aufgrund fehlender nationalstaatlicher Bezugsrahmen besteht. Die scheinbar nach 1990 inflationär auftretenden ethnischen Konflikte sind kein Rückzug in alte Muster, sondern Folgen lokaler und globaler Veränderungen von politischen und ökonomischen Machtverhältnissen. Ethnizität und das Adressieren gruppenspezifischer Merkmale durch Sprache, Kultur, Religion, etc. sind daher Phänomene, die je nach gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Gegebenheiten stärker oder weniger stark in Erscheinung treten und in manchen Fällen möglicherweise nicht oder kaum wahrzunehmen sind.

Ebenfalls wichtig zu erwähnen sind die verschiedenen Ausprägungen von Ethnizität, die von ethnischer Gewalt bis hin zu spezifischen kulturellen oder moralischen Gewohnheiten und Normen reichen. Ethnizität kann gemäß dieser

⁸⁷ Wicker, Hans-Rudolph (1997): Sphere Theories of Hannah Arendt and John Rex. In: Wicker, Hans-Rudolph (Hg.). Rethinking Nationalism and Ethnicity. The Struggle for Meaning and Order in Europe. New York, Oxford: Berg, S. 143-161. S. 159

verschiedenen Ausprägungen sowohl auf einer symbolischen, wie auf einer performativen Ebene stattfinden. Vor allem die Prozesshaftigkeit ist dabei von Bedeutung, die von Wimmer allgemein durch dessen *Multilevel Prozess Theory* und von Lonsdale konkreter durch die Unterscheidung zwischen *Political Tribalism* und *Moral Ethnicity* hervorgehoben wird.

Ethnische Gruppen können aus einem Mangel an Ressourcen entstehen und von Eliten für persönliche Interessen instrumentalisiert werden. Ein wichtiger Hinweis ist daher, dass Distinktionsmerkmale keine Ursache für, sondern eine Folge der Entstehung von Ethnizität sind.

3. Staatlichkeit und Staatszerfall

In diesem Kapitel liegt der Fokus auf dem Konzept und den Funktionen des Staates, sowie dessen Zerfall. Die Theorien von so genannte *Failed States* und deren Unterarten, die von *weak state* bis *collapsed state* reichen, haben seit den 1990er Jahren wissenschaftliche und journalistische Debatten um Demokratie und Staatlichkeit geprägt. Trotz teils heftiger Kritik sowohl an den Konzepten an sich, wie auch an der daraus resultierenden (entwicklungs)politischen Praxis, haben sie nicht an Popularität verloren. Dies spiegelt sich auch in staats-theoretischen Diskussionen wider. Der demokratische Staat nach westlichem Vorbild ist das positive Gegenstück zum *Failed State*. Neben der Demokratie, sind Distribution von Macht, die Legitimität nach innen und außen und das Gewaltmonopol zentrale Aspekte, die das Idealbild des Staates prägen. Folgende Punkte sind deshalb kritisch zu beachten.

1. Der (stabile) Staat nach westlichem Vorbild wird gemeinhin als zu erstrebendes System verstanden, worauf sich auch die Mehrheit der Staaten im 20. Jahrhundert beruft.⁸⁸

2. Stabiler Staat bedeutet nicht demokratischer Staat, obwohl meist davon ausgegangen wird.

⁸⁸ Eriksen, Stein S. (2011): 'State failure' in theory and practice: the idea of the state and the contradictions of state formation. In: Review of International Studies, Nr. 37, S. 229-247. S. 235

3. Das Fehlen von Staat hat nicht per se Gewalt und Chaos zur Folge, ebenso wie das Vorhandensein von Staat per se kein absoluter Garant für Sicherheit ist.

4. Die politischen und ökonomischen Dynamiken und Veränderungen der Weltordnung, speziell seit dem Ende des Ost-West Konfliktes, nötigen die Wissenschaft, bestehende Grundannahmen von Staatlichkeit auf empirischer, wie normativer Ebene, zu überdenken.⁸⁹

Diese kritischen Punkte sollen als Vorannahmen eines ideologiekritischen Ansatzes dienen, der bei der Diskussion rund um die Theorien zum Thema *Failed States*, sowie Konzepten des *Nationbuilding* und *Statebuilding* behandelt werden wird.

3.1. Staatsmerkmale

Um über den Staat und dessen Zerfall zu sprechen, muss der Staatsbegriff zunächst einmal definiert werden. Generell kann ein Staat als ein Territorium inklusive einer Bevölkerung bezeichnet werden, welches durch ein politisches System verwaltet wird und sowohl sich selbst als Staat begreift, als auch von anderen Staaten als solcher begriffen wird.⁹⁰ Unabhängig von dieser Definition ist, wie die Verwaltung eines Staates realisiert wird und ob sich die Staatsbürger als solche verstehen oder nicht. Wesentlich ist also schließlich nur das von innen und außen definierte und anerkannte Territorium. „The state is the major political subdivision of the globe. As such it is readily defined and is easily conceptualized in quantitative terms.“⁹¹ Welches Territorium als Staat in das bestehende System von Staaten aufgenommen wird ist eine politische Entscheidung.

Kann oder muss ein Staat in einem globalen Kontext darüber hinaus anhand qualitativer Parameter hinsichtlich der Legitimität (nach innen) und der Funktionalität definiert werden? In viele theoretische wie praktische Ansätze wird davon ausgegangen. Das europäische Modell des demokratischen Staates, das sich am weberianischen Staatsmodell orientiert, wurde und wird wie eine Exportware in die

⁸⁹ MacLean, Sandra J. (2001): Challenging Westphalia: Issues of Sovereignty and Identity in Southern Africa. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): Africa's Challenge to International Relations Theory. New York, Palgrave, S. 146-162. S. 147

⁹⁰ Vgl. Eriksen 2011: 238

⁹¹ Connor, Walker (1978): 'A Nation is a Nation, is a State, is an Ethnic Group, is a...'. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. (Hg.) (1994): Nationalism. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 36-46. S. 36

Welt getragen und gilt als Idealtyp, der jedoch tatsächlich von keinem Staat vollends erreicht wird.⁹² Probleme westlicher Staaten, wie die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik, Ungleichheiten von Chancen beim sozialen und ökonomischen Aufstieg, sowie Korruption, Wirtschaftskriminalität und wenig effiziente Behörden, die diese Verbrechen aufklären und unterbinden sollten, bleiben oft unerwähnt.⁹³ Das Gewaltmonopol des Staates und die Souveränität nach innen und außen sind zentrale Aspekte der derzeit dominierenden Sicht auf den Staat. Dieser normative Zugang Staaten zu definieren und die als *Westfälisches System* in die (Neo)realistische Schule der *International Relations* eingegangene Theorie, die alle Staaten in einem egalitären Verhältnis zu einander sieht, hat jedoch viele Kritiker.⁹⁴ Diese sehen ein Problem zwischen einem gedachten Ideal, dem weberianischen Verwaltungsstaat, und tatsächlicher staatlicher Realitäten, sowohl aktuell, als auch historisch. Speziell im Diskurs afrikanischer Staatlichkeit wird dieses Problem deutlich. Daher soll nun der „afrikanische Staat“ in einem historischen Kontext betrachtet werden.

3.1.1. Der afrikanische Staat im Kontext historischer Prozesse

Den „afrikanische Staat“, sofern überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann, anhand eines staatlichen Idealtypus zu analysieren ist zwar möglich, jedoch wenig zielführend. Das ergibt sich nicht nur durch den momentanen Ist-Zustand der meisten afrikanischen Staaten, sondern aus deren Entstehungsgeschichte, vor allem im Vergleich mit anderen Regionen und Kontinenten. Auf der einen Seite steht gewissermaßen eine historische Wirklichkeit, die Braudel (1984) treffend als *longue durée*⁹⁵ bezeichnet hat, deren Ergebnisse (westliche Staatlichkeit) auf der anderen Seite auf postkoloniale Staaten übertragen wurden. Die eigenen historischen Wirklichkeiten dieser Staaten wurden

⁹² Vgl. Tull, Denis M. (2005): *The Reconfiguration of Political Order in Africa: A Case Study of North Kivu (DR Congo)*. Hamburg African Studies, Nr. 13: Hamburg, Institut für Afrika-Kunde. S. 29

⁹³ Bliesemann de Guevara, Berit/ Kühn, Florian P. (2010): *Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt*. Hamburg: Köber-Stiftung. S. 184

⁹⁴ Vgl. Maclean 2001; Tull 2005: 21

⁹⁵ Braudel, Fernand (1984): 'Geschichte und Sozialwissenschaften. Die „longue durée“'. In: Wehler (Hg.). *Geschichte und Soziologie*.

weitestgehend ausgeblendet. Der historische Kontext ist in Staatstheorien, *Failed State* Theorien, sowie in Modellen von *Nation-* und *Statebuilding*, ein wenig bis gar nicht beachteter Faktor, der jedoch wichtiger nicht sein könnte. Diese Kritik ist unter anderem bei Siba Grovogui zu finden, der in bestimmten Theorien "analytical errors, ideological confusions, and historical omissions"⁹⁶ sieht. Um letztere zu verdeutlichen soll der historische Kontext in Afrika im Vergleich zur Staatenbildung in Europa kurz skizziert werden.

Die europäischen Staaten sind aus einer Geschichte intensiver Kontakte und intensiven Wettbewerbs untereinander hervorgegangen, einer langen Geschichte zwischen Kooperation und Konfrontation auf einem verhältnismäßig kleinen Kontinent, der viele Menschen beheimatet.⁹⁷ Dieser Wettbewerb förderte einen Prozess, den Charley Tilly als Monopolisierung von Gewalt bezeichnete⁹⁸, welcher wiederum die Etablierung staatlicher Strukturen vorantrieb. Die früh entstandenen Territorialgrenzen veränderten sich zwar über die Jahrhunderte, allerdings, von wenigen Ausnahmen wie Belgien abgesehen, entstanden die Staaten nicht durch willkürliche Grenzziehung. Ebenfalls nicht vergessen werden dürfen Gewalt, Krieg und Elend, die die europäischen Prozesse der Staatenbildung stets begleitet haben.

Ähnlichen Tendenzen in Teilen Afrikas, etwa durch die politischen und ökonomischen Netzwerke im vorkolonialen Westafrika und Zentralafrika, wurde spätestens durch die koloniale Einvernahme und die Aufteilung Afrikas ein jähes Ende bereitet.⁹⁹ Multiple Faktoren von den exzessiven Ausmaßen des transatlantischen Sklavenhandels angefangen bis zu den kolonialen Grenzziehungen, der sozialen und politischen Praxis innerhalb der Kolonialstaaten und einer Entkolonialisierung, die zum einen erst vor rund 50 Jahren stattfand, zum anderen in eine Zeit fiel, deren Weltordnung für 30 dieser 50 Jahre weitestgehend bipolar war, haben den „afrikanischen Staat“ bis heute geprägt. Im postkolonialen

⁹⁶ Grovogui, Siba N. (2001): *Sovereignty in Africa: Quasi-Statehood and Other Myths in International Theory*. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): *Africa's Challenge to International Relations Theory*. New York, Palgrave, S. 29-45. S. 29

⁹⁷ Vgl. Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 34

⁹⁸ Tilly, Charles (1992): *Coercion, Capital, and European States, AD 990-1992*. Oxford: Blackwell

⁹⁹ Vgl. Eckert, Andreas (2011): *Nation, Staat und Ethnizität in Afrika im 20. Jahrhundert*. In: Englert, Birgit/ Grau, Ingeborg/ Sonderegger Arno (Hg.). *Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*. Wien, Promedia, S. 40-59. S. 44

Afrika kamen neben dem Kalten Krieg noch andere Faktoren, wie Globalisierung, Schulden und Strukturanpassungsprogramme, um nur drei zu nennen, erschwerend hinzu. Ebenso sind es neben anderen politische, sozio-kulturelle und religiöse Gegebenheiten, die in einer Analyse kontemporärer afrikanischer Staaten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Stein Sundstøl Eriksen sieht sowohl in kulturalistischen, als auch ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Ansätzen afrikanische Staatlichkeit zu erfassen gewisse Mängel sieht. Er plädiert daher für eine „Anthropologie des Staats“, also eine Kombination aus politikwissenschaftlichen und anthropologischen Theorien und Methoden. Da ein Staat sowohl ein makropolitisches, als auch ein translokales Phänomen ist, sollte er analog dazu anhand makropolitisch- und gesellschaftspolitischer Forschungen auf der Mikroebene erfasst werden.¹⁰⁰ Abdoulaye Bathily hinterfragt ferner kritisch ob der Staat ein Instrument oder ein Hindernis für Entwicklung ist¹⁰¹, und verweist hinsichtlich der postkolonialen „Staatenkrise“ Afrikas auf die relevanten sozialen und politischen Dimensionen dieser Krise, die von Entscheidungsträgern aufgegriffen werden sollten.¹⁰²

Welche Faktoren, von denen längst nicht alle genannt wurden, bei der Analyse „afrikanischer Staatlichkeit“ stärker ins Gewicht fallen, darüber lässt sich streiten. Dass der weberianische Verwaltungsstaat sich nicht wie in Europa etabliert hat, ist eine Tatsache. Dennoch sind fatalistische Prognosen über die Zukunft afrikanischer Staatlichkeit übertrieben, und wo der Staat als Institution wegfällt entstehen andere Formen von Kollektiven.¹⁰³ Diese Kollektive und deren Dynamiken sollten stärker in Diskurse afrikanischer Staatlichkeit eingebettet werden. Nicht übertrieben hingegen sind die humanitären Probleme, die speziell seit den 1990er Jahren immer größere Ausmaße annehmen. Diese werden allzu oft in einem Atemzug mit fragiler, schwacher oder gescheiterter Staatlichkeit genannt und erklärt. Die Theorien dazu und die Kritik daran sollen nun näher beleuchtet werden.

¹⁰⁰ Vgl. Eriksen 2001: 304

¹⁰¹ Bathily, Abdoulaye (1994): The West African State in Historical Perspective. In: Osaghae, Eghosa E. (Hg.): Between State and Civil Society in Africa. Perspectives on Development. Oxford: Codesira. S. 41-74. S. 41

¹⁰² Ebd. 68

¹⁰³ Eckert 2011: 54-55

3.2. Staatszerfall

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit einhergehenden Neuordnung und -orientierung hinsichtlich des politischen und ökonomischen Weltgeschehens erschien das zuvor wenig bis gar nicht beachtete Konzept der *Failing States* auf der Bildfläche wissenschaftlicher und (entwicklungs)politischer Debatten. Als Ausgangspunkt werden in diesem Zusammenhang der Artikel „Anarchy Rules: Saving Failed States“, welcher 1993 in dem Magazin *Foreign Policy* publiziert wurde, und die Gründung der „*State Failure Task Force*“ der Regierung der Vereinigten Staaten genannt.¹⁰⁴ Die „*State Failure Task Force*“ spiegelte die außenpolitische Haltung von Bill Clinton und der US-Regierung wieder, die die Verbreitung der Demokratie zum Ziel hatte.¹⁰⁵ In den darauffolgenden Jahren bis heute haben sich verschiedene Theorien zu dem Phänomen scheiternder oder gescheiterter Staaten mit unterschiedlicher Qualität entwickelt. Nach dem 11. September 2001 befasste sich die internationale Politik erneut mit *Failed States*.¹⁰⁶ Dieses Interesse gründete nun nicht mehr nur auf „altruistischen“ Motiven, sondern auch auf sicherheitspolitischen Überlegungen. So wurde beispielsweise 2002 die Beteiligung deutscher Truppen in Afghanistan vom damaligen deutschen Verteidigungsminister mit dem Satz „Theoretisch kann man auch sagen, die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt“¹⁰⁷ gerechtfertigt. Seit 2005 wird von der privatfinanzierten Forschungsorganisation *Found For Peace* und dem Magazin und Think Tank *Foreign Policy* jährlich ein Failed State Index publiziert.

Doch was bedeutet *Failed State* eigentlich? *Failed State* beschreibt im Wesentlichen einen Staat, also eine international anerkannte politische Einheit, der bestimmte Aspekte einer wie auch immer definierten Staatlichkeit nicht oder nicht

¹⁰⁴ Küpeli, Ismail (2010): Die Rede vom „gescheiterten Staat“. Legitimierung neoliberaler Weltordnung und militärischer Interventionen. In: Informationsstelle Militarisierung e. V. Nr. 05, Seite 1-12. Verfügbar unter: <http://imi-online.de/download/IMI-Studie2010failedstates.pdf>. Letzter Zugriff: 06.06.2012. S. 1

¹⁰⁵ Vgl. Snyder, Jack (2000): *From Voting to Violence. Democratization and Nationalist Conflict*. New York, London: Norton. S. 15

¹⁰⁶ Carment, David (2003): *Assessing state failure: implications for theory and policy*. In: *Third World Quarterly*, Vol. 24, Nr. 3, S. 407-427. S. 407

¹⁰⁷Weiland, Severin (2002): Struck bastelt an eigenen Schulterklappen. In: Spiegel Online. 05. Dezember. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrreform-struck-bastelt-an-eigenen-schulterklappen-a-225810.html> . Letzter Zugriff: 15.07.2012

mehr erfüllt. Die Unterschiedlichkeit der Aspekte bzw. Indikatoren spiegelt die verschiedenen Theorien wieder. Grob lassen sich die verschiedenen Ansätze in den meisten Fällen bestimmten Denkrichtungen der sogenannten *International Relation Studies*, oder kurz *IR*, zuordnen, wie etwa dem Neorealismus, dem Neoliberalismus oder dem Konstruktivismus.¹⁰⁸

Stein Sundstøl Eriksen macht im Kontext der *Failed State* Theorien zwei wesentliche Herangehensweisen aus. Die erste definiert das Scheitern anhand der Unfähigkeit eines Staates grundlegende staatliche Funktionen zu erfüllen, die ihn als Staat auszeichnen. Er verweist hier auf die Konzepte von William Zartman und Robert Rotberg, die beide von verschiedenen Funktionen und Diensten ausgehen, die ein Staat haben und bereitstellen muss. Diese reichen von der Gewährleistung von Sicherheit bis hin zu Bildung und Gesundheitsversorgung.¹⁰⁹ Zartman zeichnet dabei ein Bild, dass an eine Prüfung erinnert, die von (schwachen) Staaten abgelegt werden muss. Auf die von ihm gestellte Frage, weshalb Staaten zerfallen, antwortet er: „Because they can no longer perform the functions required of them to pass as states“¹¹⁰. Rotberg nimmt darüber hinaus eine Klassifizierung einzelner Zerfallsstadien von Staaten vor. Er unterscheidet *Endangered States*, *Weak States*, *Failed States* und *Collapsed States*, wobei letztere „a rare and extreme version of a failed state.“¹¹¹ sind. Für Rotberg ist der Staat nach westlichem Vorbild essentiell um Frieden und Wohlstand zu garantieren. Er plädiert dafür Maßnahmen zu ergreifen, um die Prozesse des Staatszerfalls einzudämmen.

„Preventing state failure is imperative, difficult, and costly. Yet, doing so is profoundly in the interest not only of the inhabitants of the most deprived and ill-governed states of the world, but also of world peace.“¹¹²

¹⁰⁸ Vgl. Dunn, Kevin (2001a): Introduction: Africa and International Relation Theory. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): *Africa's Challenge to International Relations Theory*. New York, Palgrave, S. 1-8. S 2

¹⁰⁹ Eriksen 2011: 230–231

¹¹⁰ Zartman, William (1995): *Collapsed States: The desintegration an restoration of legitimate authority*. London, Lynne Rienner. S. 5

¹¹¹ Rotberg, Robert (2003): *Failed States, Collapsed States, Weak States: Causes and Indicators* In: Rotberg, Robert (Hg.): *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*. Washington D.C.: Brookings Institutions Press, S. 1-24. S. 9

¹¹² Vgl. Ebd. (2002): *The New Nature of Nation-State Failure*. In: *The Washington Quarterly*, Vol. 25, Nr. 3, S. 85-96. S. 96

Rotberg sieht die Prävention ganz im Sinne der meisten westlichen Staatleute, speziell aus den USA. Es geht ihm daher nicht nur um die Betroffenen in „scheiternden Staaten“, sondern auch um den „Weltfrieden“, den er durch das Bestehen von *failed states* in Gefahr sieht.

Die zweite Herangehensweise sieht einen Staat als gescheitert, wenn er nicht mehr imstande ist sein Territorium zu kontrollieren und das Gewaltmonopol nicht mehr inne hat. Eriksen verweist in diesem Zusammenhang auf Robert Jacksons Theorie der Quasi-Staaten und die Theorien von Stephen Krasner.¹¹³ Quasi-Staaten sind für Jackson¹¹⁴ Staaten, die lediglich eine negative Souveränität aufweisen, denen also die interne Legitimität und die Fähigkeit ihr Territorium und ihre Bevölkerung zu schützen fehlt, die jedoch von der internationalen Gemeinschaft¹¹⁵ als souveräne Staaten wahrgenommen und wie alle anderen Staaten behandelt werden. Jackson kritisiert eben diese Gleichbehandlung, da er darin eine Tendenz sieht Korruption, Desorganisation und Autokratie zu dulden. Krasner sieht eine Lösung für die Probleme schwacher Staaten in einer gemeinsamen Souveränität zwischen schwachen und starken Staaten, also eine Art Teilhabe an der Souveränität schwacher Staaten durch starke Staaten.¹¹⁶ Die Kritik von Eriksen an den bestehenden Theorien betrifft die Inkompatibilität von Theorie und Realität und bei Rothberg und Zartman auch die vage Definition, nach der die Mehrheit der Staaten als *Failed States* zu klassifizieren wäre. Eriksen hinterfragt ebenfalls, wie sinnvoll es ist, von einem Konzept von Staatlichkeit bzw. staatlichen Pflichten und Funktionen auszugehen, wenn diese zu keinem Zeitpunkt gegeben waren. Der normative Zugang verhindert laut Eriksen die Verhältnisse in post-kolonialen Staaten besser zu verstehen. Er betrachtet die Konzepte von Jackson und Krasner zwar als

¹¹³ Eriksen 2011: 232

¹¹⁴ Jackson, Robert (1992): Juridical Statehood in Sub-Saharan Africa. In: Journal of International Affairs, Nr. 46 (1), S.1-16.

¹¹⁵ Der Begriff „Internationale Gemeinschaft“ ist nicht eindeutig. In dieser Arbeit sind damit die Vereinten Nationen und andere Vereinigungen gemeint, die sich im Wesentlichen auf Prinzipien liberal-demokratischer Staatlichkeit berufen. Für eine eingehende Diskussion Vgl. Veit, Alex (2010): Intervention as Indirect Rule. Frankfurt/ New York: Campus Verlag. S. 50-52

¹¹⁶ Krasner, Stephen (2004): Building democracy after conflict: The case for shared sovereignty. In: Journal of Democracy, Vol. 16, Nr. 1, S. 69-83

Verbesserung im Vergleich zu jenen von Zartman und Rothberg, da sie sich lediglich auf Basisindikatoren von Staatlichkeit, also die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Gewaltmonopol, stützen, sieht jedoch in beiden die erwähnte Problematik der Inkompatibilität zwischen Theorie und Realität.¹¹⁷ Eriksen fasst zusammen, dass in vielen Staaten versäumt wurde eine Art von Staatlichkeit zu entwickeln, die sich aus ihren ehemaligen Institutionen ergibt, und anhand der sie von anderen Staaten wahrgenommen wurden. Ferner haben die Theoretiker versäumt das zu erklären, indem sie den modernen Staat als Voraussetzung genommen haben und so Staaten anhand der Abweichung oder Angleichung an das moderne Modell analysiert haben. Durch *Failed State* Modelle lässt sich daher weder die „Natur“ von Staaten erklären, noch werden dadurch die Prozesse deutlich, die schließlich dazu führen, dass Staaten stark oder schwach sind.¹¹⁸ Genau dieses Versäumnis veranlasst Kevin Dunn afrikanische Staatlichkeit ironisch mit einem sogenannten *Madlib* zu vergleichen, einem Auslassungstext, der eine Leerspalte zwischen „The“ und „African State“ enthält, in die je nach Belieben Adjektive von fiktive bis vormodern und von parasitär bis tragisch eingefügt werden können.¹¹⁹

Ismail Küpeli kritisiert *Failed State* Theorien gleich an mehreren Stellen, nämlich einerseits anhand der Theorien zu Staatlichkeit und Staatszerfalls, sowie anhand der Ursachen und Lösungsansätze von Staatszerfall. Zunächst verweist er auf das häufige Fehlen konkreter Theorien zur Staatlichkeit, die der Erstellung einer *Failed State* Theorie vorangehen sollten. Im Falle einer definierten Staatlichkeit würde in den meisten Fällen auf eine Staatlichkeit nach dem weberianischen Staatsmodell und der Drei-Elemente-Lehre von Georg Jellinek verwiesen werden. Konkret würde die zu erstrebende Norm im demokratischen Wohlfahrtsstaat gesehen werden. Küpeli kritisiert außerdem die Annahme, dass die Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols und die Bekämpfung nicht-staatlicher Gewalt den Schlüssel zu

¹¹⁷ Eriksen 2011: 231-234

¹¹⁸ Ebd.: 246

¹¹⁹ Dunn, Kevin (2001b): *MadLib #32: The (Blank) African State: Rethinking the Sovereign State in International Relations Theory*. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): *Africa's Challenge to International Relations Theory*. New York, Palgrave, S. 46-63

Frieden und einer funktionierenden Staatlichkeit darstellt¹²⁰. Die Theorien zum Staatszerfall weisen folgenden Mängel auf. Zum einen werden oft die historischen Rahmen und Ereignisse, unter denen die westlichen Wohlfahrtsstaaten entstanden sind, unbeachtet gelassen, zum anderen die ökonomischen und politischen Machtkonstellationen postkolonialer Staaten auf lokaler wie globaler Ebene ignoriert. Der Rolle des ausbeutenden Staatsapparates wird innerhalb der Diskurse ebenfalls mehr Beachtung geschenkt als der Einfluss des Westens.¹²¹ Küpeli fasst zusammen, dass *Failed State* Theorien, durch die Vielzahl an Literatur, die von Politik und Wissenschaft verfasst wurde, zu einem derart einflussreichen Diskurs wurden, der es ermöglicht „[...] mit ihm vielfältige zivile und militärische Interventionen zu legitimieren und die strukturellen Ursachen für Armut und Gewalt weitestgehend auszublenden.“¹²² Die strukturellen Ursachen für Armut und deren Nichtbeachtung durch *IR* und Development-Studies thematisiert auch Branwen Gruffydd Jones. Er meint, dass beide Disziplinen es versäum[t]en die „global production and local reproduction of poverty“¹²³ zu thematisieren und theoretisieren.

Stattdessen steht der weit verbreitete Glaube an den starken liberal-demokratischen Staat und dessen Verbreitung bzw. Etablierung an oberster Stelle der Agenda staatlicher wie nichtstaatlicher Entwicklungs- und Interventionsstrategien. Dies macht sich vor allem bei *Nation- und Statebuilding* Prozessen bemerkbar.¹²⁴ Diese Prozesse werden nun näher betrachtet.

3.3. Nation-, State- und Peacebuilding

Humanitären Problemen in Konflikt- oder Postkonfliktgebieten werden oft Lösungsansätze entgegengestellt, die durch Schlagworte wie Demokratisierung oder Staatsaufbau gekennzeichnet sind. Derartige Entwicklungs- und

¹²⁰ Küpeli 2010: 3

¹²¹ Ebd.: 7-8

¹²² Ebd.: 8

¹²³ Jones, Branwen Gruffydd (2005): Africa and the Poverty of International Relations. In: Third World Quarterly, Vol. 26, Nr. 6, S. 987-1003. S. 1000

¹²⁴ Tull, Denis M. (2008): Staatsaufbau in der DR Kongo. In: Justenhoven, Heinz-Gerhard/ Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): Intervention im Kongo. Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU. Stuttgart, Kohlhammer, S. 65-77. S. 65

Kriseninterventions-Diskurse finden sich in den Agenda der meisten staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen und der Vereinten Nationen. Strategien und Prozesse des *Nation-* und *Statebuilding* haben zum Ziel bestimmte Strukturen und Mechanismen auf staatlicher wie gesellschaftlicher Ebene zu etablieren, denen (meist westliche) Werte und Moralvorstellungen innewohnen. Bevor konkret die Strategien und ihre Mängel aufgezeigt werden, müssen diese sehr undurchsichtigen Begriffe kurz erfasst und verglichen werden.

3.3.1. Nationbuilding

Nationbuilding hat im Wesentlichen zwei Bedeutungen. Zum einen wird darunter ein sozio-politischer Prozess verstanden, in dem sich, über einen gewissen (meist langen) historischen Zeitraum und, in der Regel, innerhalb eines Staates, aus verschiedenen Gruppen und Gesellschaften eine nationale Gesellschaft konstituiert. Die zweite Bedeutung von *nationbuilding* ist eine (politische) Strategie, die von staatsinternen wie -externen Akteuren mit dem Ziel verfolgt wird, ein bestimmtes politisches System zu stärken bzw. zu etablieren. *Nationbuilding* ist in diesem Fall daher ein interessenbasierter, gelenkter Prozess.¹²⁵ *Nationbuilding* in seiner ersten Bedeutung findet auch innerhalb von Staaten mit einer sehr gefestigten, sich durch einen Großteil der Bevölkerung ziehenden nationalen Identität unentwegt statt, da das Gesellschaftsbild einem ständigen Wandel unterzogen ist. In dieser Arbeit liegt der Fokus auf der zweiten Bedeutung. Im Folgenden ist mit *Nationbuilding* daher eine (entwicklungs)politische Strategie gemeint.

Der historische Hintergrund dazu ist in den 1950er und '60er Jahren zu finden. *Nationbuilding* entwickelte sich in dieser Zeit als Konzept der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik westlicher Staaten. Das Konzept wurde neben dem Aspekt der ökonomischen Entwicklung als der politische Aspekt der Modernisierung verstanden.¹²⁶ Das Interesse des Westens spiegelt sich in den zwei Aspekten wider. Einerseits bestand ein ökonomisches Interesse an Märkten und an einer

¹²⁵ Hippler, Jochen (2004a): Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationbuilding. Hintergründe eines politischen Konzeptes. In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 14-30. S. 18f

¹²⁶ Ebd.: 16-17

Liberalisierung des Handels, zum anderen wurde eine Strategie verfolgt, den westlichen Einfluss gegenüber dem Kommunismus zu stärken. Die Interessen haben sich über die letzten 50 bis 60 Jahre wenig geändert. Das ökonomische Interesse blieb bestehen. Im Zentrum des sicherheitspolitischen Interesses hat sich nur der Fokus geändert. So steht heute nicht mehr die Bekämpfung des Kommunismus, sondern des „Terrorismus“ im Mittelpunkt.¹²⁷

In der Praxis kann *Nationbuilding* in verschiedenen Situationen eingesetzt werden. Jochen Hippler sieht drei Anwendungsformen von *Nationbuilding*, abhängig von der jeweiligen Situation der zu entwickelnden Staaten. Die erste Möglichkeit ist eine politische Präventionsmaßnahme in Staaten, in denen die Gefahr innerer Gewaltkonflikte besteht. Die zweite Form ist entweder eine Begleitstrategie zu einer militärischen Interventionsmaßnahme oder eine Alternativstrategie zu militärischen Interventionen in Staaten, die sich bereits mit innerer Gewalt konfrontiert sehen. Drittens kann *Nationbuilding* eine Post-Konflikt Strategie sein, um staatliche Strukturen zu schaffen und ein erneutes Ausbrechen von Gewalt zu verhindern.¹²⁸

Innerhalb der *Nationbuilding*-Prozesse werden wiederum verschiedene Strategien verfolgt. Drei Aspekte stehen dabei im Vordergrund. Diese sind die „Integration der Gesellschaft (Nation), *state-building* und eine ideologische Integration“¹²⁹. Die ersten beiden Aspekte stehen am Anfang des *Nationbuilding* und bilden ein Grundgerüst. Die Formierung und Integration von Ideologie sollte am Ende des Prozesses stehen und ist am schwierigsten zu erreichen, jedoch laut Hippler essentiell um eine anhaltende Stabilität zu sichern.¹³⁰ Die drei Aspekte unterscheiden sich nicht nur in ihrer Funktion, sondern auch anhand der involvierten Akteure. Wie anfangs erwähnt, verbindet *Nationbuilding* (staats)interne und externe Akteure. Dies trifft auf die ersten beiden Aspekte zu. Der dritte Aspekt, die ideologische Integration, hingegen kann kaum von außen ausgehen oder bewältigt

¹²⁷ Pospisil, Jan (2009): Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik. Bielefeld: Transcript Verlag. S. 22f.

¹²⁸ Hippler 2004a: 15

¹²⁹ Ebd. (2004b): Nationalstaat aus der Retorte? Nation-Building zwischen militärischer Intervention, Krisenprävention und Entwicklungspolitik. In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 245-270. S. 267

¹³⁰ Ebd.

werden. In der Praxis werden diese Aspekte von NGOs und anderen Organisationen auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft und des Staates verfolgt. Die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit liegen zum Beispiel in Demokratisierungsmechanismen, der Förderung von Zivilgesellschaft und der Unterstützung der öffentlichen Verwaltung¹³¹ und erfüllen somit die ersten beiden Aspekte von *Nationbuilding*, nämlich die in Integration der Gesellschaft, die durch die Förderung der Zivilgesellschaft ermöglicht werden soll, und *Statebuilding*, das durch Demokratisierungsmechanismen und die Unterstützung der öffentlichen Verwaltung erreicht werden soll.

3.3.2. Statebuilding und Peacebuilding

Wie zuvor bereits erwähnt kann *Statebuilding* als ein Aspekt des *Nationbuilding* verstanden werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass überall dort wo *Statebuilding* stattfindet auch die anderen Aspekte von *Nationbuilding* verfolgt werden. Es ist ein Konzept und eine Strategie, die auch gesondert von den übrigen Aspekten des *Nationbuilding* angewandt werden kann und wird. Fast analog zur Ambiguität des Begriffes *Nationbuilding* wird zwischen *Statebuilding* und *State-Formation* differenziert, wobei der erste Begriff ein bewusster, gelenkter Prozess ist. *State-Formation* auf der anderen Seite beschreibt einen unbewussten historischen Prozess.¹³² In den Augen der *State-* und *Peacebuilder* entwickelt sich aus dem *Statebuilding* im Idealfall eine *State-Formation*.¹³³

Der Prozess des *Statebuilding* hat im Wesentlichen zum Ziel Frieden zu schaffen und staatliche Strukturen (wieder)aufzubauen bzw. dahingehend unterstützend zu wirken.¹³⁴ Die Aufgabenfelder reichen von Friedensstiftung und -Erhaltung über Verwaltungs- und Bürokratieaufbau bis hin zur Etablierung eines

¹³¹ Hopp, Ulrike/ Kloke-Lesch, Adolf (2004): Nation-Building versus Nationenbildung - Eine entwicklungspolitische Perspektive In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselenzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 195-214. S. 203

¹³² Berman, Bruce/ Lonsdale, John (1992): Introduction Unhappy Valley. Conflict in Kenya and Africa: Book one: State and Class. London, James Currey. S. 5

¹³³ Vgl. Bliesemann de Guevara, Berit (2012): Introduction. In: Bliesemann de Guevara, Berit (Hg.). Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention. New York/ Oxon: Routledge, S. 1-19. S. 2

¹³⁴ Vgl. Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 37-39

Gewaltmonopols und betrifft materielle (Personal, Gebäude, Materialien), wie immaterielle (Posten und Institutionen) Bereiche. In postkonflikt-Situationen liegt der Fokus vor allem auf dem Auf- und Ausbau eines Sicherheitsapparates und der Bildung einer Regierung. Insbesondere die Friedensstiftung erfuhr nach 1990 einen Wandel von einer reinen Beendigung der Kampfhandlungen (*Peacemaking*) hin zu der Schaffung eines „positiven Friedens“, wodurch ein nachhaltiger Friede erreicht werden sollte (*Peacebuilding*). Die Diskurse des *Statebuilding* wurden von liberalen Gedanken auf wirtschaftlicher, wie politischer Ebene geprägt. Marktwirtschaft, Marktliberalisierung und Demokratie waren die Schlagworte der internationalen Politik des *Statebuilding*.¹³⁵

Peacebuilding wurde durch die oben erwähnte Transformation (*making to building*) ein essentieller Aspekt des postkonflikt-*Statebuilding*. Das Schlagwort dazu bildet der Begriff des *Liberal Peace*.¹³⁶ Dieser Liberale Friede besteht laut Richmond und Franks im Wesentlichen aus vier Friedensbegriffen. Diese sind der *Friede des Siegers*, also jener Friede, der durch die Hegemonie des Siegers nach einem Krieg erreicht wird, der *Institutionelle Friede*, welcher auf dem Prinzip des Westfälischen Friedens beruht und daher die Normative des Systems liberaler Staaten impliziert, der *Konstitutionelle Friede*, der auf die Aufklärung zurückgeht und den Frieden in seiner (westlich) philosophischen Dimension erfasst, und schließlich der *Zivile Friede*, der ein Ergebnis bzw. eine Forderung „zivilgesellschaftlicher“ Mobilisierung darstellt, also etwa die Forderung nach Menschenrechten oder sozialer Gerechtigkeit. Obgleich diese vier Friedensbegriffe einander teilweise widersprechen, so Richmond und Franks, sind sie ebenso komplementär und bilden daher bzw. sind das Ergebnis von liberal-demokratischer, souveräner Staatlichkeit.¹³⁷ Der Weg, der nach einem Konflikt zu diesem Frieden führen soll, wird von den Vereinten Nationen als *Peacebuilding* bezeichnet. Das hierzu 2003

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Richmond, Oliver P./ Franks, Jason (2011): *Liberal Peace Transition. Between Statebuilding and Peacebuilding*. Edinburgh: Edinburgh University Press. S. 2

¹³⁷ Ebd.: 5

veröffentlichte Handbuch der Vereinten Nationen¹³⁸, beschreibt im Wesentlichen die Funktionen von *Peacebuilding*-Missionen, vor allem hinsichtlich der Aufgabenfelder, die von *Political Affairs* bis *Recovery, Development and Sustainable Peace* reichen, als auch die Aufgaben und Pflichten der *Peacekeeper*. Der Schutz von Zivilisten, der, angesichts der humanitären Lage innerhalb vieler Länder, in denen derartige Missionen stattfinden, wichtig wäre, nimmt dabei eine relativ untergeordnete Rolle ein. Im Kapitel *Military* wird der Schutz der Bevölkerung wie folgt beschrieben:

„In specific circumstances, the mandate of a peacekeeping operation may include the need to protect vulnerable civilian populations from imminent attack. The military component may be asked to provide such protection in its area of deployment only if it has the capacity to do so.“¹³⁹

Was die Herangehensweise der Operationen anbelangt, so gehen die Vereinten Nationen nach einem bestimmten Muster bzw. Verlauf vor. Innerhalb der Konfliktstadien kommen dabei unterschiedliche Strategien zum Einsatz. Am Anfang steht dabei die *Conflict Prevention*, mit der versucht wird sich anbahnende Konflikte nicht ausbrechen zu lassen. Während eines Konfliktes bedient man sich des *Peacemaking* und des *Peace Enforcement* und in der Postkonfliktphase, nach einem (erfolgreichen) Waffenstillstand, werden Strategien des *Peacekeeping* und ferner des *Peacebuilding* angewandt.¹⁴⁰

Richmond und Franks sehen drei verschiedene Strategien *Liberalen Frieden* zu erreichen. Das Modell der UNO bezeichnen sie als das orthodoxe Modell, „[...] focused on statebuilding, on liberale institutions, and one that is also more sensitive of local ownership.“¹⁴¹ Dieses Modell kombiniert gewissermaßen eine *top-down* mit einer *bottom-up* Herangehensweise, wobei letztere deutlich unterrepräsentiert ist. Der *top-down* Aspekt wird durch den institutionellen Rahmen und die Praxis des

¹³⁸ United Nations (2003): Handbook on United Nations Multidimensional Peacekeeping Operations. New York: Department of Peacekeeping Operations. Verfügbar unter: <http://www.peacekeepingbestpractices.unlb.org/Pbps/library/Handbook%20on%20UN%20PKOs.pdf>. Letzter Zugriff: 02.08.2012

¹³⁹ Ebd.: 64

¹⁴⁰ United Nations (2008): United Nations Peacekeeping Operations. Principles and Guidelines. New York: Department of Peacekeeping Operations/ Department of Field Support. Verfügbar unter: http://pbpu.unlb.org/pbps/Library/Capstone_Doctrine_ENG.pdf Letzter Zugriff: 02.08. 2012. S. 17-19

¹⁴¹ Richmond/ Franks 2011: 8

Staats- und Institutionenaufbaus widergespiegelt. Der *bottom-up* Aspekt wird zum Beispiel in Strategien zur Stärkung von Zivilgesellschaft deutlich und agiert auf lokaler Ebene.¹⁴² Daneben gibt es noch das konservative Modell, das sich durch eine *top-down* Herangehensweise auszeichnet und vor allem auf militärischer und politischer Hegemonie basiert. Beispiele hierfür sind etwa Afghanistan oder Irak.¹⁴³ Das letzte Modell ist das emanzipatorische, welches durch eine *bottom-up* Strategie eher auf lokaler Ebene agiert und verstärkt die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung sucht, um auf deren Bedürfnisse einzugehen. Dieses Modell wird allen voran von kleinen NGOs, jedoch meist in Kooperation mit UNO oder anderen größeren Institutionen und Organisationen, verfolgt.¹⁴⁴

3.3.3. Probleme und Kritik

Nation-, State- und *Peacebuilding* sind keine unumstrittenen Begriffe und Strategien. Hippler nennt im Bezug auf *Nationbuilding* folgende Probleme. Erstens gibt es keine universell anwendbare Strategie, wodurch der Ausgang solcher Vorhaben fast uneinschätzbar wird. Zweitens ist die Dauer der Prozesse mitunter sehr lange, wodurch es mitunter zu finanziellen Engpässen kommt und dadurch die Qualität des Vorhabens sinkt. Drittens werden externe Akteure oft Teil interner Konflikte, was nicht nur die Konfliktlösung oder -Befriedung erschwert, sondern auch juristische Probleme verursacht. Viertens ist die Legalität von *Nation-* und *Statebuilding*-Unterfangen nicht immer eindeutig und untergräbt sehr oft die Souveränität der betroffenen Staaten.¹⁴⁵

Eine Kritik an den derzeitigen Statebuilding-Konzepten ist unter anderem bei Roland Paris und Timothy Sisk zu finden. In der Conclusio des Sammelbandes „The Dilemmas of Statebuilding“ sehen sie die größte Herausforderung in der Frage der Nachhaltigkeit.¹⁴⁶ Diese Meinung wird auch von Bliessemann de Guevara und Kühn

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Ebd.: 7-8

¹⁴⁴ Ebd.: 8-9

¹⁴⁵ Vgl. Hippler 2004a: 15-16

¹⁴⁶ Paris, Ronald/ Sisk, Timothy (2009): Conclusion: confronting the contradictions. In: Paris, Ronald/ Sisk, Timothy (Hg.): The Dilemmas of Statebuilding. Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations. New York: Routledge, S. 304-315. S. 313f.

geteilt. In ihrer Kritik verweisen sie auf die Arbeitsweise der *Statebuilder*, da deren Aufgabe vor allem in der Entwicklung von Konzepten liegt. Wie der fertige Staat funktionieren soll, ist oft nicht Teil der Strategie. „Das Statebuilding-Konzept geht vielmehr davon aus, dass der Staat quasi automatisch Sicherheit und Wohlstand produziert.“¹⁴⁷ Beatrice Pouligny, die selbst bei einigen NGOs und den Vereinten Nationen gearbeitet hat, sieht ein großes Problem in der Benennung von Konflikten durch die Internationale Gemeinschaft. Durch die oft unidimensionale Sicht auf Konflikte werden Faktoren, die nicht Teil dieser Diskurse sind, leicht außer Acht gelassen, was zu unidimensionalen Strategien führt. Weiters prägen die Meinungen und Agenda der UNO und anderer Organisationen die operativen Mitarbeiter vor Ort, sowie deren Sicht auf die jeweiligen Verhältnisse, meist schon bevor sie beginnen ihrer Arbeit nachzugehen.¹⁴⁸

Neben diesen sehr praxisorientierten Kritiken sind *Nation-* und *Statebuilding* auch auf einer theoretischen Ebene sehr problembehaftet. Eine sehr naheliegende Kritik betrifft die bereits besprochenen Konzepte von Staatlichkeit und Staatszerfalls, die als Legitimation bzw. theoretischer Unterbau fungieren. Weitere Kritikpunkte betreffen unter anderem den vormundschaftlichen Charakter des *Statebuilding*¹⁴⁹, neokoloniale Bestrebungen des Westens¹⁵⁰ und die westliche Selbsttäuschung¹⁵¹.

David Chandler, ein erbitterter Kritiker des Interventionismus und *Statebuilding*, argumentiert in seinem Buch „*Empire in Denial*“, dass, trotz einer steigenden Zahl von Interventionen und *Statebuilding* Vorhaben in nicht-westlichen Staaten, eine Abkehr von bzw. ein Abgeben der Verantwortung durch den Westen zu erkennen ist. Das betrifft laut Chandler nicht nur die Ebene wirtschaftlicher und politischer Auflagen unter dem Schlagwort der *good-governance*, sondern auch militärisches Eingreifen.¹⁵² Chandler sieht den Grund dafür in Legitimationsproblemen des

¹⁴⁷ Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 192

¹⁴⁸ Pouligny, Beatrice (2006): *Peace Operations Seen from Below*. UN Missions and Local Peace. Bloomfield/London: Kumarian Press. S. 26f.

¹⁴⁹ Bliesemann de Guevara/Kühn 2010 199

¹⁵⁰ Heathershaw, John (2012): Conclusion: neither built nor formed-the transformation of states under international intervention. In: Bliesemann de Guevara, Berit (Hg.). *Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention*. New York/ Oxon: Routledge, S. 246-259. S. 249

¹⁵¹ Bliesemann de Guevara 2012: 16

¹⁵² Chandler, David (2006): *Empire in Denial. The Politics of State-building*. London: Pluto Press. S. 8

Westens.¹⁵³ Er bezeichnet Staaten, in denen Interventionen stattfinden, als *Phantom States*, also Staaten der *Governance without Politics*.¹⁵⁴ In diesen Staaten wird eine Interventions- und Aufbaupolitik verfolgt, die Staat und Gesellschaft eher voneinander lösen, als sie zu verbinden, wodurch der Einfluss sozialer Akteure beschränkt wird. Die Kritik von Chandler ist nicht gegen technische oder praktische Belange des Statebuilding gerichtet. „It [die Kritik] is a political one: that the denial of power is a dishonest, reactionary and elitist perspective which seeks to argue that power is not important and that there is not much that power can do.“¹⁵⁵

Statebuilding ist ein Prozess und eine Strategie, die in vielen Staaten der heutigen Welt verfolgt wird. Die lokalen Akteure und Situationen sind jedoch mitunter sehr verschieden. Dennoch wird meist ein Gesamtpaket zur Konfliktlösung und zum Staatsaufbau präsentiert und exekutiert. Interventionen und *Statebuilding* finden oft zeitgleich statt. Die Idee des *Liberalen Frieden* hat zu einem Diskurs beigetragen, der, unter der Bezeichnung „*peace-as-governance*“¹⁵⁶, *Peace-* und *Statebuilding* miteinander verbindet. Dieser Diskurs geht von folgender Annahme aus. „[...] the liberal state provides the framework for the creation of peace at local, state and international levels through governmentalism and its relation to institution building.“¹⁵⁷ Peacebuilding wird daher von Anfang an mit dem Ziel verfolgt Demokratie, Menschenrechte und Märkte zu etablieren.¹⁵⁸ Bliesemann de Guevara und Kühn kritisieren diese Verbindung zwischen Intervention und *Statebuilding* dahingehend, dass Interventionen bei Genozid und anderer humanitäre Notfällen nicht automatisch von *Statebuilding*-Maßnahmen begleitet werden sollten.¹⁵⁹ Die konkreten Vorgehensweisen sollten also beim Namen genannt werden, welcher wiederum die Durchführung widerspiegeln sollte. Denn häufig verbessern sich die Verhältnisse und Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung durch westlichen Interventionismus nicht und die Etablierung und Förderung von potemkinschen

¹⁵³ Ebd.: 191

¹⁵⁴ Ebd.: 192

¹⁵⁵ Ebd.: 192

¹⁵⁶ Richmond/Franks 2011: 6

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Ebd.: 9

¹⁵⁹ Bliesemann de Guevara/ Kühn 2010: 199

Staaten bzw. *Phantom States* trägt eher dazu bei, alte Muster zu reproduzieren. Deshalb stellt sich die Frage, ob der dekonstruierte Staat nicht das geringere Übel bzw. sogar ein Chance darstellt. So zumindest die Meinung von Wolfgang Heinrich und Manfred Kulesa. Denn versteht man die Dekonstruktion von Staaten als das Ergebnis von zweckrationalem Handeln durch soziale Akteure, dann wird deutlich, dass es nicht um eine Rekonstruktion des Staates gehen kann, also die Rückkehr zum *status quo ante*. Die Herausforderung ist vielmehr die Neukonstruktion von Gesellschaft und Staat, die nationale Identität stiften und innere Souveränität konstituieren kann.¹⁶⁰

4. Kriegs- und Konfliktbegriffe im Überblick

Als letzter Punkt des ersten Teils dieser Arbeit wird werden nun einige Aspekte der Kriegs- und Konfliktforschung diskutiert. Kriege und Konflikte haben sich im Lauf der Geschichte immer wieder verändert, sowohl in der Art, wie sie geführt wurden, als auch in ihren Auswirkungen. Tatsächlich handelt es sich hierbei jedoch nicht um eine stetige Entwicklung, sondern um räumliche und zeitliche Wellenbewegungen. So ist zum Beispiel das, was als „Guerilla-Krieg“ gilt, keine Erfindung des 20. Jahrhunderts, obwohl unter diesem Pleonasmus (Guerilla bedeutet Kleiner Krieg) vor allem spezifische Revolutionskriege der Zeit nach dem 2. Weltkrieg verstanden werden. Das bekannteste Beispiel hierzu ist wahrscheinlich der Kubanische Revolutionskrieg zwischen 1953 und 1959. Auch die seit den 1990er Jahren scheinbar häufiger werdenden „ethnischen Konflikte“ sind keine neuen Erscheinungen. Wimmer und Schetter verweisen in diesem Zusammenhang etwa auf die ethnisch-religiös motivierte Gewalt der Reconquista gegen Mauren und Juden, die Gräueltaten in der Bartholomäusnacht und die Maßnahmen gegen Roma und Sinti unter Henry VIII.¹⁶¹

¹⁶⁰ Heinrich, Manfred/ Kulesa, Manfred (2004): Dekonstruktion von Staaten als Chance für neue Staatlichkeit? Die Beispiele Somalia und Somaliland. In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 88-104. S. 92f.

¹⁶¹ Wimmer, Andreas/ Schetter, Conrad (2002): Ethnische Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.312-329. S. 317

Kriege und Konflikte haben unterschiedliche Ursachen, Dimensionen und Folgen. Anhand der involvierten Akteure, sowie der institutionellen und örtlichen Rahmenbedingungen wird ermittelt, wie Kriege und Konflikte benannt werden. Daher sollen die verschiedenen Formen von Konflikten kurz beleuchtet und verglichen werden. Dabei geht es in erster Linie um die involvierten Akteure.

4.1. Der zwischenstaatlicher Krieg

Der Zwischenstaatliche Krieg ist jene Form, die wohl am ehesten mit dem Wort Krieg verbunden wird. Diese Art, die auch als Staatenkrieg bezeichnet wird, ist das Negativpendant zu (zwischen)staatlichem Frieden. So eindeutig der Begriff bzw. das damit assoziierte Szenario auch scheint, ist er in der Literatur dennoch nicht ganz unumstritten. So sehen manche Autoren diese Form von Krieg lediglich in seiner historischen Dimension relevant.¹⁶² Die Problematik des Staatsbegriffes wirkt hier mit. So stellt sich die Frage, ob der Begriff Staatenkrieg nur verwendet werden kann, wenn es sich dabei um einen Krieg zwischen Staaten handelt, die als souverän bezeichnet werden, oder auch die (großen) Kriege des Mittelalters oder der Antike, sowie Kriege in anderen Regionen der Erde als Staatenkriege bezeichnet werden können. Der Westfälische Friede jedenfalls stellt insofern eine Zäsur dar, als sowohl Krieg, als auch Friede in Folge dessen juristisch verankert und von Kriegserklärungen und Friedensverträgen begleitet wurden. Der Krieg wurde damit zu einem essentiellen Aspekt internationaler Politik.

4.2. Bürgerkrieg

Im Vergleich zu zwischenstaatlichen Kriegen, zeichnen sich Bürgerkriege durch ihren innerstaatlichen Charakter aus. Etzersdorfer bezeichnet ihn als „Kampf mit dem ‚Eigenen‘“ und „Konflikt innerhalb des Gemeinwesens, der mit dem Gebot des gewaltfreien Polisraumes bricht.“¹⁶³ Wesentlich ist dabei nicht gezwungenermaßen die Art der Kriegsführung, sondern lediglich das Wegfallen zweier oder mehrerer

¹⁶² Etzersdorfer, Irene (2007): Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Köln/Weimar/Wien: Böhlau. S. 54

¹⁶³ Ebd.: 81

Souveräne als Konflikttakteure. Bürgerkriege sind daher entweder asymmetrisch, wenn sie zwischen staatlichen Truppen und einer bewaffneten Opposition geführt werden, wie im us-amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, der zur Gründung der USA führte, oder symmetrisch, wenn es sich um Kriege handelt, die zwischen nichtstaatlichen oder zwischen teilstaatlichen Parteien geführt werden, wie im amerikanischen Sezessionskrieg. Was die Konfliktparteien anbelangt gibt es beim Bürgerkrieg kaum Grenzen. Sie können sich aus politischen, religiösen oder anderen Gruppen zusammensetzen.

Abgesehen vom innerstaatlichen Charakter gibt es noch qualitative Unterschiede. In „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ stellt Enzensberger fest, dass es sich bei dieser Art von Krieg um einen „endogenen Prozess“ handelt, der „stets von einer Minderheit“ begonnen wird¹⁶⁴ und dass die Konfliktparteien zuvor nebeneinander bzw. miteinander gelebt haben.¹⁶⁵ Auch wenn die erste Aussage, ob der Minderheiten, in Zweifel zu ziehen ist, verbirgt sich in der zweiten ein sehr wichtiger Aspekt des Bürgerkrieges, nämlich die Nähe zum jeweiligen Feind. Dadurch besteht nicht nur die Möglichkeit erhöhter Emotionalität (Hassgefühle). Diese kann auch gezielter eingesetzt werden, da das Gegenüber besser bekannt ist als bei zwischenstaatlichen Kriegen, wo Normen, Sitten und Gebräuche weniger vertraut sind und die projizierten Feindbilder oft nicht auf gelebter Erfahrung beruhen und daher weniger verankert sind. Das spiegelt sich in dem wohl eingängigsten Merkmal des Bürgerkrieges wider, seiner Tendenz zu außergewöhnlicher Grausamkeit.

Darüber hinaus gibt es in der (Bürger)kriegsforschung Bestrebungen verschiedene Unterarten von Bürgerkriegen zu erfassen. Peter Waldmann sieht diesbezüglich drei verschiedene Ansätze. Der erste versucht zwischen „Antiregimekriegen“ und „ethnisch-nationalistischen Autonomie oder Sezessionskriegen“ zu unterscheiden.¹⁶⁶ Dieser Ansatz wurde zuvor durch die Beispiele der beiden amerikanischen Kriege veranschaulicht. Der zweite besteht

¹⁶⁴ Enzensberger, Hans Magnus (1993): *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 19

¹⁶⁵ Ebd.: 11

¹⁶⁶ Waldmann, Peter (2002): *Bürgerkriege*. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 368-389. S. 376

darin, Bürgerkriege hinsichtlich ihres regionalen Charakters zu differenzieren, wobei Waldmann darauf hinweist, dass zu bezweifeln ist, ob es zum Beispiel afrikanische oder lateinamerikanische Arten von Bürgerkriegen gibt. Der dritte Ansatz unterscheidet zwischen „regulären“ und „irregulären“ Bürgerkriegen. Als „regulär“ werden dabei Bürgerkriege bezeichnet, deren Konfliktparteien hinsichtlich der inneren Struktur, sowie der Kriegsführung gewissen Normen oder Gesetzen folgen, sodass etwa Menschen, die sich nicht an Kampfhandlungen beteiligen, weniger Gewalt erfahren.

4.3. Ethnische Konflikte und ethnische Gewalt

Da Ethnizität ein zentraler Aspekt dieser Arbeit ist, muss auch ein Licht auf den „ethnischen“ oder, wie Brubaker korrigierend anmerkt, ethnisierten Konflikt geworfen werden.¹⁶⁷ Zunächst soll die Frage geklärt werden, was ein „ethnischer Konflikt“ ist und warum Brubaker vorschlägt, diese Art von Konflikt als ethnisiert zu betrachten. Unter ethnischem Konflikt wird gemeinhin ein Konflikt zwischen zwei oder mehreren Gruppen verstanden, die als ethnische Gruppen markiert bzw. definiert werden. Da im ersten Kapitel dieser Arbeit bereits eingehend die Begriffe Ethnizität und ethnische Identität geklärt wurden und sie als Konstruktionen verstanden werden, soll auch der ethnische Konflikt als konstruiert verstanden werden. Hier wird der Vorschlag von Brubaker relevant. Denn der Begriff des ethnischen Konfliktes suggeriert eine Kausalität, die auf Ethnizität beruht, wohingegen das Wort ethnisiert die konstruktive, instrumentalistische Dimension unterstreicht. Dass Ethnizität keine Konfliktursache ist, spiegelt sich in der relativen Häufigkeit ethnisierter Konflikte und ethnisierter Gewalt wider. Zwar ist vor allem die Zeit seit 1990 von einer Reihe an zum Teil sehr grausamen, opferreichen und folgenschweren Auseinandersetzungen dieser Art geprägt, jedoch ist die Anzahl an möglichen Konflikten und Gewaltakten um einiges höher. „To be sure, measured against the universe of possible instances,

¹⁶⁷ Brubaker, Rogers (2010): Ethnicity without groups. In: Giubernau, Montserrat/ Rex, John (Hg.). The Ethnicity Reader. Nationalism, Multiculturalism and Migration. Cambridge, Malden: Politiy Press, S. 33-45

actual instances of ethnic and nationalist violence remain rare. [...] Ethnic violence warrants our attention because it is appalling, not because it is ubiquitous.“¹⁶⁸

Wo liegen die Ursachen für ethnisierte Konflikte und was unterscheidet sie von anderen Konfliktformen? Fangen wir mit der letzten Frage an. Ethnisierte Gewalt manifestiert sich in verschiedenen Formen. Dazu zählen unter anderem (ethnische) Säuberungen, Genozide und Massenvergewaltigungen. Diese Formen oder Strategien sind aber nicht spezifisch für ethnisierte Gewalt. Sie sind ebenso bei politisch motivierter Gewalt oder anderen Gewaltformen zu finden.¹⁶⁹ Dass sich ethnisierte Gewalt hinsichtlich ihrer Grausamkeit dermaßen in die Gehirne der Menschen eingebrannt hat, liegt vor allem an der medialen Aufbereitung und Rezeption. Die Eigenheit ethnischer bzw. ethnisierten Gewalt liegt letztlich in der Definition der Akteure und der Adressierung ethnischer Unterschiede durch die Konfliktparteien.

Mit den Ursachen für ethnisierte Konflikte beschäftigten sich vor allem nach 1990 eine Reihe von Wissenschaftlern und Journalisten.¹⁷⁰ Populär und viel rezipiert waren dabei die Thesen von Samuel Huntington¹⁷¹ und dem Journalisten Robert Kaplan.¹⁷² Letzterer begründete in seinem Artikel „The coming Anarchy“ eine These der „neuen Barbarei“, die laut Kaplan auf uraltem Hass gründet. Einfach erklärt und reisserisch erzählt, fanden diese Thesen breite öffentliche Anerkennung. Fernsehen und Printmedien lieferten schließlich durch Bildmaterialien aus Somalia und später aus Rwanda, dem Balkan und anderen Kriegsgebieten die passenden Bilder. Schnell wurde unter Verdrängung der eigenen brutalen Vergangenheit ein moderner, demokratischer und friedfertiger Westen einem primitiven und gewaltbereiten Rwanda oder Bosnien gegenübergestellt.¹⁷³ Laut Horowitz¹⁷⁴ sind diese Gewalttaten inszeniert und strukturiert, was der Annahme, es handle sich um chaotische, außer

¹⁶⁸ Brubaker, Rogers/ Laitin, David D. (1998): Ethnic and Nationalist Violence. In: Annual Review of Sociology. Vol. 24, S. 423-452. S. 424

¹⁶⁹ Vgl. Wimmer/ Schetter 2002: 317

¹⁷⁰ Vgl. Pospisil 2009: 143-145

¹⁷¹ Huntington, Samuel P. (1993): The Clash of Civilizations?. In: Foreign Affairs Vol. 72, No. 3, S. 22-49

¹⁷² Kaplan, Robert D. (1994): The coming anarchy. In: Atlantic Monthly, Februar

¹⁷³ Vgl. Wimmer/ Schetter 2002: 320

¹⁷⁴ Horowitz, Donald (2001): The Deadly Ethnic Riot. Berkeley: University of California Press.

Kontrolle geratene Gewalt, widerspricht. Auch kulturalistische Theorien zu ethnisierten Gewalt unterstreichen das. Diese Theorien verstehen ethnisierte Konflikte laut Brubaker und Laitin als „[...] meaningful, culturally constructed, discursively mediated, symbolically saturated, and ritually regulated.“¹⁷⁵ Eine tiefgreifende Motivforschung fehlt bei populistischen Analysen weitestgehend. Die Motivationen lassen sich am ehesten anhand der involvierten Akteure und Interessen benennen. Im Falle ethno-politischer Konflikte, verorten Ted Gurr und Anne Pitsch drei mögliche Forderungen. Erstens, ethnonationalistische Forderungen nach Sezession, wie sie durch Tamilen in Sri Lanka oder Kurden in der Türkei bekannt sind. Zweitens, Minderheiten, die bestimmte Rechte oder Ressourcen einfordern. Drittens, indigene Bevölkerungen, die nach Mitbestimmungsrechten und politischer Anerkennung streben.¹⁷⁶

Ethnisierte Konflikte und Gewalt sind letztlich, ob sie nun politische oder ökonomische Hintergründe haben, in ihren Grundzügen interessenbasiert. Auch wenn die Interessen oft nicht sofort sichtbar sind.

4.4. „Neue Kriege“: Über die Asymmetrie des Krieges

Ein Begriff, der in den letzten Jahren vor allem im Zusammenhang mit „ethnischen“ und „ethno-nationalistischen“ Konflikten immer populärer wurde, ist jener der „Neuen Kriege“. Der Begriff des „Neuen Krieges“ wurde von Mary Kaldor Ende der 1990er Jahre geprägt. Dahinter verbirgt sich der Versuch die Gewalt in Osteuropa und Afrika der 1980er und 1990er Jahre zu erklären. Kaldor verortet drei Merkmale, anhand derer „Neuen Kriege“ definiert werden, die sie von zuvor bekannten Kriegen unterscheiden, nämlich hinsichtlich der Zielsetzung bzw. Motivation, bezüglich der Kriegsführung und schließlich anhand der Kriegsökonomie. Die neue Zielsetzung sieht sie in dem, was sie *identity politics* nennt, also partikulare Identitäten, die nach Macht streben und, sowohl lokal, als auch global, vor allem durch Internet und Telekommunikation verbreitet werden. Die

¹⁷⁵ Brubaker /Laitin 1998: 441

¹⁷⁶ Gurr, Ted/ Pitsch Anne (2002): Ethnopolitische Konflikte und separatistische Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 287-312. S. 288f.

Kriegsführung, so Kaldor, hat sich dahingehend verändert, dass zunehmend eine Guerilla-Strategie verfolgt wird, die sich jedoch von herkömmlichen bzw. zuvor bekannten Taktiken dadurch unterscheidet, dass nicht die politische und ideologische Kontrolle der Bevölkerung angestrebt wird, sondern eine durch Hass und Angst geprägte Kontrolle. Die Kriegsökonomie unterscheidet sich schließlich im Vergleich zu jener früherer Kriege durch ihre globalisierte und dezentralisierte Form. Das bedeutet, sie ist nicht mehr zentralisiert und autark, sondern bedarf externer Ressourcen und Partner.¹⁷⁷

Das Konzept der „Neuen Kriege“ wurde von einigen Wissenschaftlern aufgegriffen und weiterbearbeitet. Ein bekannter Vertreter ist der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler. Er versteht die neuen Kriege primär als Staatszerfalls-Kriege.¹⁷⁸ Die Charakteristika der „Neuen Kriege“ nach Münkler liegen einerseits in der „Privatisierung und Kommerzialisierung“ und andererseits in einer „Asymmetrierung“ der Kampfhandlungen.¹⁷⁹

Die zuvor besprochene *New Barbarism* These findet sich in vielen Theorien zu „Neuen Kriege“ wieder. Bei Kaldor eher versteckt und implizit formuliert, ist bei Klaus Schlichte ganz explizit von einer Barbarisierung der Gewalt die Rede, wobei er jedoch auch die Gegenposition nicht ausspart und anmerkt, dass es schwierig sei, einen tatsächlichen Nachweis für diese Barbarisierung zu erbringen.¹⁸⁰

Generell sind die Theorien zu den „Neuen Kriegen“ mitunter stark in Zweifel zu ziehen. Dass die besprochenen Kriege nicht geführt werden wie die „großen“ Staatenkriege des 18. 19. und 20. Jahrhunderts ist unschwer erkennbar. Dafür bedarf es weder quantitativer noch qualitativer Analysen. Die „Neuen Kriege“ hinsichtlich ihrer ökonomischen Aspekte, Asymmetrie und der Grausamkeit, die durch die stärker betroffene Zivilbevölkerung deutlich werden soll, als bis dato nicht vorkommende Form des Krieges zu klassifizieren, ist dennoch zu hinterfragen. Jan Pospisil etwa kritisiert die Theorie von Kaldor, indem er darauf hinweist, dass die

¹⁷⁷ Kaldor, Mary (2006): *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Cambridge: Polity Press. S. 7-10

¹⁷⁸ Münkler, Herfried (2010): *Die Neuen Kriege*. Hamburg: Rowohlt. S. 20

¹⁷⁹ Ebd.: 57

¹⁸⁰ Schlichte, Klaus (2006): *Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft*. In: Geis, Anna (Hg.): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*. Baden-Baden: Nomos, S. 111-132. S. 119

scheinbaren Eigenheiten oder Neuheiten der „Neuen Kriege“ auch in alten Kriegen zu finden sind, sowohl was die Verletzung der Menschenrechte und die Verbindung zwischen Krieg und Kriminalität betrifft, als auch die dezentralisierten Ökonomien.¹⁸¹ Pospisil sieht in der Tendenz Kriege als *neu* zu bezeichnen eine Mischung aus einer Erweiterung der Wahrnehmung, wodurch neue Aspekte in die Forschung integriert werden, die wiederum ein „verändertes Licht auf bekannte Phänomene werfen“¹⁸² und in der Veränderung von „allgemeinen Bedingungen“¹⁸³, die „bislang Vernachlässigtes freilegen“¹⁸⁴.

5. Resümee

Der erste Teil dieser Arbeit sollte Konzepte und Theorien zu Ethnizität, Staatlichkeit, deren Zerfall und Aufbau und Krieg beleuchten, um Rahmen zu schaffen, wodurch die Konfliktsituation im Ostkongo erfasst und verstanden werden kann. Es hat sich gezeigt, dass Ethnizität, Staat und Krieg alles andere als ausdiskutierte Begriffe sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen sind, über die breiter Konsens herrscht. Daran wird sich auch zukünftig wohl wenig ändern. Daher werden die verschiedenen Begriffe für die folgende Analyse unter bestimmten Annahmen betrachtet.

Ethnizität im Konflikt wird unter zwei Gesichtspunkten gesehen. Zum einen als situatives Instrument lokaler wie internationaler Akteure. In diesem Sinne ist sie ein interessenbasiertes Mittel, das es ermöglicht Verbündete und Feinde zu konstruieren oder dekonstruieren. Das Adressieren von Ethnizität bzw. ethnische Agendasetting ist damit Teil der symbolischen Macht von Eliten. Durch konfliktbedingte Flüchtlings- und Migrationsbewegungen kann Ethnizität andererseits auch abseits der Kampfhandlungen Einfluss auf das soziale Leben haben. Dabei kann es sowohl zu einer Integration bzw. Solidarisierung mehrerer Gruppen kommen, die sich als

¹⁸¹ Pospisil 2009: 121-122

¹⁸² Ebd.: 122

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Ebd.

Gegengesellschaft zu den Konfliktparteien verstehen, als auch zu Spaltungen und Grenzziehungen.

Westliche Staatlichkeit wird im Kontext nichtwestlicher Staaten angesichts historischer Prozesse, politischer und ökonomischer Ungleichverteilung von Macht auf globaler wie lokaler Ebene und sich ständig wandelnder sozialer und gesellschaftlicher Verhältnisse im Sinne einer ideologiekritischen Betrachtung als normatives Ideal verstanden, welches durch scheinbar einfache Antworten tiefgreifende Probleme verschleiert. Der Staat soll daher folgend in der Art und Weise verstanden werden, die anfangs in Kapitel 3 beschrieben wurde, nämlich als international anerkannte territoriale Einheit inklusive einer Bevölkerung, die, wenn auch in vielen Fällen nur formal, selbstbestimmt ist. Staatlichkeit nach dieser Definition impliziert daher weder innere Legitimität, noch demokratische Strukturen oder eine juristisch verankerte Gewaltentrennung. Analog zur Kritik an der idealisierten Staatlichkeit wird auch das Konzept der *Failed States* betrachtet. Denn durch die Benennung eines Negativpendant zum funktionierenden Staat, dem *Failed State*, werden Interventionen legitimiert, um Verhältnisse zu schaffen, die die schrittweise Etablierung eines funktionierenden Staatsapparates anhand des besagten Ideals ermöglichen sollen, um Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu generieren. Dabei angewandte technokratische Pauschalstrategien und eindimensionale Interventionskonzepte schaffen Verhältnisse, die Gesellschaft und Staat voneinander trennen, und fördern eine Entwicklung hin zu einer Scheinstaatlichkeit. Lokale und regionale Kollektive und zivilgesellschaftliche Akteure werden dadurch ausgeschlossen. Weiters erschwert bzw. behindert ein auf Staatsaufbau orientiertes Konzept, im Falle von humanitären Krisen und Konfliktsituationen, ein Eindämmen der Gewalt durch fehlgeleitete Verteilung personeller und monetärer Ressourcen einzelner Missionen.

6. Der Kongo: Ein historischer Abriss

Bevor die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und militärischen Ereignisse und Prozesse behandelt werden, wird in diesem Abschnitt die Geschichte von der Kolonialzeit bis zur Ära Mobutu umrissen.

Das heutige Gebiet der Demokratischen Republik Kongo war in vorkolonialer Zeit in verschiedene Herrschaftsgebiete unterteilt, die teilweise aneinander grenzten, teilweise durch dichten Regenwald und andere natürliche Grenzen und Barrieren voneinander getrennt waren. Das relativ große Reich Loango im Westen des heutigen Kongo reichte auch in die Staatsgebiete der heutigen Republik Kongo und Angola hinein. Ab dem 14. Jahrhundert begann es stetig zu expandieren. Den Berichten des Portugiesen Duarte Lopez zu Folge zeichnete sich das Reich durch ein komplexes System auf politischer, administrativer und professioneller Ebene aus, und hatte eine Fläche von rund 1685 Quadratmeilen, also über 2700 Quadratkilometer.¹⁸⁵ Die ersten Europäer, die den Boden des heutigen Kongo betraten waren Portugiesen, die mit dem Seefahrer Diego Cão 1483 an der Mündung des Kongo-Flusses an Land gingen. Eine eingehende und sehr detaillierte Auseinandersetzung mit dem vorkolonialen Kongo liefern zum Beispiel Jan Vansina¹⁸⁶ und Wyatt Macgaffey¹⁸⁷.

Das Streben europäischer Mächte nach neuen wirtschaftlichen und politischen Räumen trieb die koloniale Expansion ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts voran. Der belgische König Leopold II war sehr früh daran interessiert Kolonien zu besitzen und nutzte daher jede Gelegenheit, um seinen Wunsch zu verwirklichen.¹⁸⁸ Nachdem er zu einigen Konferenzen geladen, Organisationen gegründet und seine Ansprüche auch vor dem Heiligen Stuhl geltend gemacht hatte¹⁸⁹, wurde ihm bei der

¹⁸⁵ Clarke, John H. (1962): The Old Congo. In: *Phylon*. Vol. 23, S. 61-65. S. 61-63

¹⁸⁶ Vansina, Jan (1990): *Paths in the Rainforests : Toward a History of Political Tradition in Equatorial Africa*. Madison: University of Wisconsin Press.

¹⁸⁷ Macgaffey, Wyatt (2000): *Kongo Political Culture. The Conceptual Challenge of the Particular*. Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press.

¹⁸⁸ Albertini, Rudolf von (1976): *Europäische Kolonialherrschaft. 1880-1940*. Zürich: Atlantis Verlag AG. S. 429

¹⁸⁹ Vgl. Kinet, Ruth (2005): „Licht in die Finsternis“. *Kolonisation und Mission im Kongo, 1876-1908 Kolonialer Staat und nationale Mission zwischen Kooperation und Konfrontation*. Europa-Übersee Bd. 15. Münster: Lit Verlag. S. 17-19

Berliner Afrikakonferenz 1884/1885 schließlich der Kongo, unter bestimmten Auflagen, vor allem den Freihandel betreffend, zugesprochen.¹⁹⁰

Die folgenden 23 Jahren, in denen Leopold II den Kongo, seit 1892 als EIC (l'État Indépendant du Congo) oder Kongofreistaat bekannt, regierte, waren von Zwangsarbeit, katastrophalen Arbeitsbedingungen und äußerst brutalen Strafmaßnahmen geprägt, was unter anderem den Tod unzähliger Menschen zur Folge hatte.¹⁹¹ Genaue Zahlen zum Bevölkerungsrückgang jener Zeit sind jedoch schwer zu ermitteln. Die von Adam Hochschild¹⁹² geschätzten 10 Millionen Menschen und seine Genozid-These entspringen jedoch eher journalistisch-sensationalistisches Wunschdenken, als harter Faktenlage. Neben den eben erwähnten kolonialen Verbrechen, hatten vor allem die Eingriffe in das gesellschaftliche und familiäre Leben, wie etwa die Verschleppung von Kindern und Jugendlichen mit dem Argument des Schutzes vor arabischen Sklavenhändlern, schwerwiegende Folgen. Die Kinder wurden in Schulkolonien, sofern sie überlebten, zu Arbeitern und Soldaten herangezogen und standen bis zu ihrem 25. Lebensjahr unter der Vormundschaft des Staates.¹⁹³ Abgesehen von den menschlichen Tragödien war das Unternehmen Leopolds zudem äußerst teuer. Die Administration, die eine der aufwändigsten im frühkolonialen Afrika war, verschlang Unsummen.¹⁹⁴ Bereits 1890 konnten die Einnahmen von damals rund 1.2 Millionen belgischer Franc die Ausgaben von rund 4.5 Millionen nicht decken.¹⁹⁵ Aufgrund der hohen Schulden wurde am 25. Juni 1890 eine Konvention zwischen Belgien und dem Kongo beschlossen. Der belgische Staat erwarb eine zinslose Anleihe im Wert von 25 Millionen Franc und das Recht, nach nicht fristgerechter Rückzahlung bei einer Laufzeit von zehn Jahren, sich den Kongo anzueignen.¹⁹⁶ In der nationalen wie

¹⁹⁰ Vgl. Wesseling, Hendrik L. (1999): *Teile und herrsche. Die Aufteilung Afrikas 1880-1914*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag. S. 108-117

¹⁹¹ Vgl. Duigan, Peter/ Gann, L. H. (1979): *The Rulers of Belgian Africa, 1884-1914*. New Jersey: Princeton University Press. S. 217-218

¹⁹² Vgl. Hochschild, Adam (2006): *Schatten über dem Kongo*. Stuttgart: Klett-Cotta

¹⁹³ Vgl. Kinet 2005: 145-153

¹⁹⁴ Duigan/Gann 1979: 91

¹⁹⁵ Nelson, Samuel H. (1994): *Colonialism in the Congo Basin 1880-1940*. Athens (Ohio): Ohio University Center for International Studies. S. 85

¹⁹⁶ Kinet 2005: 69

internationalen Presse wurde über die Gräueltaten im Kongo berichtet, wodurch der Druck auf Leopold nach Reformen und Verbesserungen immer größer wurde. 1908, ein Jahr vor dem Tod Leopolds, wurde der Kongo-Freistaat schließlich zur Kolonie Belgische-Kongo.¹⁹⁷

Die koloniale Praxis hinsichtlich der Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft unterschied sich zunächst nur geringfügig von der König Leopolds. Es änderten sich lediglich die Methoden der Kolonialherren.¹⁹⁸ Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft im Kongo war einerseits durch eine Art *direct rule* gekennzeichnet, die durch die sogenannte „Unheilige Dreieinigkeit“ zwischen Mission, Bürokratie und Kolonialgesellschaft administriert und exekutiert wurde.¹⁹⁹ Auf der anderen Seite wurden „traditionelle“ Würdenträger ernannt, denen bestimmte räumliche und politische Verwaltungsbereiche unterstellt wurden. Diese Verwaltungsbereiche wurden *chefferie* genannt. Später kamen der *secteur*, als Zusammenschluss mehrerer *chefferies*, und der *centre extra-coutumier*, für Kongolesen außerhalb „traditioneller“ Gemeinschaften, hinzu. „These were legal distinctions rather than sociological descriptions.“²⁰⁰ Die koloniale Praxis zerstörte nachhaltig, sowohl bewusst, als auch unbewusst, gesellschaftliche Netzwerke und Strukturen. Migration war ein Faktor, der dazu beitrug, und vor allem nach der Unabhängigkeit zu gesellschaftlichen und politischen Problemen innerhalb des Kongo führte. So hatte beispielsweise ab 1919²⁰¹ die Ansiedelung rwandophoner Feldbauern („Hutu“) und Viehzüchter („Tutsi“) im Ostkongo starke gesellschaftliche Auswirkungen hinsichtlich des Zugangs zu Land und Ressourcen. Diese Maßnahme sollte dazu dienen, das bevölkerungsreiche Rwanda zu entlasten und die damals noch bevölkerungsarmen Kivu-Provinzen zu besiedeln. Die Neuankömmlinge wurden von anderen Gruppen als Banyarwanda bezeichnet, ebenso wie die

¹⁹⁷ Vgl. Wesseling 1999: 122

¹⁹⁸ Duigan/ Gann 1979: 160

¹⁹⁹ Vgl. Schicho, Walter (1999): Handbuch Afrika. Band 1: Zentralafrika, Südliches Afrika und die Staaten im indischen Ozean. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel/ Wien: Südwind. S. 214-215

²⁰⁰ Young, Crawford/ Turner, Thomas (1985): *The Rise and Decline of Zairian State*. Madison: Wisconsin University Press. S. 233

²⁰¹ Anm. Nach dem 2. WK wurde das ehemals zu Deutsch-Ostafrika gehörende Gebiet des heutigen Rwanda und Burundi zu einem Mandatsgebiet des Völkerbundes und ab 1946 Treuhandgebiet der UN unter der Verwaltung Belgiens.

rwandophone Bevölkerung, die seit dem 17. Jahrhundert im Gebiet des heutigen Kivu ansässig war und zuvor Banyabwisha genannt wurde.²⁰²

In den 1950er Jahren entstanden immer mehr nationalistische Bewegungen aus Berufsgruppen und religiösen Vereinigungen. Die Kolonialverwaltung versuchte vergeblich diesen Bestrebungen durch Reformpakete und Wohlfahrtsprogramme Herr zu werden.²⁰³ Bis zu den ersten freien Wahlen 1960 wurden über 250 Parteien gegründet, die meisten mit einer ethnischen Ausrichtung. Eine Ausnahme bildete die zentralistisch-nationalistische Partei von Patrice Lumumba, die MNC (Mouvement National Congolais), welche sich mit der ABAKO (Association des Bakongo) den Wahlsieg am 30.06.1960 teilte.²⁰⁴ Viele andere Parteien, und vor allem Westeuropa und die USA, waren mit dem Ergebnis nicht zufrieden, da sie um Konzessionen und Machteinbußen fürchteten. So kam es nur 11 Tage nach der Wahl unter der Führung von Moïse Kapenda Tshombé und mit belgischer Unterstützung zur Sezession Katangas. Die Sabotage des Westen und innerer Unruhen führten zur mehrmaligen Auflösung und Wiederherstellung des Parlaments und schließlich zur Arrestsetzung Lumumbas. Bei der Flucht gefangen, wurde Lumumba schließlich unter Beihilfe Belgiens und dem us-amerikanischen Auslandsnachrichtendienst CIA ermordet.²⁰⁵

In den darauffolgenden vier Jahren kam es zu unzähligen Umbrüchen, Aufständen, Abspaltungsversuchen und Machtkämpfen, sowie zum ersten großen Einsatz der Vereinten Nationen, der mit rund 20.000 Mitarbeitern unter dem Namen ONUC (Opération des Nations Unies au Congo) von statten ging.²⁰⁶ Aus dieser „Kongo-Krise“ ging schließlich Joseph-Désiré Mobutu als neuer Machthaber hervor, der von der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung ebenso profitierte, wie von seinem Bekenntnis zum toten Lumumba als Märtyrer und Nationalheld. Die Einnahmen des zentralistischen Staates wurden unter Mobutu und seine Gefolgsleuten aufgeteilt, die sich aus Militärs und Mitgliedern seiner Einheitspartei MPR (Mouvement

²⁰² Vgl. Muller, Eric (2005): Ethnische Identitäten im Ostkongo. Eine Geschichte der Kivuregion. Berlin, Wissenschaftlicher Verlag Berlin. S. 60-66

²⁰³ Schicho 1999: 216-217

²⁰⁴ Ebd.: 219

²⁰⁵ Vgl. De Witte, Ludo (2001): Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo Krise. Leipzig: Forum Verlag

²⁰⁶ Vgl. Kacza, Thomas (1990): Die Kongo Krise 1960-1965. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft. S. 113

Populaire de la Révolution) zusammensetzten. Diese verstanden es gut, kurzfristige Gewinne zu erzielen. Auf längere Sicht brach die Wirtschaft jedoch immer weiter ein.²⁰⁷ Daran konnte weder Mobutus Zairisierung und Mobutismus²⁰⁸ in den 1970er Jahren etwas ändern, noch sein freundschaftliches Verhältnis zu diversen Regierungschefs aus aller Welt. All dies führte zu einer stetigen Verschuldung des Landes und Einbrüchen im Lohnsektor.

Mobutus „Afrikanisierungspolitik“ in Form einer „konstitutionellen Doktrin“²⁰⁹ sollte dazu dienen, Partikularismen innerhalb von Zaire aufzulösen und eine nationale Identität zu schaffen. Dies gelang jedoch trotz Integrierungen „traditioneller“ Eliten in die Einheitspartei bzw. die Versetzung lokaler Machthaber in andere Distrikte nicht überall. Kevin Dunn bezeichnet Zaire als „complex web of regional and local sociopolitical networks, some of which were “engaged“ with [...] Kinshasa, most of which were not.“²¹⁰ Insbesondere in den Kivus, weit von Kinshasa entfernt, bedurfte es, aufgrund der steigenden Macht lokaler Eliten, anderer Strategien. Die schlechte Wirtschafts- und Versorgungslage vergrößerte den Unmut in der Bevölkerung und lokale Machthaber konnten sich immer mehr der Kontrolle durch Mobutu entziehen. Ebenso kam er nicht umhin, das Parteigründungsverbot in den 1980er Jahren zu lockern und schließlich das Einparteiensystem 1990 zu beenden. Er versuchte stattdessen, Verbündete in den neuen Parteien und Interessens- und Religionsverbänden zu finden.²¹¹ Das marode System verlor durch die Weltordnung nach 1990 nach und nach auch seine westlichen Verbündeten. Der Genozid in Rwanda 1994 und die dadurch entstandene Situation rwandischer Interahamwe Soldaten und Soldaten der FRD (Forces Rwandaises de Défense) in Ostzaire waren weitere Faktoren, die sich negativ auf Mobutus Regime auswirkten. Aus

²⁰⁷ Schicho 1999: 225-228

²⁰⁸ Anm. Die Zairisierung bezeichnet die nationale Einvernahme ausländischer Unternehmen. Der Mobutismus war ein ideologisches Programm Mobutus um nationale Einheit durch scheinbar traditionelle Namen, Kleidung und Werte zu schaffen. Dies wurde vor allem in der Änderung des Namens Kongo zu Zaire (von nzere oder nzadi, Kikongo für Wasser oder Fluss) sowohl was das Land, als auch den Fluss betrifft und in der Änderung seines Namens zu Mobutu Sese Seko deutlich. Vgl. Dunn, Kevin (2003): *Imagining the Congo. The international Relations of Identity*. New York: Palgrave Macmillan. S. 105-120

²⁰⁹ Young/Turner 1985: 70

²¹⁰ Dunn 2003: 142

²¹¹ Bucyalimwe, Mararo (1997): *Land, Power, and Ethnic Conflict in Masisi (Congo-Kinshasa, 1940s-1994)*. In: *The international Journal of African Historical Studies*. Vol. 30, No. 3. S. 503-538. S. 530

dem anfänglichen Versuch die Flüchtlingslager aufzulösen²¹² wurde 1996 eine Allianz zwischen Mobutu und den geflohenen Rwandesen gegen den immer weiter Richtung Westen vorrückenden Laurent-Désiré Kabila, der von Paul Kagame (Rwanda), Yoweri Museveni (Uganda) und den USA unterstützt wurde. Kabila schaffte es schließlich Kinshasa einzunehmen. Mobutu starb im Herbst 1997 in Marokko an Krebs.²¹³

Die Geschichte des Kongo war seit dem Eintreffen der Europäer von Konflikten geprägt, von der vorkolonialen Zeit, unter dem Deckmantel der Religion zwischen kongolesischen Christen und Anhängern afrikanischer Religionen, über die koloniale Phase, in der die Zerstörung bestehender sozialer und wirtschaftlicher Netzwerke und Strukturen und die Tribalisierungspolitik durch die Kolonialherren in Konkurrenz um regionale Vorherrschaft mündete, bis in die postkoloniale Zeit. Vor allem sie war durch zahlreiche Umwälzungen geprägt. Bei Konflikten um Land, Ressourcen und Macht benutzten internationale und lokale Eliten, die von den ehemaligen Kolonialherrn konstruierten ethnischen Kategorien, um Menschen zu mobilisieren und für die eigenen Zwecke gegeneinander auszuspielen. Diese „Balkanisierung“ des Kongo ist seit der Unabhängigkeit ein zentraler Aspekt innerhalb der Kriege und Konflikte im (Ost)kongo.

7. Die Konflikte zwischen 1996 und 2012

Nach dieser sehr kompakten Darstellung der Geschichte des Kongo, werden nun die Ereignisse zwischen der Machtübernahme Laurent Kabilas und den heutigen Konflikten dargelegt. Die regionale Bedeutung für die östlichen Regionen des Kongo soll dabei hervorgehoben werden. Der Fokus liegt vor allem auf den Dynamiken und Veränderungen der Konfliktakteure und der Rolle der Vereinten Nationen.

²¹² Vgl. Johnson, Dominic (2008a): Kongo. Kriege Korruption und die Kunst des Überlebens. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel. S. 71-73

²¹³ Schicho 1999: 234-235

7.1. Die Kongo-Kriege

Der sogenannte „Afrikanische Weltkrieg“²¹⁴ bezeichnet die beiden Kongokriege zwischen 1996 und 1997 und zwischen 1998 und 2003. Der erste dieser Kriege hatte sowohl lokale Dimensionen, als auch eine internationale Dimension. Die lokalen bzw. regionalen Dimensionen waren die Folgen des rwandischen Genozids, sowie die schon bestehenden Konflikte im Ostkongo. Die internationale Dimension war die Bestrebung der USA und Frankreichs ihren Einfluss im rohstoffreichen Kongo auszubauen bzw. zu sichern. Der Zweite Kongokrieg folgte direkt im Anschluss an den ersten, mit einer Pause von lediglich ein paar Monaten. Er entstand aus der Situation rwandischer und ugandischer Truppen im Ostkongo, die sich unter Berufung auf das Recht auf Selbstverteidigung aus der Region nicht zurückziehen wollten, was aus den ehemaligen Verbündeten Feinde machte. Der Druck auf Kabila wurde nicht nur von außen immer größer. Auch innerhalb des Kongo gab es Widerstand. So musste er dem Image entgegenwirken, das ihn als Marionette Ugandas und Rwandas darstellte, die gegen die Interessen des Kongo arbeitet. Dennoch schaffte er es Angola, Namibia, Chad und Zimbabwe als Verbündete zu gewinnen. Im Folgenden sollen diese Vorgänge nun näher betrachtet werden.

7.1.1. Kriegsverläufe und Konfliktparteien

Durch die Massaker in Rwanda im April 1994 und die Vertreibung der *Interahamwe* und anderer, die am Genozid beteiligt gewesen waren, wurde die bereits angespannte Situation im Ostkongo noch schwieriger. Die Verursacher des Genozids sammelten sich nach ihrer Vertreibung durch die von Paul Kagame geführte RPF in Lagern in den Kivu-Provinzen. Die Anzahl der Flüchtlinge wurde auf rund 2 Millionen Menschen geschätzt, darunter natürlich auch Menschen, die nicht

²¹⁴ Anm. Die Bezeichnung Weltkrieg ist sehr umstritten, da einerseits die einzelnen Kampfhandlungen zeitlich versetzt und auf kleine, verstreute Gebiete beschränkt waren, andererseits die beteiligten Nationen Angola, Namibia, Rwanda, Chad, Uganda und Zimbabwe nur relativ kleine Truppenkontingente mit geringer Bewaffnung stellten. Vgl. hierzu Schicho, Walter (2005): Kongo. „Humanitäre Intervention“ im Stellvertreter-Bürgerkrieg. In: Becker, Joachim/ Hödl, Gerald/ Steyrer, Peter (Hg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajewo bis Kuito. Wien: Promedia/ Südwind. S. 224-241. S. 225

am Genozid beteiligt waren.²¹⁵ Die Flüchtlingslager wurden zu Handelszentren und Kommandozentralen der Hutumilizen. Bürokratische und politische Strukturen wurden geformt und militärische Truppenübungen abgehalten.²¹⁶

Aufgrund dieser Situation formierten sich Kräfte, deren Gegenangriffe als „Banyamulenge-Rebellion“²¹⁷ bekannt wurde.²¹⁸ In Ostzaire lebende rwandophone Gruppen, denen durch Mobutu die Ausweisung aus Zaire drohte, wurden von Rwanda instrumentalisiert.²¹⁹ Die Konflikte wurden jedoch nicht nur auf militärischer, sondern auch verbaler Ebene ausgetragen. So forderte Rwandas Präsident Bizimungu von Mobutu im Oktober 1996, nach dessen Ausweisungsversuchen, bei einer Pressekonferenz die Rückgabe des „Landes der Banyamulenge“ an Rwanda und berief sich dabei auf historisches Kartenmaterial.²²⁰ Im mittlerweile sehr unruhigen Ostzaire standen quasi zwei Parteien gegenüber. Auf der einen Seite Mobutu, der sich als „Retter der Hutu“²²¹ präsentierte und Rwanda auf der anderen Seite, welches die „Banyamulenge“ unterstützte. Die „Banyamulenge Rebellion“ schaffte es schließlich bis November 1996 die Städte Uvira, Bukavu und Goma einzunehmen.²²² Die Rebellion war jedoch keine bloße Reaktion der lokalen Bevölkerung auf die Flüchtlingslager und den daraus operierenden Milizen, sondern laut Filip Reyntjens eine von Rwanda geplante Aktion.²²³

Aus dieser „Rebellion“, an der verschiedenste Gruppen beteiligt waren, formte sich ein Bündnis unter dem Namen ADFL (Alliance des Forces Démocratique pour la Liberation du Congo-Zaire). Im Wesentlichen waren darin vier Oppositionsparteien vertreten, die PRP (Parti de la Révolution Populaire), die CNRD (Conseil national de

²¹⁵ Turner, Thomas (2007): Congo Wars. Conflict, Myth and Reality. London/ New York: Zed Books. S. 4

²¹⁶ Johnson 2008: 70-71

²¹⁷ Anm.: Als Banyamulenge (Menschen aus Mulenge; Südkivu) bezeichneten sich rwandophone Gruppen um sich von den rwandischen Flüchtlingen, die 1959 im Zuge der Unruhen in Rwanda in die Kivu-Provinzen geflohen waren, abzugrenzen und ihr Recht auf Land zu unterstreichen. Vgl. hierzu Muller 2005: 86

²¹⁸ Vgl. Reyntjens, Filip (2009): The Great African War. Congo and the Regional Geopolitics, 1996-2006. Cambridge: Cambridge University Press. S. 45 ff.

²¹⁹ Ebd.: 55

²²⁰ Ebd.: 53

²²¹ Haskin, Jeanne M. (2005): The Tragic State of Congo. From Decolonization to Dictatorship. New York: Algora Publishing. S. 77

²²² Turner 2007: 4

²²³ Reyntjens 2009: 48

Résistance pour la Démocratie), die ADP (Alliance Démocratique des Peuples) und die MRLZ (Mouvement Révolutionnaire pour la Libération du Zaïre). Laurent Kabila, der an der Spitze der PRP stand, wurde zum Sprecher der ADFL ernannt.²²⁴ Die ADFL schaffte es, gemeinsam mit der rwandischen RPF, die Provinzen Kasai und Katanga einzunehmen, trat ihren Marsch Richtung Kinshasa an. Die Zerstörung der Flüchtlingslager forderte tausende Opfer unter den rwandischen Flüchtlingen, von denen die meisten entweder durch die Hand der ADFL oder an den Folgen der Flucht, also Krankheit, Erschöpfung oder Hunger starben.²²⁵ Das humanitäre Desaster verursachte schließlich Spannungen zwischen Kabila und den Vereinten Nationen.²²⁶ Schon bevor Kabila Kinshasa eingenommen hatte, verkündete er im März 1997 die Übergangsregierung und rief ein Verbot anderer Parteien aus. Dieses Verbot oppositioneller Parteien, wie der PALU (Partie Lumumbiste Unifié) und der UDPS (Union pour la Démocratie et le Progrès Social), und NGOs wurde damit begründet, dass es sich bei der ADFL nicht um eine Partei, sondern eine Bewegung handle, die alle Kongolesen integriere.²²⁷

Die „Rebellion“ gegen Mobutu, die in der Machtübernahme der ADFL mit Kabila an der Spitze endete, hatte jedoch tiefgreifendere Ursachen, als die bloße Unzufriedenheit einer vernachlässigten Bevölkerung. Der zweite Kongokrieg brachte diese Komplexität zum Vorschein. Rwanda und Uganda hatten jeweils verschiedenen Interessen bzw. Gründe, die dazu führten, sich im Kongokrieg zu beteiligen. Rwanda, das quasi die strategische Rolle übernahm, überließ Uganda die organisatorische. Uganda lieferte vor allem Waffen, bot militärische Ausbildungen an und kümmerte sich um Kriegsinvestoren aus Kolumbien, dem Libanon und Israel, die ihrerseits an Rohstoffgeschäften interessiert waren.²²⁸ Eine ähnliche Rolle spielte Zimbabwe, das Spezialeinheiten, Transport, Waffen, Flugzeuge und Piloten bereitstellte. Ebenfalls involviert, wenn auch in deutlich kleinerem Maße, waren wahrscheinlich Äthiopien und Eritrea in diplomatischer Hinsicht und Zambia,

²²⁴ Turner 2007: 4

²²⁵ Ngolet, François (2011): Crisis in the Congo. The Rise and Fall of Laurent Kabila. New York: Palgrave Macmillan. S. 3-4

²²⁶ Ebd.: 4

²²⁷ Ebd.: 7

²²⁸ Reyntjens 2009: 58

indem es den Transit erlaubte.²²⁹ Die USA standen vor allem Rwanda und Uganda und daher in weiterer Folge der Rebellion logistisch und informationstechnologisch, aber auch politisch zur Seite. Wie weit die militärische Unterstützung ging, ist schwer zu ermitteln. Gerüchten zufolge stellten die USA sogar einige Spezialeinheiten zur Verfügung. Das große Aufgebot an Diplomaten, Beratern und Mitarbeitern von Nachrichtendiensten war jedoch unschwer zu erkennen, ebenso wie das öffentliche Bekenntnis und die Freundschaftsbekundungen an Paul Kagame seitens Bill Clinton und anderer us-amerikanischer und britischer Politiker.²³⁰ Die Positionierung der USA innerhalb Zentralafrikas spiegelt gewissermaßen das politische System der USA insofern wider, als es eine Trennung zwischen staatlicher „Sicherheitspolitik“ und privater Ökonomie gibt. Jean-Claude Willame merkt an:

„The American reading of Africa is affected less by economic interests than by the simple, even simplistic, aim to contain Islam. This motive led it to support Yoweri Museveni against the Sudanese and, via the domino theory, to support Museveni's friends (Kagame first, then Kabila).“²³¹

Bei einer von der Weltbank geförderten Konferenz der „Freunde des Kongo“ im Dezember 1997 konstituierte sich die us-amerikanische Diplomatie hingegen weniger aus offiziellen Vertretern des Staates, sondern „[...] was strongly “privatized“ by the influence of private military firms, small lobbies of both speculators and miners, international human rights NGOs, and major U.S. foundations [...].“²³² Die französische Politik während des ersten Kongokrieges war hingegen nicht von der innerafrikanischen politischen Lage oder gar einer Verpflichtung gegenüber Mobutu abhängig, sondern entwickelte sich eher als Reaktion auf die us-amerikanischen Aktivitäten im Gebiet der Großen Seen und der damit verbundenen Befürchtung den Einfluss im frankophonen Zentralafrika an die USA zu verlieren.²³³

²²⁹ Ebd.: 65

²³⁰ Vgl. Ebd.: 66-79

²³¹ Willame, Jean-Claude (1998): The „Friends of the Congo“ and the Kabila System. In: A Journal of Opinion, Vol. 26, No. 1, Central Africa in Crisis. S. 27-30. S. 28

²³² Ebd.

²³³ Ebd. 27

Der Bruch zwischen Kabila und seinen ehemaligen Verbündeten ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Die Probleme mit der UNO und westlichen Bergbaugesellschaften, vor allem aus Kanada, den USA, Belgien und Frankreich, die mit Geld und Waffen die Rebellion mitfinanzierten, entstanden schon während Kabilas Marsch durch den Kongo.²³⁴ NGOs und die UNO kritisierten Kabila aufgrund der Massaker an rwandischen Flüchtlingen und wegen der Behinderungen, bei den Versuchen diese aufzuklären. Rwanda und Uganda, die ebenso daran beteiligt waren, wurden gewissermaßen aus der Pflicht genommen. Uganda galt als Musterschüler der IFIs (International Finance Institutions) und im Falle Rwandas blieb die Kritik aufgrund des „Schuldgefühls“ des Westens hinsichtlich des Genozids sehr leise.²³⁵ Kritik an den USA, Frankreich und anderer westlicher Staaten, die am Krieg beteiligt waren, wurde nur vereinzelt geäußert und Einsprüche gegenüber Rwanda und Uganda seitens der UNO wurden erst im Juni des Jahres 2000 laut.²³⁶

Während die UNO Kabila wegen der Massaker kritisierte und die Bergbaugesellschaften sich durch dessen Versprechungen gegeneinander ausgespielt sahen²³⁷, wuchs unter Kongolesen die Antipathie gegenüber rwandophonen Gruppen, die zwar nicht die Mehrheit in politischen und militärischen Ämtern bildeten, jedoch von vielen als Invasoren gesehen wurden. Der öffentliche Vorwurf Kabilas hinsichtlich der Ausbeutung der Kivus gegenüber Rwanda und Uganda im Mai 1998, der Rauswurf rwandischer Streitkräfte aus dem Ostkongo im Juni des selben Jahres und schließlich die Marginalisierung der Banyamulenge, denen der Verlust von Land und „nationaler Anerkennung“ drohte, führten zur zweiten „Banyamulenge Rebellion“, nun gegen Kabila, und schließlich zum zweiten Kongokrieg.²³⁸

Im zweiten Kongokrieg änderten sich die Bündnisse zwischen den einzelnen Akteuren. Betrachten wir zunächst die internationalen Verflechtungen. Wo im ersten Krieg alle Macht gegen Mobutu gerichtet war, standen nun Rwanda und Uganda mit

²³⁴ Ngolet 2011: 9-10

²³⁵ Vgl. Reyntjens 2009: 57

²³⁶ Nzongola-Ntalaja, Georges (2002): *The Congo from Leopold to Kabila: A People's History*. London/ New York: Zed Books. S. 232

²³⁷ Ngolet 2011: 9

²³⁸ Ebd.: 11-17

der direkten und indirekten Unterstützung der USA auf der einen und Kabila zusammen mit Angola, Namibia, Zimbabwe, Chad und Sudan auf der anderen Seite. Wo die US-Regierung politisch und militärisch gegen Kabila zu Felde zog, machte es die Wirtschaft auf juristischem Wege in Form von Klagen.²³⁹ Die Unzufriedenheit mit Kabila unter einigen Teilen der kongolesischen Bevölkerung begünstigte die neue Rebellion, wohingegen andere Teile diese wiederum behinderten. Dies ist jedoch weniger als Zugeständnis für Kabila zu sehen, sondern hat laut Thomas Turner²⁴⁰ nationalistische Gründe, da Rwanda, Uganda und jene, die mit ihnen kooperierten, als ausländische Aggressoren betrachtet wurden. Schon nach der Rebellion gegen Mobutu wurden die rund 15.000 Soldaten aus dem Ostkongo, Rwanda und Uganda in Kinshasa als Fremde betrachtet, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass viele von ihnen weder Französisch noch Lingala sprachen.²⁴¹ Dieser „nationalistische“ Aspekt ist aus mehreren Gründen interessant. Zum einen deutet er darauf hin, dass es innerhalb der kongolesischen Bevölkerung mehr oder weniger starke Tendenzen eines nationalen Selbstverständnisses gibt. Alphonse Maindo konnte diese Tendenzen durch Interviews, die er zwischen 2001 und 2002 in Kisangani, Bunia und Kinshasa tätigte, bestätigen. Als Erklärung für dieses Nationalbewusstsein verweist er auf die Propaganda- und Ideologiepolitik Mobutus.²⁴² Zum anderen wird durch eben diesen nationalen Gedanken die Annahme relativiert, die den Kongo als ethnisch-ideologisches Mosaik versteht. Es ist daher umso wichtiger Ethnizität gemäß des jeweiligen Kontextes richtig einzuordnen bzw. zu verstehen. Kommen wir nun zu den internationalen Verstrickungen des zweiten Kongokrieges.

Die Gründe für die Unterstützung Kabilas durch Angola, Namibia, Zimbabwe, Chad und Sudan sind vielfältig. Angola hatte vor allem aus zwei Gründen

²³⁹ Vgl. Moore, David (2001) From King Leopold to King Kabila in the Congo. The Continuities and Contradictions of the Long Road from Warlordism to Democracy in the Heart of Africa. In: Review of African Political Economy, Vol. 28, No. 87, Civil Society, Kleptocracy and Donor Agendas: What Future for Africa?. S. 130-135. S. 132

²⁴⁰ Turner, Thomas (2002): Angola's Role in the Congo War. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 75-92. S. 85

²⁴¹ Afoaku, Osita (2002): Congo's Rebels. Their Origins, Motivations, and Strategies. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 109-128. S. 111

²⁴² Maindo, Alphonse (2008): Congo-Kinshasa from One War to Another: Sociopolitical Practices and Political *Imaginaire*. In: Banegas, Richard/ Chretien, Jean Pierre (Hg.): The Recurring Great Lakes Crisis. Identity, Violence and Power. London: Hurst and Company. S. 99-135. S. 107

Sicherheitsbedenken. Einerseits galt es die eigenen Ölvorkommen zu verteidigen²⁴³, andererseits hatten sich militärische Eliten, die unter Mobutu gedient hatten, Rwanda und Uganda angeschlossen. Diese hatten wiederum Kontakte zur angolanischen Oppositionsbewegung UNITA, die zu Zeiten Mobutus von Zaire im angolanischen Bürgerkrieg unterstützt worden war.²⁴⁴ Zimbabwe hingegen war weniger um Sicherheit besorgt, sondern mehr um die Schulden, die Kabila bei ihm hatte, und die Aussicht auf politischen und ökonomischen Einfluss in der Region. Sudan sah das Unternehmen als Möglichkeit gegen Uganda vorzugehen²⁴⁵ und der Chad verfolgte mit der Unterstützung Kabilas die Interessen Frankreichs, das darauf bedacht war, seinen Einfluss in Zentralafrika auszubauen.²⁴⁶ Interessant ist die Rolle Südafrikas und Zambias, die beide sowohl als Mediatoren eintraten, als auch beide Seiten mit Waffen belieferten.²⁴⁷

Die Situation der Akteure hatten sich jedoch auch innerhalb des Kongo wesentlich geändert. Rwanda, das wie im ersten Krieg die Führungsrolle übernahm, musste bald feststellen, dass ein Krieg gegen Kabila weitaus schwieriger sein würde, als das Vorgehen gegen Mobutu, bei dem man auf wenig Gegenwehr gestoßen war. Daher veränderte sich die Strategie von Uganda und Rwanda hinsichtlich der Unterstützung von Rebellengruppen. Die beiden Staaten setzten gezwungenermaßen vermehrt auf Methoden der Fragmentierung und Destabilisierung. Das war jedoch nicht nur aufgrund der starken Partner Kabilas notwendig, sondern auch „to separate the rebels‘ so called “emancipatory“ agenda from the economic and security interrests of their allies“.²⁴⁸ Die beiden Partnerstaaten gingen dabei getrennte Wege. Uganda konzentrierte sich zunächst auf den MLC (Mouvement de Libération du Congo), unter der Führung von Jean Pierre Bemba, die von Nordosten aus Richtung Westen vorrückte. Tatsächlich stellte

²⁴³ Afoaku 2002: 85

²⁴⁴ Reyntjens 2009: 202

²⁴⁵ Ebd.: 202-203

²⁴⁶ Dunn, Kevin (2002): A Survival Guide to Kinshasa. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 53-74. S. 65

²⁴⁷ Muchai, Augusta (2002): Arms Proliferation and the Congo War. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 185-200. S. 186

²⁴⁸ Afoaku 2002: 110

Uganda die meisten Soldaten, da Bemba über keine eigenen verfügte. Rwanda „unterstützte“ den neu gegründete RCD (Rassemblement Congolais pour la Démocratie). Der RCD wurde jedoch nicht als kongolesische Widerstandsbewegung gegründet, sondern war eine von Rwanda gegründete Rebellengruppe.²⁴⁹ Dies wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass der RCD nur sechs Tage nachdem Kabila mit Rwanda gebrochen hatte, gegründet wurde und die politische Fraktion erst einen Monat später auf den Plan trat.²⁵⁰

Die anfängliche Allianz von Rwanda und Uganda begann sich immer mehr aufzulösen, bis es schließlich nicht mehr nur einen, sondern zwei Kriege gab. Der eine war weiterhin das Vorgehen gegen Kabila. Der zweite spielte sich getrennt davon im Osten des Landes ab. Grund dafür war die mangelnde Kohärenz unter den Rebellengruppen hinsichtlich ihrer Ziele und Motive. Nachdem der Politiker, Wissenschaftler und Panafrikanist Ernest Wamba dia Wamba, der unter anderem in Harvard und der Universität von Dar es Salaam gelehrt hatte, die politische Führung des RCD übernommen hatte bzw. eingesetzt worden war, präsentierte er ein Maßnahmenpaket politischer Art, wonach sich die ökonomischen Aussichten Rwandas und Ugandas im Falle eines erfolgreichen Krieges gegen Kabila verschlechtert hätten.²⁵¹ Der RCD teilte sich daher schon kurz nach ihrer Entstehung in zwei Fraktionen, eine durch Rwanda unterstützt, die andere mit Wamba dia Wamba als Präsident unter dem Kommando Ugandas. Wamba's RCD-Kisangani bzw. RCD-ML, wie sie nun genannt wurde, stand kurz darauf jedoch vor einem neuen Problem. Zwei politische Gegner Wamba's versuchten ihn durch ethnisierte Rekrutierungsmaßnahmen aus seiner Position als Präsident zu drängen. Hinzu kam, dass sich Wamba bei dem durch Uganda sehr erfolgreich inszenierten Konflikt zwischen „Hema“ und „Lendu“ im Ituri auf die Seite der „Lendu“ stellte und die „Hema“ von Uganda unterstützt wurden. Ein weiteres Problem für den RCD-ML bzw. für Wamba war die Bestrebung Ugandas Bemba's MLC mit dem RCD-ML zu fusionieren.²⁵²

²⁴⁹ Reyntjens 2009: 195-196

²⁵⁰ Afoaku 2002: 115

²⁵¹ Vgl. Ebd.: 117

²⁵² Ebd.: 119

Nach den ersten Erfolgen der neuen Rebellion 1998 mussten sich die Gegner Kabilas damit abfinden, dass der Kongo nun nicht mehr so leicht zu erobern ist. Wie der Kongo aufgeteilt war, verdeutlicht die folgende Karte.

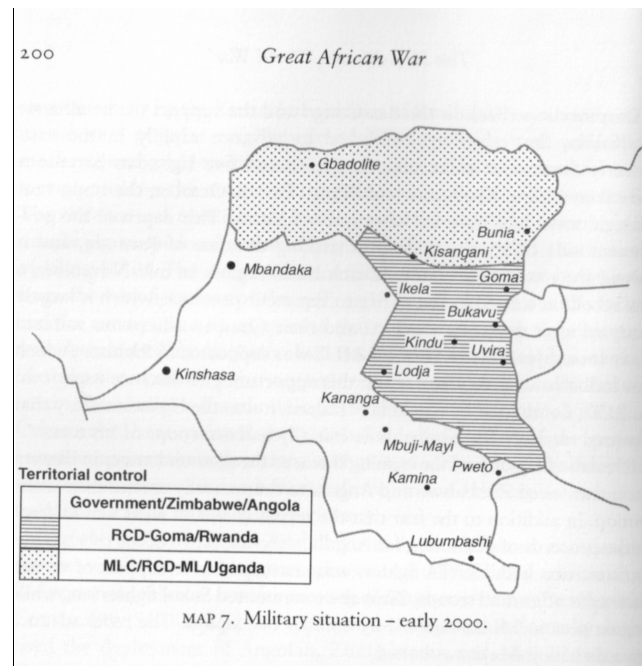


Abb. 1: Aufteilung des Kongo zwischen Kinshasa, Kigali und Kampala
Quelle: Reyntjens 2009: 200

Dennoch war die Stärke des Gegners nicht alleine ausschlaggebend dafür, dass Rwanda und Uganda wenig Interesse zeigten gegen Kabila militärisch vorzugehen.

Die zuvor schon erwähnte Destabilisierung und Fragmentierung von Rebellen Gruppen und Gesellschaft hatte zwei Vorteile. Zum einen bot das Chaos die Möglichkeit weitestgehend unbemerkt dem sehr lukrativen Raubbau an Edelmetallen und anderen teuren Gütern nachzugehen, die anschließend vor allem an Unternehmen in westlichen Industriestaaten verkauft wurden. Die Summen, die dadurch von Rwanda eingenommen wurden, beliefen sich alleine zwischen 1999 und 2000 auf geschätzte 250 Millionen US-Dollar.²⁵³ Der zweite Vorteil bestand

²⁵³ UN Security Council (2001): Report of the Panel of Experts on Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. 12. April (S/2001/357). S. 29

darin, dass die militärische Präsenz der beiden Staaten im Ostkongo nicht so schnell ersichtlich war, da sie keine oder nur vereinzelt eigene Truppen in den Kongo entsandten. Mit dem Argument der Sicherheit schufen sowohl Rwanda und Uganda, als auch ihre westlichen Verbündeten eine Situation, die es nicht nur den beiden Staaten, sondern Konzernen aus den verschiedensten Ländern, vor allem aber den USA und Belgien, ermöglichte, günstig an Rohstoffe zu gelangen. Der letzte Bericht der Vereinten Nationen zur Ausbeutung der Ressourcen im Kongo²⁵⁴ machte den globalen Charakter dieses „afrikanischen Weltkrieges“ deutlich. Interessant sind jedoch nicht nur die Ergebnisse der Berichte, sondern vielmehr die Umstände, die zu deren Erstellung geführt haben, sowie die Entwicklungen und Folgen. Zum einen wurde die Untersuchung nach dem Tod Kabilas auf Initiative Frankreichs eingeleitet.²⁵⁵ Diese Initiative ist jedoch im Kontext geostrategischer und politischer Interessen zu verstehen und nicht als moralische Forderung. Frankreich diente der Bericht als Mittel, um Druck auf Rwanda und Uganda auszuüben. Zum anderen waren im ersten Bericht fast nur afrikanische Firmen aufgelistet. Französische und us-amerikanische Unternehmen fanden keine Erwähnung. Erst die Berichte von 2002 und 2003 machten das gesamte Ausmaß des Raubbaus deutlich, was nicht nur Klagen und Drohungen einzelner westlicher Konzerne, sondern auch der jeweiligen Staaten gegenüber den Vereinten Nationen zur Folge hatte.²⁵⁶ Wenig verwunderlich ist es daher, dass der Raubbau trotz des umfassenden Wissens darüber bis heute unsanktioniert bleibt.

Die Ermordung Laurent Kabilas 2001 durch einen seiner Sicherheitskräfte und die „Inthronisierung“ seines Sohnes Joseph Kabila änderten relativ wenig an dem Fortbestehen von Konflikt, Straflosigkeit und den illegalen Bergbauaktivitäten. Durch den Friedensvertrag von Pretoria und das Sun City Agreement wurde lediglich der Krieg beendet, nicht jedoch die Gewalt.

²⁵⁴ UN Security Council (2003): Final Report of the Panel of Experts on Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. 23. Oktober (S/2001/1027).

²⁵⁵ Grignon, François (2003): International response to the illegal exploitation of resources in the DRC. In: Gomes Porto, João/ Malan, Mark (Hg.): Challenges of Peace Implementation: The UN Mission in the Democratic Republic of Congo. Pretoria: Institute for Security Studies. S. 45-52. S. 46

²⁵⁶ Ebd. 46-49

Bevor nun die Konfliktdynamiken und -Akteure zwischen 2003 und heute betrachtet werden, soll die Rolle bzw. das Handeln der Vereinten Nationen innerhalb der beiden Kongokriege erörtert werden.

7.1.2. Interventionen

Die Vereinten Nationen, wurden oft kritisiert, zu spät oder zu wenig wirkungsvoll von gehandelt zu haben, wenn es darum ging militärisch zu intervenieren. Das betrifft vor allem Zentral- und Zentralostafrika. Der eindrücklichste Fall diesbezüglich ist zweifelsohne der Genozid in Rwanda, gegen den laut Emizet unter anderem deshalb nichts unternommen wurde, da „some powerful UN members, such as the US, saw it as having little significance to their own interests.“²⁵⁷ Der Schrecken des Genozids, der im Gegensatz zu anderen Genoziden der westlichen Öffentlichkeit nicht vorenthalten wurde, war jedoch offensichtlich nicht schrecklich genug, um dem anschließenden Morden im Kongo Einhalt zu gebieten. Die ersten Probleme traten bereits kurz nach der Vertreibung rwandischer *génocidaires* auf, als die UNAMIR (United Nations Assistance Mission for Rwanda) nicht in der Lage war die Milizen zu entwaffnen, bevor sie in den Kongo flohen. Das veränderte Mandat von UNAMIR vom Dezember 1995, welches die sichere Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Kongo erleichtern sollte, wurde bereits einige Monate später beendet.²⁵⁸ Die Zurückhaltung der UNO blieb ebenfalls während der Massaker in Flüchtlingslagern 1996 bestehen. Seitens der UNO wurde bloß auf Repatriierungsmaßnahmen und Hilfslieferungen gesetzt. Truppen zum Schutz der Bevölkerung wurden vom Sicherheitsrat nicht gestellt, weshalb die Sicherheit in den Lagern, sowie in der Region, nicht gegeben war.²⁵⁹ Den Massakern in den Lagern und während des sogenannten „death trail“ wurde wenig Beachtung geschenkt. Laut Turner wurden sie erst nach dem Bruch der USA und Großbritanniens mit Kabila thematisiert und adressiert.²⁶⁰

²⁵⁷ Emizet, Kisangani N.F. (2000): The massacre of refugees in Congo: A Case of UN Peacekeeping Failure and International Law. In: The Journal of Modern African Studies. Nr. 38, Vol. 2. S. 163-202. S. 182

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Ebd.: 183

²⁶⁰ Turner 2007: 156-157

Im zweiten Kongokrieg waren die Maßnahmen der UNO jedoch ebenfalls nicht schneller und effizienter. Anstatt Truppen mit den nötigen Mandaten auszustatten und Druck auf die involvierten Akteure auszuüben, pflegten die Vereinten Nationen einen diplomatischen Kurs, indem sie die ausländischen Kräfte, ohne sie namentlich zu nennen, baten, sich aus dem Kongo zurückzuziehen.²⁶¹ Erst als Uganda und Rwanda miteinander brachen und die MONUC durch die Resolution 1258 im August 1999 gegründet wurde, änderten sich die Verhältnisse ein wenig. Nach der Entsendung einiger weniger Militärs erhielt die MONUC durch die Resolution 1291 im Februar 2000 ein Mandat, wonach sie kontrollieren sollte, dass der Waffenstillstand von Lusaka 1999 eingehalten würde. Aufgrund der anhaltenden Kampfhandlungen zögerte die UNO jedoch die Truppen aufzustocken. Erst durch die Resolution 1355 im Juni 2001, sowie die Resolution 1445 im Dezember 2002 wurde die Truppenstärke zunächst auf 5537, später auf 8700 erhöht.²⁶² Gemessen an der Größe des Kongo und der fehlenden Verkehrsinfrastruktur war die Truppenstärke jedoch weiterhin relativ gering. Das Versagen bei der Überwachung des Waffenstillstandes von Lusaka nötigte die UNO jedoch nicht zu einer Änderung ihrer Strategie.

7.2. Konfliktwellen 2003-2012

Mit den Friedensverhandlungen von Pretoria und dem Sun City Abkommen wurde der Weg zur Beendigung des zweiten Kongokrieges geebnet. Die Konflikte sollten jedoch damit nicht enden. Der Abzug der regulären Armeen Ugandas und Rwandas änderte nichts am Fortbestand der vor allem im Ostkongo agierenden Milizen und Rebellengruppen. Die Maßnahmen zur Repatriierung und Entwaffnung der Rebellen seitens der MONUC entpuppten sich als wenig wirkungsvoll, da die Abgabe alter, teilweise defekter Waffen nicht verhinderte, dass neue Waffen ihren Weg in das Gebiet der Großen Seen fanden. Die Konflikte zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern wurde auf nationaler bzw. staatlicher Ebene zwar für beendet erklärt,

²⁶¹ Ebd.: 157

²⁶² Tull, Denis M. (2006): Herkulesaufgabe Kongo. Die MONUC zeigt Grenzen Komplexer Friedenssicherung auf. In: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen. Nr. 3. S. 90-97. S. 90-91

setzten sich jedoch auf lokaler Ebene fort. Diese Konflikte sollen im Folgenden betrachtet werden.

7.2.1. Pretoria, Sun City und der Scheinfriede

Ausgehend von den beiden Abkommen wurde eine provisorische Regierung mit Kabila als Präsident gebildet. Der Vertrag sah jedoch vor, dass auch die Gegner Kabilas in der Regierung vertreten waren. Daher gab es vier Vizepräsidenten. RCD und MLC (faktisch Rwanda und Uganda) erhielten je einen Platz. Ein weiterer wurde an die Partei von Kabila, die PPRD (Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie), vergeben. Der vierte Sitz ging schließlich an eine Partei ohne militärischen Arm.²⁶³ Sie war somit die einzige Partei, die sich nicht am Krieg beteiligt hatte. Die Machtkämpfe innerhalb der Regierung wurden ebenfalls in militärischen Konflikten ausgetragen.

Der erste große Ausbruch von Gewalt ereignete sich schon kurz vor der Gründung der Übergangsregierung im Juni 2003, als die Truppen der MONUC bei einem Massaker in Bunia, der Provinzhauptstadt des Ituri, nicht intervenierten und somit den Tod tausender Zivilisten mitverantworteten. Aufgrund des bis dato fehlenden Mandats und der begrenzten Möglichkeiten der MONUC wurde durch die Resolution 1484 des Sicherheitsrates die sogenannte Operation Artemis der Europäischen Union genehmigt.²⁶⁴ Diese Operation, die unter französischem Kommando erfolgte, erhielt die Befugnis unter Artikel VII der UN-Charta zu agieren und konnte dadurch Waffengewalt zum Schutz der Bevölkerung einsetzen. Diese Interim-Streitkräfte sollten jedoch nur 3 Monate bleiben und nicht außerhalb der Ituri-Region agieren. Das Mandat unter Artikel VII wurde durch die Resolution 1493 auch auf die MONUC ausgeweitet. Die Anzahl an Blauhelmen wurde ebenfalls auf

²⁶³Johnson, Dominic (2008b): Interessenlagen der Akteure im bei der Stationierung von EUFOR. In: Justenhoven, Hans-Gerhard/ Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): Intervention im Kongo. Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU. Stuttgart: Kohlhammer. S. 14-29. S. 15-16

²⁶⁴ Tull 2006: 91

10.800 erweitert und die Reichweite dieses robusten Mandats²⁶⁵ auf Nord- und Südkivu ausgedehnt.²⁶⁶

Nach etlichen „kleineren“ Auseinandersetzungen ereignete sich 2004 in Bukavu, der Hauptstadt von Südkivu, ein weiterer größerer Zwischenfall, als Rebellen des RCD die Stadt einnahmen. Der Untätigkeit der MONUC folgten nicht nur erneute Vertreibungen und Tötungen in Bukavu, sondern auch Aufstände in anderen Städten des Kongo, in denen die Bevölkerung ihre Wut gegenüber der Untätigkeit der MONUC äußerte. Zwar hatte dies zur Folge, dass seitens der Internationalen Gemeinschaft erkannt wurde, dass die Friedensabkommen und die Übergangsregierung faktisch keine Wirksamkeit entfalteten, was wiederum zu einer Aufstockung des militärischen Kontingents der MONUC auf 16.400 Soldaten und einer Ausweitung des robusten Mandates führte²⁶⁷, jedoch sollte sich an der Praxis der Vereinten Nationen hinsichtlich der Befriedung von Konflikten und dem Schutz der Bevölkerung wenig ändern. Verdeutlicht wird das vor allem durch den besonderen Fokus auf die Abhaltung der Wahlen 2006.

7.2.2. Die Wahlen 2006: Prestige und Machterhalt

Die bisherigen operativen und strukturellen Mängel der MONUC wurden nicht nur innerhalb des Kongo kritisiert. Auch auf internationaler Ebene wurde die Effektivität der MONUC hinterfragt. Die Wahlen 2006 boten daher eine Gelegenheit zu zeigen, dass die Mission im Kongo auch Erfolge verbuchen könne. Der Preis dafür war jedoch hoch. Die Kosten für die Wahlen betragen rund 450 Millionen US-Dollar. Sie waren damit die teuersten Wahlen, die unter Mithilfe der Vereinten Nationen abgehalten wurden.²⁶⁸ Tatsächlich sind die Wahlen auch relativ problemlos verlaufen, sowohl was die Transparenz und die eigentlichen Wahlvorgänge, also

²⁶⁵ Durch ein robustes Mandat nach Artikel VII der UN Charta ist es Streitkräften der Vereinten Nationen möglich Waffengewalt nicht nur zum Selbstschutz bei einem Angriff durch feindliche Truppen, sondern auch präventiv und zum Schutz der zivilen Bevölkerung einzusetzen.

²⁶⁶ Tull 2006: 91

²⁶⁷ Ebd.: 92

²⁶⁸ Stroux, Daniel (2006): Wahlen im Kongo: Das Ende einer langen Transition? In: GIGA-Fokus, Nr. 9. Verfügbar unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0609.pdf .Letzter Zugriff: 13.09.2012. S. 5

Stimmabgaben und Auszählungen betrifft, als auch das Geschehen rund um die Wahlen.²⁶⁹ Es kam weder zu größeren Ausschreitungen oder Protesten, noch zu Putschversuchen.

Die zwei Hauptkandidaten, Jean-Pierre Bemba, Anführer des MLC, und Joseph Kabila, wurden dabei von unterschiedlichen Akteuren unterstützt. Bemba konnte auf eine Reihe von ehemaligen Gefolgsleuten Mobutus zählen.²⁷⁰ Kabila auf der anderen Seite wurde durch die USA und Frankreich unterstützt. Für Dominic Johnson lässt sich das dadurch erklären, dass für beide Staaten bzw. die „internationale Gemeinschaft“ im Allgemeinen Bemba „die größere Unbekannte“²⁷¹ darstellte. Laut Johnson lag der internationalen Gemeinschaft viel an einer „stabilen Regierung“ und „Kontinuität“²⁷². Angesichts der Tatsache, dass abgesehen von den vielen kleinen Parteien, deren Chancen mit Ausnahme der UDPS (Union pour la Démocratie et le Progrès Social), die die Wahlen jedoch boykottierte,²⁷³ relativ gering waren, nur militärische bzw. militarisierte Gruppen gegeneinander antraten und Kabila in der Vergangenheit sich weder um eine nachhaltige Befriedung, noch um Stabilität bemühte, erscheint die Einschätzung von Johnson hinsichtlich der Gründe für die Unterstützung Kabilas seitens des Westens nicht schlüssig. Die Vergabe von Konzessionen und Handelsverträge waren wohl eher die treibende Kraft hinter der Unterstützung.

Die Wahlen waren jedoch nicht nur sehr teuer. Neben der hohen Geldsummen wurde auch die EU als operativer Partner herangezogen. Diesmal waren unter deutschem Kommando EUFOR (European Union Force) und EUPOL (European Union Police) vertreten. Obgleich die Wahlen relativ reibungslos und transparent über die Bühne gingen, bleibt dennoch die Frage, welche positiven Veränderungen das mit sich gebracht hat. Kabila hatte jedenfalls keinen Demokratisierungsprozess eingeleitet. Eine Verbesserung der Infrastruktur, der Gesundheitsversorgung, des Bildungssystems und allen voran der kritischen Lage im Ostkongo blieb ebenfalls

²⁶⁹ Ebd.: 5-6

²⁷⁰ Johnson 2008b: 23

²⁷¹ Ebd.: 26

²⁷² Ebd.

²⁷³ Stroux 2006: 3

aus. Gemäß der Transitionsvorgaben der Vereinten Nationen war man eigentlich am Ende angelangt. Es gab Friedenstruppen und Verhandler, die mehrere Waffenstillstände und Abkommen initiierten und begleiteten, eine Übergangsregierung und schließlich demokratische Wahlen. All das führte jedoch nicht zu einem nachhaltigen Frieden bzw. einem Beilegen der Kampfhandlungen.

7.2.3. Im Osten nichts Neues: Die Wellen der Gewalt im Ostkongo

Seit 2006 haben sich die Verhältnisse hinsichtlich des Fortbestehens lokaler Gewalt nicht verändert. Es scheint, als hätten die Wahlen nicht nur Auswirkungen auf das politische Feld gehabt, da Kabila nun durch die Wahlen „demokratisch“ legitimiert wurde als Staatsoberhaupt zu fungieren, sondern auch auf die militärischen Gruppen im Ostkongo. So gründetet beispielsweise Laurent Nkunda, ein ehemaliges Mitglied des RCD-Goma, während der Wahlen den CNDP (Congrès National pour la Défense du Peuple) als politische Bewegung mit militärischen Strukturen, die ihre Aufgabe in der Verteidigung der Interessen der rwandophonen Bevölkerung sah.²⁷⁴ Weiterhin waren die FDLR, die sich nach ihrer formellen Auflösung und Repatriierung 2005²⁷⁵ erneut formierten, Mayi-Mayi Verbände und andere kleinere Milizen vertreten. Die angespannte Lage führte im Jänner 2008 schließlich dazu, dass sich insgesamt 22 bewaffnete Gruppen im Ostkongo zu Gesprächen zusammensetzten, um einen Waffenstillstand zu beschließen, der von der MONUC überwacht wurde.²⁷⁶ Die Verhandlungen führten schließlich 2010 zum „Amani Leo“-Prozess²⁷⁷. Jedoch funktionierte weder der Eingliederungsprozess in die Nationale Armee, der unter der Bezeichnung *brassage* eine Vermischung der verschiedenen Gruppen vorsah, noch hielt der Waffenstillstand. Es kam bereits im Oktober 2008 zu Gefechten zwischen FRDC und CNDP. Die MONUC schaffte es zwar genug Kräfte zu mobilisieren, um Goma, die Hauptstadt von Nordkivu, zu

²⁷⁴ Reynaert, Julie (2011): MONUC/MONUSCO and Civilian Protection in the Kivus: IPIS Interns and Volunteers Series. Verfügbar unter: www.ipisresearch.com/download.php?id=327 . Letzter Zugriff: 13.08.2012. S. 16

²⁷⁵ UN Security Council (2005): Statement by the President of the Security Council. 12. April. (S/PRST/2005/15)

²⁷⁶ Reynaert 2011: 17

²⁷⁷ Anm. Amani Leo ist ein Kooperationsprojekt zwischen MONUC/MONUSCO und dem kongolesischen Militär zur Bekämpfung von Rebellen und zum Schutz der Bevölkerung. *Amani* ist Kiswahili und bedeutet *Friede*, *leo* bedeutet *heute*

schützen, jedoch wurde stattdessen die Kleinstadt Kiwanja von Nkundas Truppen unter Beschuss genommen.²⁷⁸

Die Probleme bei der Zusammenarbeit zwischen MONUC und den FARDC führten ab 2009 zu mehreren Kooperationsprojekten unter der Bezeichnung „Kimia II“ und dem besagten „Amani Leo“. Nachdem Nkunda 2009 verhaftet worden war und sich der CNDP weitestgehend aufgelöst hatte, waren die Hauptziele der Kooperationsprojekte der Schutz der Bevölkerung und die Bekämpfung der FDLR.²⁷⁹ Das führte wiederum dazu, dass die zusehends geschwächte FDLR sich mit Mayi-Mayi Verbänden zusammentat und im Juli und August 2010 unter Beihilfe einiger FARDC-Kräfte 13 Dörfer in Nordkivu überfiel.²⁸⁰

Obwohl der Krieg 2003 formal zu Ende war und sich die großen Koalitionsgruppen auflösten bzw. in kleinere Gruppen fragmentierten, konnte die Situation nicht entschärft werden. In den letzten Monaten bildeten sich aufgrund vermehrter Überfälle und Plünderungen der FDLR und der FARDC in einigen Dörfern „Selbstverteidigungsmilizen“²⁸¹. Jüngste Ereignisse deuten sogar darauf hin, dass es zusätzlich zu den Konflikten zwischen kleinen bewaffneten Gruppen möglicherweise wieder zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Regierungen von Rwanda und dem Kongo kommt. Aus dem CNDP formierte sich eine Gruppe unter der Bezeichnung M23 (Mouvement 23).²⁸² Diese Gruppe schaffte es nicht nur ganze Städte unter ihre Kontrolle zu bringen, sondern begann auch parastaatliche Strukturen zu entwickeln. Dem Addendum eines Expertenberichts der Vereinten Nationen zur Konfliktlage im Ostkongo zufolge, erhielt die „Bewegung 23“ auf mehreren Ebenen Unterstützung von Rwanda.

„•Direct assistance in the creation of M23 through the transport of weapons and soldiers through Rwandan territory

²⁷⁸ Reynaert 2011: 17

²⁷⁹ Reynaert 2011: 19

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ Johnson, Dominic (2012a): Hutu-Miliz im Kongo. Ein weiterer FDLR-Führer gibt auf. In: Taz.de. 13. März. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/Hutu-Miliz-im-Kongo/!89547/> . Letzter Zugriff: 02.10.2012

²⁸² Ebd. (2012b): Kriegsfront im Ostkongo. Die Revanche der Tutsi-Generäle. In: Taz.de. 08. Mai. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/Kriegsfront-im-Ost-Kongo/!92988/> . Letzter Zugriff: 02.10.2012

- Recruitment of Rwandan youth and demobilized ex-combatants as well as Congolese refugees for M23
- Provision of weapons and ammunition to M23
- Mobilization and lobbying of Congolese political and financial leaders for the benefit of M23
- Direct Rwandan Defence Forces (RDF) interventions into Congolese territory to reinforce M23
- Support to several other armed groups as well as Forces armées de la République démocratique du Congo (FARDC) mutinies in the eastern Congo
- Violation of the assets freeze and travel ban through supporting sanctioned individuals.²⁸³

Einige Diplomaten warfen den USA vor, die Veröffentlichung dieses sechs Tage nach dem eigentlichen Bericht herausgegebenen sehr detaillierten Addendum zugunsten Rwandas blockiert zu haben.²⁸⁴ Die Ereignisse der letzten Monate und Jahre verdeutlichen nicht nur, dass Frieden und Sicherheit im Ostkongo sechs Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen nicht einmal ansatzweise gewährleistet sind, sondern auch, dass sich seit Beginn des ersten Kongokrieges wenig an den nationalen und internationalen politischen Verflechtungen, speziell im Bezug auf die USA und Rwanda, geändert hat.

Nachdem ein Überblick der Konflikte und Interventionen erfolgte, werden nun die Rolle von Ethnizität und Intervention untersucht. Zuvor sollen jedoch noch die verschiedenen Formen von Konflikten und Konfliktakteuren im Kongo Betrachtung finden.

7.3. Konfliktakteure

An den Konflikten im Kongo beteiligen sich eine Vielzahl nichtstaatlicher Akteure, die hinsichtlich ihrer Möglichkeiten und Ziele voneinander unterschieden werden können. Beim Benennen dieser Akteure tauchen unterschiedlichste Begriffe

²⁸³ UN Security Council (2012): Addendum to the interim report of the Group of Experts on the Democratic Republic of the Congo (S/2012/348) concerning violations of the arms embargo and sanctions regime by the Government of Rwanda. 27. Juni (S/2012/348/Add.1). S. 2

²⁸⁴ Charbonneau, Lois (2012): U.N. to release divisive report on Rwanda support for Congo rebels. In: Reuters.com. 26. Juni. Verfügbar unter: <http://www.reuters.com/article/2012/06/27/us-congo-democratic-rwanda-idUSBRE85P1JA20120627> . Letzter Zugriff: 02.01.2013.

auf. Dabei wird vor allem der Begriff „Warlords“²⁸⁵ häufig verwendet, welcher durch William Reno eine besondere Popularität erhielt. Daneben ist von (tribale) Milizen, Rebellen und manchmal auch Banden zu lesen. Insbesondere der Begriff Warlord hat seit Reno den wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs dermaßen geprägt, dass mittlerweile sämtliche nichtstaatlichen Gewaltakteure damit bezeichnet werden.²⁸⁶

Denis Tull hat daher versucht Konfliktakteure in Kategorien einzuteilen. Er geht anhand von vier Variablen, nämlich geographische Ausdehnung, Größenordnung und Mittel, Zusammensetzung und Zielsetzungen, von drei verschiedenen Arten bewaffneter nichtstaatlicher Gruppen aus. Mit dem Hinweis, dass es sich dabei lediglich um Idealtypen handelt, die sich in der Praxis vor allem hinsichtlich ihrer Agenda oft transformieren, unterscheidet Tull zwischen „insurgency movements, warlord groups and militias“.²⁸⁷ Dabei bilden Milizen die kleinsten Gruppen hinsichtlich der Größe der kontrollierten Gebiete und der Zahl ihrer Mitglieder, die Tull zwischen 1000 und 3000 ansetzt. Weiters operieren Milizen vorwiegend auf lokaler Ebene und versuchen Kampfhandlungen mit größeren bewaffneten Gruppen zu vermeiden. Ihre Ziele, so Tull, sind vorwiegend in der Kontrolle über kleine Territorien und Märkte zu sehen, also in ökonomischen Interessen. Anders als Milizen, die ländliche Gebiete kontrollieren, sind urbane Milizen oft „multiethnisch“, was jedoch nicht bedeutet, dass rurale Milizen ethnisch definiert sind bzw. Strategien ethnischer Grenzziehung verfolgen.²⁸⁸

Im Vergleich zu Milizen unterscheiden sich die beiden anderen Formen, Warlords und Rebellen- bzw. Aufstandsbewegungen, lediglich hinsichtlich ihrer Ziele. Sie haben beide gemein, dass ihre Anführer meist der regionalen oder gar (ehemaligen) nationalen Elite entspringen, auf vorhandene Netzwerke im In- und Ausland zurückgreifen können und sowohl überregional agieren, als auch Truppenstärken aufweisen, die zum Teil mehrere zehntausend Menschen umfassen. Obwohl beide Gruppen oder, besser gesagt, die Anführer beider Gruppen

²⁸⁵ Vgl. Reno, William (1999): *Warlord Politics and African States*. London: Lynne Rienner Publishers.

²⁸⁶ Tull 2005: 99

²⁸⁷ Ebd.: 97

²⁸⁸ Ebd.

ökonomische Interessen verfolgen, so unterscheiden sie sich dadurch, auf welche Art und Weise der ökonomische Erfolg erreicht werden soll. Warlords schlagen ihren Profit direkt aus dem Krieg, indem sie sich vor allem am Handel mit Waffen, Drogen und Rohstoffen beteiligen. Sie sind daher im Wesentlichen daran interessiert, dass Krieg und Konflikt fortgesetzt werden, was unter anderem die Schwierigkeit erklärt mit Warlords in Friedensverhandlungen zu treten. Sie haben zwar keine politische Agenda, jedoch nutzten sie ihre Machtposition für die Rekrutierung von Kombattanten, indem sie sich ethnischer Kategorien bedienen bzw. ihre Armeen aus bereits vorhandenen (ethnisierten) Milizen zusammensetzten. Im Gegensatz dazu versuchen Rebellen- oder Aufstandsbewegungen politische Macht über Territorien und in weiterer Folge auf nationaler Ebene zu erlangen. Dabei bedienen sie sich mitunter, jedoch nicht zwingend, ebenfalls Methoden ethnischer Grenzziehung. Sie profitieren zwar ebenso von Kriegsökonomie und Instabilität im Allgemeinen, jedoch nutzen sie diese Faktoren hauptsächlich, um auf längere Sicht politische und ökonomische Macht auf staatlicher Ebene zu erlangen.²⁸⁹

Auch wenn zwischen Milizen und den anderen beiden Formen bewaffneter Gruppen relativ deutlich unterschieden werden kann, so sind die Grenzen zwischen Rebellengruppen und von Warlords geführten Gruppen doch bisweilen fließend bzw. ist es nicht ungewöhnlich, dass sich Rebellengruppen zu Warlord-Gruppen transformieren. Ein wichtiger Aspekt, auf den Tull aufmerksam macht, ist der Faktor Gewalt. Er stellt zwar die größte Gemeinsamkeit aller Gruppen dar, jedoch funktioniert er nicht immer auf dieselbe Weise und wird, da sich alle Gruppen der Gewalt bedienen, oft unterschätzt.²⁹⁰ Tull versteht daher die Rolle von Gewalt im Sinne von Brubaker und Laitin, die (ethnisierte) Gewalt nicht als Folge, sondern als Form von Konflikt sehen²⁹¹, und von von Trotha, der vom sogenannten „Kalashnikow-Syndrom“ spricht.

„By the ‘kalashnikov syndrome’ I mean the combination of five elements: violence (which oscillates between the poles of politics and violence as a

²⁸⁹ Tull 2005: 99-101

²⁹⁰ Ebd.: 102

²⁹¹ Vgl. Brubaker/ Laitin 1998

means in itself), virility, youth, victimisation and the glorification of violence by the mass media.“²⁹²

Konkret geht es also darum, dass der Faktor der Ökonomie und speziell der Kriegsökonomie nicht überbewertet werden darf. Tull merkt an, dass ahistorische und entkontextualisierte Ansätze ungeeignet sind die Konflikte und Akteure zu erfassen.²⁹³

7.4. Konfliktbenennung

Seit dem „Blitzkrieg“ Laurent Kabilas gegen Mobutu fanden im Kongo eine Reihe von Konflikten bzw. Kriegen statt. Doch in wie fern unterscheiden sich diese? Grob lassen sich die Konflikte am ehesten hinsichtlich ihrer Größe und der Akteure unterscheiden. So waren in den beiden Kongokriegen nicht nur Rebellengruppen vertreten, sondern auch „reguläre“, also staatliche Armeen. Weiters kann festgehalten werden, dass mitunter, wenn auch nur vereinzelt, komplexere Militärtechnik, wie Panzer und zu einem geringeren Anteil auch Kampfflugzeuge und Hubschrauber, zum Einsatz kam. Derartige Militärtechnik kommt in den Konflikten nach 2003 nicht oder kaum zum Einsatz. Dennoch können die beiden Kriege wohl kaum als Staatenkriegen bezeichnet werden. Der Begriff „Weltkrieg“ ist ebenfalls alles andere als treffend. Ein Begriff, der oft im Kontext der Kriege im Kongo verwendet wird ist Bürgerkrieg. Folgt man der Einteilung von Bürgerkriegen durch Waldmann²⁹⁴, so kann im Falle des ersten Kongokrieges am ehesten von einem Bürgerkrieg in Form eines Anti-Regimekrieges gesprochen werden. Dagegen sprechen jedoch nicht nur die vielen involvierten ausländischen Akteure, allen voran die USA und Frankreich, sondern auch die mangelnde Unterstützung seitens der Bevölkerung.

Im zweiten Kongokrieg ist nun nicht mehr möglich von einem Anti-Regimekrieg zu sprechen. Das wird vor allem durch die immer größere Involvierung anderer

²⁹² Trotha, Trutz von (2006): History, the ‘Kalashnikov Syndrome’ and Conflict Resolution Between the Global and the Local. Some sociological Remarks. In: Albrecht, Hans-Jörg u.a. (Hg.): Conflict and Conflict Resolution in Middle Eastern Societies - Between Tradition and Modernity. Berlin: Duncker und Humblot. S. 13-24. S. 16

²⁹³ Tull 2005: 102

²⁹⁴ siehe Kapitel 4.2.

Staaten, sowie die unterschiedlichen Interessen zwischen Verbündeten und die fehlende politische Agenda vieler Akteure deutlich. Davon abgesehen zeichnet sich dieser Krieg durch zwei wesentliche Faktoren aus. Zum einen spalten sich aus größeren bewaffneten Gruppen vermehrt kleinere Verbände ab, zum anderen verbünden sich ausländische Streitkräfte, vor allem Rwandas und Ugandas, mit kongolesischen Gruppen. Diese Dynamiken werden nach dem Friedensabkommen 2002, dem Einsetzen der Übergangsregierung 2003 und den Wahlen 2006 fortgesetzt. Obwohl es schwierig ist, vor allem die Konflikte der letzten Jahre mit einem übergeordneten oder konventionellen Konfliktbegriff zu kategorisieren, scheint es dennoch sehr problematisch den Kongo nach 2003 alleine aufgrund der Friedensabkommen und des oberflächlichen Abzugs ausländischer Streitkräfte als Postkonfliktregion zu klassifizieren.

8. Konflikt und Ethnizität im Ostkongo

Wie bereits im ersten Teil der Arbeit ermittelt wurde, ist Ethnizität ein Phänomen menschlichen Zusammenlebens, das sich anhand der jeweiligen Rahmenbedingungen aus verschiedenen Differenzierungsparametern konstituiert und auf verschiedenen Ebenen funktioniert. Ethnizität entsteht jedenfalls nicht aus dem Nichts bzw. ist einfach vorhanden, sondern wird von sozialen Akteuren konstruiert. Sie ist daher weder vormodern, noch wird sie durch staatliche Strukturen abgelöst, weder in Afrika, noch in Europa oder einem anderen Kontinent. Dasselbe gilt für den ethnisierten Konflikt. Der Wunsch bzw. das Streben vieler Staatsleute, wie Patrice Lumumba oder Kwame Nkrumah, im postkolonialen Afrika nach nationaler oder gar kontinentaler Einigung richtete sich daher nicht gegen kulturelle Praktiken oder sprachliche und religiöse Varietät, sondern gegen das, was John Lonsdale *Political Tribalism*²⁹⁵ nennt, also die Instrumentalisierung von Ethnizität für die Interessen einzelner Akteure bzw. Eliten.

Die lange konfliktgetränkte Geschichte des Gebietes der Großen Seen und speziell des Ostkongo, die schon vor den Unabhängigkeiten ihren Anfang nahm, ist

²⁹⁵ Sieht Kapitel 2.2.3.

nicht die Ursache heutiger Konflikte. Die Erinnerungen daran, sowie die sozio-politischen und wirtschaftlichen Dynamiken und Veränderungen, die daraus erwachsen, bilden jedoch symbolische Ressourcen, die für heutige Konflikte mobilisiert werden. Dabei darf jedoch auch nicht die Rolle des Staates als sozialer Akteur vergessen werden, der wesentlich dazu beitrug, Ethnizität zu instrumentalisieren. „To leave out of accounting the role of the state - the colonial, as well as the postcolonial state - in creating the conditions of social conflict is to shove under the rug the most critical factor of the crisis.“²⁹⁶ Die unzähligen Verflechtungen an Kooperationen und Feindschaften schaffen bzw. schufen eine Situation, in der jegliches Miteinander oder Gegeneinander möglich scheint. Um Ethnizität in diesem Kontext zu erfassen, bedarf es eines Einblicks in diese Kooperationen und Konfrontationen.

8.1. Gesellschaft und Ethnizitäten im Ostkongo

Der Ostkongo und allgemein das Gebiet der Großen Seen ist nicht erst seit der Suche nach Rohstoffen im 20. und 21. Jahrhundert von Bedeutung. Diese Region Afrikas bildete auch schon im vorkolonialen Afrika gewissermaßen einen Knotenpunkt, der sowohl verschiedene geographisch-klimatische und topographische, als auch Wirtschafts- und Kulturräume miteinander verband. Zudem ist das Land an sich Produktions- und Exportstätte und weist neben den mineralischen Bodenschätzen und Erdöl auch sehr fruchtbare Böden auf. Der Ostkongo war dadurch seit Jahrhunderten ein beliebtes Siedlungsgebiet. Die Gesellschaftsordnung und politische Ordnung, sowie kulturelle und religiöse Praktiken und Vorstellungen einzelner Gruppen des Ostkongo, aber auch Rwandas und Ugandas waren aufgrund dieser Kontakte ähnlich.²⁹⁷ Die Unterscheidung zwischen „Hutu“ und „Tutsi“ oder „Hema“ und „Lendu“ war in der vorkolonialen Zeit sehr unscharf bzw. waren die Bezeichnungen keine ethnischen Kategorien im heutigen Sinn.²⁹⁸ Die einzelnen Gruppen bildeten dabei Verwaltungseinheiten

²⁹⁶ Lemarchand, Rene (2009): The Dynamic of Violence in Central Africa. Philadelphia: University of Pennsylvania Press. S. 207

²⁹⁷ Vgl. Muller 2005: 31-32

²⁹⁸ Vgl. Dunn 2003: 148

größerer, zentralistisch organisierter Herrschaftgebiete. Es handelte sich daher nicht um starre gesellschaftliche Grenzen.²⁹⁹

Die gesellschaftlichen Dynamiken spiegeln sich vor allem ab der Kolonialzeit in der Entstehung von Ethnonymen wider. Als Eigenbezeichnung werden dadurch gewisse Rechtsansprüche bzw. Rechtmäßigkeiten proklamiert, als Fremdbezeichnung wird versucht Gruppen von gewissen Rechten (etwa auf Siedlung und den Zugang zu Ressourcen) auszuschließen. Sehr deutlich wird das in den Bezeichnungen für die im Ostkongo lebenden rwandophonen Menschen während der Spätkolonialzeit. Vlassenroot weist darauf hin, dass während der Kolonialzeit eingewanderte Menschen aus Rwanda zusammen mit den schon seit dem 19. Jahrhundert ansässigen rwandophonen Gruppen als Banyarwanda bezeichnet wurden. Als Abgrenzung zu den neu eingewanderten bzw. angesiedelten Menschen aus Rwanda bezeichneten sich die „alteingesessenen“ Rwandesen in den 1960er Jahren als „Banyamulenge“ (Menschen aus Mulenge), um ihr Anrecht auf Land und nationale Anerkennung geltend zu machen.³⁰⁰

Die Frage nach Land und politischer Teilhabe führte schließlich zu einer Verhärtung gesellschaftlicher Grenzen und einer „Ethnisierung“ einzelner Gruppen, unter maßgeblicher Beteiligung kolonialer und religiöser Machthaber und sowohl zu deren Gunsten, als auch zugunsten lokaler Eliten.

8.2. Kooperationen und Konfrontationen

Eine verstärkte „Ethnisierung“ des politischen Geschehens im Ostkongo ist nicht erst seit dem Genozid in Rwanda und der Präsenz rwandischer Flüchtlinge im Kongo zu verzeichnen. Als das System von Mobutu zu bröckeln begann und er gezwungen war das Einparteiensystem aufzugeben, bildeten sich in vielen Teilen des Landes zunächst zivilgesellschaftliche Kooperativen, die sogenannten

²⁹⁹ Ebd.: 33-35

³⁰⁰ Vlassenroot, Koen (2002): Citizenship, Identity Formation and Conflict in South Kivu: The Case of the Banyamulenge. In: Review of African Political Economy, Vol. 2, No. 93/94. S. 499-515. S. 501 u. 505

Anm.: Die Siedlungsgeschichte rwandophoner Gruppen in den heutigen Gebieten Nord- und Südkivu wird unter Historikern kontrovers diskutiert. Die meisten stimmen jedoch dahingehend überein, dass der Einzug dieser Gruppen in die Kivus vor der Ankunft der Europäer einsetzte. Vgl. dazu Lemarchand 2005: 236 und Vlassenroot 2002: 501-502

mutuelles. „Most were identified with specific ethnic communities: Bushenga and Acuba with the Hunde, Kyahanda with the Nande, Bunakima with Nyanga, Magrivi with the Hutu, and Acogenoki essentially with the Tutsi.“³⁰¹ Diese Kooperativen, zunächst als Solidargemeinschaften gegründet, schafften es als Interessenvertretungen ins politische Feld aufzusteigen. „[...] they became a major instrument of ethnic mobilization in the hands of ambitious politicians.“³⁰² Diese Solidargemeinschaften sind jedenfalls gleichzeitig als Folge der Öffnung des politischen Feldes und des staatlichen Rückzugs aus der Region und den damit einhergehenden ökonomischen Veränderungen zu sehen. Dennoch versuchte Mobutu die Gemeinschaften zu instrumentalisieren, wodurch es zu gesellschaftlichen Spaltungen und Grenzziehungen kam. „The principle of géopolitique was used to argue that all positions of authority could only be awarded to those originating from the region concerned.“³⁰³ Eine ungeeinte Gesellschaft barg schließlich weniger Gefahren für die Regierung. Interessant, wenn auch spekulativ, ist in diesem Kontext die Frage, was im Kongo geschehen wäre, wenn Mobutu nicht erst durch die Rebellion Kabilas, sondern schon davor gestürzt worden wäre. Im Gespräch mit dem US-Diplomaten und Politikberater Chester Crocker erhält die Journalistin und Autorin Michela Wrong folgende Einschätzung: „Wenn wir von ihm verlangt hätten, den Geldhahn zuzudrehen, dann hätten ihn seine eigenen Leute gestürzt.“³⁰⁴

Zunehmend waren auch NGOs in das Ringen um Land und politische Teilhabe involviert. Insbesondere die Kirchen bzw. kirchliche Organisationen spielten dabei eine Rolle. Adventisten und Katholiken etwa setzten sich dabei für „Tutsi“, Neuapostolische Kirchen für „Hunde“ und „Nyanga“ ein.³⁰⁵ Das Engagement der

³⁰¹ Lemarchand 2009: 208

³⁰² Ebd.

³⁰³ Vlassenroot, Koen (2000): Identity and Insecurity. The Building of Ethnic Agendas in South Kivu. In: Doom, Ruddy/ Gorus, Jan F.J. (Hg.): Politics of Identity and Economics of Conflict. Brüssel: VUB University Press, S. 263-288. S. 270

³⁰⁴ Wrong, Michela (2002): Auf den Spuren von Mr. Kurtz. Mobutus Aufstieg und Kongos Fall. Berlin: Verlag Klaus Bittermann. S. 213

³⁰⁵ Lemarchand 2009: 213; Vgl. dazu auch Tull 2005: 219-221

Kirchen ging so weit, dass mitunter Land von lokalen Autoritäten gekauft und innerhalb bestimmter Gruppen aufgeteilt wurde.³⁰⁶

Die Verhältnisse waren also schon vor dem ersten Kongokrieg in manchen Teilen des Landes angespannt und führten auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die vorwiegend im ländlichen Bereich entstandenen *mutuelles* weiteten ihren Einfluss auf die urbanen Bereiche aus, wo zivilgesellschaftliche Kooperativen und Vereine zunächst nicht ethnisch organisiert waren. „Until the early 1990s, in no other part [Kivu] of the Congo did the civil society look more promising as a potential *countre-pouvoir* to the Mobutist State.“³⁰⁷ Ob sich diese Zivilgesellschaft jedoch hätte entfalten können, oder in Konflikten auf regionaler Ebene um partikularistische Interessen ihr Ende gefunden hätte, ist eine andere Frage. Die ethnisierende Politik der schon erwähnten Solidargemeinschaften relativiert jedenfalls die manchmal hoffnungsvolle Sicht auf zivilgesellschaftliche Bewegungen und deren Möglichkeiten.

Das schon Anfang der 1990er Jahre symbolisch gesättigte Feld konkurrierender Interessen, blähte sich schließlich durch den Genozid in Rwanda, den Flüchtlingen im Kongo und vor allem den beiden Kongokriegen noch weiter auf. Dabei darf neben dem Einfluss der nationalen Akteure, jener der internationalen, speziell der USA und Frankreich, nicht außer Acht gelassen werden. Sie prägten durch ihre Politik, bestimmte Gruppen zu unterstützen und andere als Feinde zu betrachten, die ethnische Agenda ebenfalls, und verstanden es, daraus hohe Gewinne zu erzielen. Die komplexen Dynamiken der Akteure sollen nun an zwei Beispielen festgemacht werden. Das erste Beispiel betrifft jene Gruppen, die ich als rwandophone Gruppen bezeichne. Das zweite betrifft jene Milizgruppen, die, trotz ihrer unterschiedlichen Interessen und den Feindschaften untereinander, als Mayi-

³⁰⁶ Müller 2005: 107

³⁰⁷ Lemarchand 2009: 207, Vgl. auch Ebd.: 225-226

Mayi³⁰⁸ bezeichnet werden. Um den Wandel zu veranschaulichen, scheint es hier am sinnvollsten chronologisch vorzugehen.

8.2.1. Rwandophone Bevölkerung im Ostkongo

Wie schon erwähnt beheimatete der Osten des heutigen Kongo bereits in vorkolonialer Zeit rwandophone Gruppen. Sie waren also Bestandteil des sozialen Lebens und der ökonomischen Realität. Die Rivalitäten um Land und politische Teilhabe bedingt durch koloniale Tribalisierungspolitik und die postkoloniale Instrumentalisierung bestimmter Gruppen prägten das soziale Leben und führten zu einer Ethnisierung des selbigen.

Die Situation nach 1994 war im Ostkongo von mehreren Konfliktpotentialen und Konstellationen geprägt. Erstens der Genozid in Rwanda, zweitens der Konflikt um Land und politische Partizipation im Ostkongo und drittens der Konflikt um politische Macht auf nationaler Ebene.³⁰⁹ Die Rebellion der ADFL schaffte es zunächst, die meisten partikularen Interessengruppen im Kongo für sich zu gewinnen, darunter auch Vertreter kongolesischer „Hutu“. Die ehemaligen Gegner, die sich Anfang der 1990er Jahre in Form von *mutuelles* organisierten, waren nun Teil einer größeren Bewegung. Die gemeinsamen Feinde waren die rwandischen „Hutu“-Flüchtlinge und das System Mobutu. Mit dem zweiten Kongokrieg änderten sich die Verhältnisse. Die „Banyamulenge“, die integraler Bestandteil der Rebellion gegen Mobutu waren und denen sowohl ein offizieller Status, als auch damit verbundenes Land zugesprochen wurde, erklärte Kabila nun zum Feind des Kongo.³¹⁰ Im Laufe des zweiten Kongokrieges und darüber hinaus veränderte sich die Lage jedoch erneut. Erstmals machte sich 2002 unter den „Banyamulenge“

³⁰⁸ Anm. Der Name Mayi-Mayi (Mayi ist die kongolesische Variation des Kiswahili-Wortes Maji und bedeutet Wasser) geht auf den Maji-Maji Aufstand zwischen 1905 und 1907 im ehemaligen Deutsch-Ostafrika (heute kontinentales Tanzania, Rwanda und Burundi) zurück, bei dem sich Gruppen, die sich außerhalb der kolonialen Kontrolle befanden, unter der Führung eines „Propheten“ namens Kinjikitile gegen die kolonialen Besatzer formierten. Der Name rührt von einem Glaube, wonach ein heiliges, gesegnetes Wasser die Kämpfenden vor den Kugeln der Feuerwaffen schützen sollte. Vgl. dazu etwa Iliffe, John (2003): Geschichte Afrikas. München: C.H. Beck. S. 263

³⁰⁹ Vgl. Vlassenroot 2000: 264

³¹⁰ Mamdani, Mahmood (1999): Preliminary Thoughts on the Congo Crisis. In: Social Text, No. 60, Globalization? S. 53-62. S. 58-59

zusehends eine rwandafeindliche Stimmung breit.³¹¹ Dies ging so weit, dass bei gewaltsamen Auseinandersetzungen 2004 ein Großteil der „Banyamulenge“ nicht, wie man annehmen könnte, eine Kooperation mit dem von Rwanda gestützten Nkunda einging, sondern sich im Gegenteil in eine Allianz von Kabilas FARDC, der burundischen FNL (Forces Nationales de Libération) und der FDLR integrierte.³¹² Paradox scheint dies nicht nur, da die „Banyamulenge“ in der Vergangenheit von Rwanda unterstützt wurden, sondern vor allem deshalb, weil durch die FDLR in diesem neuen Bündnis Kräfte integriert waren, die seit der Vertreibung aus Rwanda gegen die „Banyamulenge“ vorgegangen waren.

Dieses „Bekanntnis“ der „Banyamulenge“ zu Kinshasa ist wohl am ehesten im Kontext der in der Vergangenheit immer wiederkehrenden Frage der Nationalität und der damit verbundenen Frage nach Legitimität zu verstehen. Da die Übergangsregierung 2003 international anerkannt wurde, die Unterstützung Rwandas und Ugandas durch die USA zusehends schwand und Kabila seine Position als nationaler Machthaber weitestgehend gefestigt hatte, waren Kinshasa und deren Verbündete die stärkeren Partner. Auch wenn sie den Ostkongo nicht kontrollieren konnten, so bot dieses Bündnis eine Möglichkeit, wonach die sozio-ökonomischen und territorialen Forderungen der „Banyamulenge“ in einem nationalen Rahmen verankert waren.

Die „Banyamulenge“ und andere rwandophone Gruppen, teilten in vielen Fällen das selbe Schicksal politischer Exklusion von nationaler Seite und hatten daher gemeinsame Ziele, die Kooperationen über vermeintlich ethnische Grenzen möglich machten. Der Fall der „Hema“ und „Lendu“ im Ituri, die ob der ähnlichen ökonomischen Ausrichtung gerne mit den „Hutu“ und „Tutsi“ in Rwanda vergleichen werden, ist in diesem Sinne nicht anders. Die von der Kolonialverwaltung höher gestellten pastoralen „Hema“ unterhielten nicht nur ökonomische Beziehungen zu den agrikulturell ausgerichteten „Lendu“, sondern teilten in manchen Regionen auch

³¹¹ Lemarchand 2009: 253

³¹² Reyntjens, Filip (2005): The Privatisation and Criminalisation of Public Space in the Geopolitics of the Great Lakes Region. In: The Journal of Modern African Studies, Vol. 43. No. 4. S. 587-607. S. 593-594

dieselbe Sprache und waren durch Heirat verbunden.³¹³ Die Tribalisierung durch die Kolonialverwaltung und Mission schuf ähnliche Verhältnisse wie zwischen „Hutu“ und „Tutsi“ in Rwanda, die in der Postkolonialität zu Problemen führten.³¹⁴ Durch die Kongokriege und Konflikte um Land kam es in einigen Fällen zu einer Ethnisierung zwischen Hema und Lendu.³¹⁵ Anderenorts waren die Beziehungen zwischen „Hema“ und „Lendu“ jedoch auch von Kooperation und Zusammenhalt geprägt.

8.2.2. Mayi-Mayi und die „Anderen“

Anfang der 1990er Jahre entstanden in den Kivu-Provinzen aufgrund der schwindenden sozialen und ökonomischen Möglichkeiten vor allem junger Menschen einige kleine Milizen. Sie setzten sich vor allem aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammen und hatten bei ihrer Entstehung relativ wenig Einfluss auf die lokalen Machtverhältnisse. Jedoch wurden sie bald von lokalen Eliten als militärischer Arm für deren Kampagnen instrumentalisiert und waren als solcher unter anderem für das Vorgehen gegen die rwandophone Bevölkerung im März 1993 mitverantwortlich.³¹⁶ Diese Milizen, die in ihrer Zusammensetzung und Struktur viele Ähnlichkeiten mit den in den 1960er Jahren entstandenen Simbarebellen hatten, begannen sich ab 1993 Mayi-Mayi zu nennen und setzten sich aus Mitgliedern verschiedener Gruppen zusammen, darunter zum Beispiel „Hunde“ und „Nyanga“. Durch die „Hutu“-Flüchtlinge verschärfte sich die Situation. Die Mayi-Mayi verstanden sich zwar als nationalistische Bewegung, verbündeten sich jedoch mit dem militärischen Teil der Flüchtlinge gegen die im Ostkongo lebende „Tutsi“-Bevölkerung.³¹⁷

³¹³ Vgl. Pottier, Johan (2008): Displacement and ethnic reintegration in Ituri, DR Congo: challenges ahead. In: Journal of Modern African Studies. Vol. 46, Issue 3. S. 427-450

³¹⁴ Vgl. Pottier, Johann (2010): Representations of Ethnicity in the Search for Peace: Ituri, Democratic Republic of Congo. In: African Affairs. Vol. 109, No. 434. S. 23-50

³¹⁵ Lemarchand 2009: 235

³¹⁶ Raeymaeker, Timothy/ Vlassenroot, Koen (2005): The Formation of Centres of Profit, Power and Protection. Conflict and Sozial Transformation in Eastern DR Congo. Occasional Paper Center of African Studies University of Copenhagen. Verfügbar unter: http://www.teol.ku.dk/cas/research/publications/occ_papers/vlassenroot_samletpaper.pdf/. Letzter Zugriff: 02.07.2012. S. 6-7

³¹⁷ Jourdan, Luca (2011): Mayi-Mayi: Young Rebels in Kivu, DRC. In: African Development, Vol. 34, No. 3&4. S. 89-111. S. 94

Dies scheint zunächst einmal paradox. Eine aus verschiedenen „ethnischen“ Gemeinschaften zusammengesetzte Gruppe, die sich als nationalistische Bewegung versteht, verbündet sich mit ausländischen, in diesem Fall rwandischen, Kräften, um gegen andere Kongolesen vorzugehen. Wie ist das nun zu bewerten? Zunächst war die Anzahl der bewaffneten Kräfte unter den rund 2 Millionen Flüchtlingen beträchtlich und überstieg bei weitem die kleinen Mayi-Mayi Verbände. Da zu dieser Zeit kaum mehr Streitkräfte der FAZ (Forces Armées Zairoises) im Osten stationiert waren und die Mayi-Mayi dem Mobutu-System ohnehin feindlich gegenüber standen, war ein Bündnis die einzige Möglichkeit während dieser prekären Sicherheitslage weiter zu bestehen. Obwohl die lokalen Eliten sich gegen alle „Banyarwanda“ verbündeten, also gegen „Hutu“ und „Tutsi“, war eine Kooperation der „Hutu“ aus Rwanda und der Mayi-Mayi möglich.

Während der ADFL Rebellion 1996 und 1997 teilten sich die Mayi-Mayi. Die meisten jedoch verbündeten sich mit Kabila gegen Mobutu. Nur wenige richteten sich gegen die Rebellion. Sie sahen darin einen Versuch der „Tutsi“ den Kongo unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Situation änderte sich nach der Machtübernahme Kabilas. Nun richteten sich die Mayi-Mayi gegen ihn und seine Verbündete. Erst nach dem Bruch Kabilas mit Rwanda und Uganda und dem Beginn des zweiten Kongokrieges schlugen sich die Mayi-Mayi erneut auf die Seite von Kabila. Mit der Unterstützung Kinshasas kontrollierten sie vor allem die ländlichen Gegenden, wohingegen die RCD die urbanen Räume besetzte. Diese Kooperation blieb seit 1998 bestehen. Ab 2003 gliederten sich schließlich einige Gruppen in die FARDC ein.³¹⁸

Bedenkt man die Situation im zweiten Kongokrieg, so waren die Mayi-Mayi faktisch die einzigen Verbündeten Kabilas innerhalb der besetzten Gebiete im Osten und hatten, wenn auch ohne Aussicht auf militärische Erfolge was die Besetzung der Städte anbelangt, dennoch die Kontrolle über die ruralen Gebiete. Wie die Übersicht der Konflikte verdeutlicht hat, war die Präsenz der FARDC auch nach dem offiziellen Abzug Rwandas und Ugandas gering, sodass dem Fortbestehen der nichtintegrierten Mayi-Mayi Gruppen nichts im Wege stand. Festzuhalten ist, dass

³¹⁸ Ebd.: 95

die Mayi-Mayi nach der Klassifikation von Tull als Milizgruppen verstanden werden können. Insofern ist ihr Interesse bzw. das Interesse lokaler Eliten, von denen sie instrumentalisiert werden, von der ökonomischen und sozialen Kontrolle auf lokaler Ebene geprägt. Durch die wechselnden Kooperationen innerhalb der Konflikte wird dies unterstrichen. Die Aggression richtet sich folglich gegen sämtliche Akteure, die die Kontrolle über Land, Ressourcen und das soziale Leben unterbinden und selbst erlangen wollen.

Obwohl die meisten Mayi-Mayi am ehesten als unpolitisch bezeichnet werden können, vertreten einige darüber hinaus eine politische Agenda, die laut Jourdan Luca als marxistisch-nationalistisch zu beschreiben ist. Darunter einzuordnen ist etwa eine Gruppe mit dem Namen *Resistance Nationale Lumumbiste*. Die „Anti-Tutsi“ Haltung ist auch hier vorhanden, jedoch in einem globalen Zusammenhang, da diese Gruppe die „Tutsi“ als Marionetten bzw. Vorbote imperialistischer westlicher Kräfte versteht, die den Kongo ausbeuten wollen.³¹⁹

Trotz der nationalistischen Agenda einiger Mayi-Mayi Gruppen, die jedoch gleichzeitig im Licht ökonomischer und machtpolitischer Interessen gesehen und daher, ob der tatsächlich politischen Motivation, relativiert werden muss, und der Tatsache, dass diese Gruppen gerne als ethnische Milizen bezeichnet werden, sind sie nicht als Akteure zu verstehen, die den ethnischen Diskurs maßgeblich prägen. Vielmehr bedienen sie sich vorhandener ethnischer Agenden bzw. werden in diesem Kontext von lokalen Eliten instrumentalisiert.

Ethnizität orientierte sich in den Konflikten im Kongo also nicht an ethnischen Gruppen, sondern wurde den jeweiligen Situationen bzw. Konflikten angepasst. Konkret bedeutet das, dass scheinbare ethnische Grenzen dann gezogen oder aufgelöst werden, wenn es für die jeweiligen Konfliktakteure opportun erscheint. Man könnte auch sagen, es handelt sich um ethnische Konflikte ohne ethnische Gruppen. Durch welche Strategien Ethnizität mobilisiert wurde, soll im Folgenden geklärt werden.

³¹⁹ Ebd.: 106

8.3. Ressourcen, Strategien und ethnisches Agendasetting

Die ethnischen Agenden im Ostkongo sind seit der Kolonialzeit durch zwei Probleme geprägt, der Frage nach Land und der nach politischer Partizipation bzw. politischer Macht. Beide bedürfen einer gewissen Legitimation seitens derer, die sie einfordern. Der Ostkongo, so könnte man sagen, wurde durch seine Geschichte starker sozialer Dynamiken und Veränderungen speziell seit der Kolonialzeit zu einem immer komplexeren Verhandlungsfeld verschiedener lokaler, nationaler und internationaler Akteure, sowohl auf einer symbolischen, als auch auf realer Ebene. Dabei spielten und spielen unterschiedliche Gesellschaftsgruppen verschiedene Rollen zu verschiedenen Zeiten. Die Rolle dieser Gruppen ist essentiell für das Verständnis heutiger Konflikte, da sie selbst zu symbolischen Ressourcen wurden.

8.3.1. Land creates Conflict creates Ethnicity

Hoyweghen und Vlassenroot merken an, dass der „ethnische Konflikt“ kein Konflikt zwischen ethnischen Gruppen ist, jedoch „[...] ethnic groups with rigid boundaries are the outcome of violence.“³²⁰ Doch wie kommt es dazu? Ethnizitäten im Konflikt sind „[...] loose forms of identification and organisation.“³²¹ Gerade dadurch ist es umso einfacher, kritische Massen zu mobilisieren. Es bedarf keiner komplexen kulturellen oder sozialen Normen oder Vorstellungen und bietet dadurch den nötigen symbolischen Raum, um aus materiellen Interessen und Ressourcen immaterielle Werte zu schaffen.³²² Diese materiellen Ressourcen divergieren von Fall zu Fall, jedoch sticht das Thema Land bzw. Landnahme besonders hervor und soll, da es nun schon mehrmals erwähnt wurde, näher betrachtet werden.

Chris Huggins und Koen Vlassenroot wenden den Blick ab von den vielfach beschriebenen makroökonomischen Dimensionen des Krieges und verorten vier Gründe, weshalb Landbesitz derart wichtig im Kontext der Konflikte ist. Der erste betrifft die verschiedenen Auslöser von Konflikten, die sie folgendermaßen einteilen:

³²⁰ Hoyweghen/Vlassenroot 2000: 111

³²¹ Ebd.

³²² Vgl. Turton, David (1997): Introduction. War and Ethnicity. In: Turton, David (Hg.): War and Ethnicity: Global Connections and Local Violence. Rochester: University of Rochester Press. S. 1-46. S. 11

„triggers‘ of violence“, die oftmals sehr plötzlich und unerwartet auftreten und die Ursache für größer angelegte Ausschreitungen sind, „‘proximate‘ causes“, die im Vergleich zu den Auslösern oft sichtbar sind und als Konfliktursache erkannt werden, und „‘structural‘ or ‘background‘ causes“, die weniger sichtbar sind, jedoch die Konflikte maßgeblich prägen. Die strukturellen Ursachen sind schließlich in der Verarmung der ruralen Bevölkerung aufgrund des unsicheren oder unzureichenden Zugangs zu Land zu sehen.³²³

Zweitens, und das wird vor allem in den Ituri Konflikten sehr deutlich, ist die Bedeutung von „purchase and expansion of agricultural and ranching concessions“, also die lokale ökonomische Praxis von Bedeutung.

Der dritte Grund besteht in den Auswirkungen dieser Praxis, also Landverteilung und -Besitz, auf die Konflikte, etwa in Form von Vertreibung. „Conflict is producing new competitions for land, as part of wider renegotiation of local economic space and re-drawing of ethnic, class and other ‘boundaries‘ between groups.“³²⁴ Damit bildet Landverteilung nicht nur eine Ursache für Konflikt, sondern fördert in weiterer Folge auch ethnische Grenzziehungen.

Viertens bedeutet Landbesitz auch Macht. Huggins und Vlassenroot bezeichnen ihn als einen von vielen „currencies of power“.³²⁵ Insofern schließt sich gewissermaßen ein Kreis. Denn Land ist a) per se Ursache von Konflikt und eröffnet b) als reale Ressource die Möglichkeit, politische und soziale Macht zu erlangen bzw. die Kontrolle über das politische und soziale Feld zu verteidigen und ist insofern wiederum essentieller Bestandteil in Konflikten um diese Felder.

„Control over land indeed represents a multi-dimensional resource: it is used as a community territory, as an economic resource, as a source of administrative revenue, and as a social asset. It is therefore significant in terms of ethnic identity-formation, the powers and revenue-streams of local customary leaders, and market penetration of rural economies.“³²⁶

³²³ Huggins Chris/ Vlassenroot, Koen (2005): Land, Migration and Conflict in Eastern DRC. In: Huggins, Chris/ Clover, Jenny (Hg.): From the Ground Up: Land Rights, Conflict and Peace in Sub-Saharan Africa. Pretoria: ISS. S. 115-194. S. 120

³²⁴ Ebd.: 121

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Raeymaekers/ Vlassenroot 2005: 9

Zusammenfassend ist Land also sowohl eine strukturelle, als auch akute Konfliktursache, eine symbolische, sowie reale Ressource, und nährt darüber hinaus ein diskursives Feld, das folgend behandelt werden soll, nämlich die Konstruktionen von Autochthonismus und Allochthonismus bzw. von „einheimisch, nativ“ und „fremd“.

8.3.2. Die Rede vom „Anderen“: Mechanismen der In- und Exklusion

Als Basis für diese Erörterung soll der Artikel „Sons of which soil? The Language and Politics of Autochthony in Eastern Congo“ von Stephen Jackson dienen. Jackson identifiziert vier Ebenen, auf denen diese Differenzierungsart als Inklusions-/Exklusionsmechanismus zur Anwendung kommt, nämlich auf lokaler, provinzieller, nationaler und regionaler Ebene. Analog dazu verortet er vier Differenzierungsparameter, nämlich Ethnizität auf lokaler Ebene, *Géopolitique* bzw. *administrative geography* auf provinzieller Ebene, nationale Zugehörigkeit bzw. Anerkennung auf nationaler Ebene und *Megaethnicity* auf regionaler Ebene.³²⁷ An diesem Punkt ist nochmals darauf hinzuweisen, dass ich Ethnizität gemäß Wimmer verstehe³²⁸ und die von Jackson beschriebenen Differenzierungsparameter daher allesamt unter die Kategorie Ethnizität fallen. Fangen wir mit der ersten Ebene an.

Auf lokaler Ebene wird das Thema von der Frage bestimmt, wer zu welcher ethnischen Gruppe gehört und ob diese Gruppe während der Kolonialzeit von der kolonialen Administration als Teil einer bestimmten Region wahrgenommen wurde. Auf dieser Ebene geht es vor allem um das Recht, das eine Gruppen gemäß einer kolonialen Historizität hat oder nicht hat, in bestimmten Gebieten zu leben.³²⁹ Die zweite Ebene betrifft insbesondere das Anrecht auf politische Mitsprache und geht im Wesentlichen auf die *géopolitique* von Mobutu zurück, welche vorsah, dass bei der CNS (Conférence Nationale Souveraine) die Repräsentanten der Provinzen zu einer in diesen Provinzen autochthonen Gruppe zählten, was wiederum in Debatten

³²⁷ Jackson, Stephen (2006): Sons of Which Soil? The Language and Politics of Autochthony in Eastern Congo. In: African Studies Review, Vol. 49, No. 2. S. 95-123. S.100-107

³²⁸ Siehe Kapitel 2.2.3.

³²⁹ Jackson: 2006: 100

über die Legitimität bestimmter Repräsentanten und letztlich Gruppen endete.³³⁰ Die Ebene der Nationalität ist besonders speziell, da sich die Situation von Gruppen, bestimmte Rechte zu erhalten, im Laufe der kolonialen und postkolonialen Geschichte änderte. Tatsächlich werden rwandophone Gruppen von vielen als „Ausländer“ gesehen, selbst in Zeiten, in denen sie juristisch als Kongolesen galten. Das Thema Nationalität betrifft jedoch nicht nur Gruppen auf lokaler Ebene, sondern wurde in der Vergangenheit ebenfalls gerne in Negativkampagnen um politische Ämter verwendet. Von dem ehemaligen Präsidenten Kasavubu, über Mobutu bis hin zu Joseph Kabila wurde die Frage der Nationalität und damit der Legitimität zu einem Politikum auf höchster Ebene.³³¹ Die vierte Ebene bzw. deren Rekonstruktion in der Postkolonialität ist besonders interessant, da der Differenzierungsparameter hier Bezug auf die Hamiten-Theorie nimmt, und somit einen kolonialen anthropologisch-biologistischen Diskurs darstellt. Konkret geht es dabei um die Konstruktion der „Tutsi“ bzw. „Banyamulenge“ und „Hema“ als (allochthone) „Niloten“, und anderer Gruppen, darunter „Hutu“, „Nyanga“, „Lendu“ und andere als (autochthone) „Bantu“.³³²

Wieso sind diese vier Ebenen im Zusammenspiel von Ethnizität, Landnahme und Konflikt im Ostkongo von Bedeutung? Wie bereits dargestellt wurde, verlaufen die Kooperationen und Konfrontation nicht immer nach denselben Mustern. Jedoch bietet jede dieser Ebenen ein Argument für eine Kooperation oder Konfrontation, bzw. ein Argument für Integration oder Exklusion. Die „Hutu“ beispielsweise können als aus Rwanda stammende Gruppe und damit als Feinde konstruiert werden, oder im Kontext der *Megaethnicity* als „Bantu“ und daher als Partner gegen „Tutsi“ oder andere als nicht „bantuid“ identifizierte Gruppen gelten.³³³ Diese Agenden sind damit insofern integraler Bestandteil lokaler Dynamiken von Gewalt und sozialer Transformation, als sie dazu dienen, Ängste zu schüren, Ethnizität zu konstruieren und dadurch in weiterer Folge Gewalt zu mobilisieren.

³³⁰ Ebd.: 102

³³¹ Ebd.: 104-106

³³² Ebd.: 107-108

³³³ Vgl. dazu Tull 2005: 98

9. State- und Peacebuilding im Ostkongo

Dieses Kapitel soll nun die Rolle der Vereinten Nationen innerhalb der Konflikte beleuchten. Dabei soll zunächst geklärt werden, welche Strategien im Laufe der Jahre verfolgt wurden und wie sich die Strategien geändert haben. Daran anknüpfend soll ebenfalls die Frage nach den Gründen für die Veränderung der Strategien, als auch die Folgen dieser Veränderungen behandelt werden. Weiters soll geklärt werden, welche Rolle konkret die Betrachtung des Kongo als Failed State dabei spielt und wie mit der Bewertung der Situation speziell nach 2003 und 2006 umgegangen wird. Die Bewertung des Kongo nach 2003 und ferner nach den Wahlen 2006 als Postkonfliktregion, so meine These, führt zu einer Unterbewertung der lokalen Gewalt, die jedoch bis heute das Hauptproblem für Flüchtlingsbewegungen, Menschenrechtsverletzung hinsichtlich Folter, Mord und sexueller Gewalt, sowie Massentötungen darstellt.

9.1. Prioritäten und Aufgaben der Missionen

Wie bereits in Punkt 7.1.3. ersichtlich wurde, reagierte die Internationale Gemeinschaft über Jahre sehr zögerlich was den Einsatz von Waffengewalt anbelangt. Das Vorgehen der UNO sieht für derartige Missionen standardisierte Methoden vor. Diese lassen sich grob in vier verschiedene Phasen einteilen. In der ersten Phase sollte ein Abkommen zum Waffenstillstand unterzeichnet und abgesichert werden. Die zweite Phase betrifft die Überwachung des Abkommens und die Meldung von Verstößen gegen selbiges. Die dritte Phase betrifft den DDRRR-Prozess (Disarmament, Demobilization, Repatriation, Reintegration and Resettlement) und in der vierten Phase liegt der Fokus auf der Übergangssicherung, der Durchführung von Wahlen und einer Stabilisierung von Sicherheit.³³⁴

Das sogenannte robuste Mandat nach Artikel VII der UN Charter ist für ein reaktives und vor allem präventives Eingreifen erforderlich. Solch ein robustes Mandat wurde flächendeckend für kritische Regionen erst durch die Resolution

³³⁴ Jacobs, Ludwig (2008): Im Interesse der EU oder der DR Kongo? In: Justenhoven, Heinz-Gerhard/ Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): Intervention im Kongo. Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU. Stuttgart, Kohlhammer. S. 89-125. S. 91

1493 am 28. Juli 2003 gewährleistet. Das Jahr 2003 bildet daher eine Zäsur innerhalb der Interventionsgeschichte der UNO im Kongo. Wie wenig effizient dieses Mandat umgesetzt wurde, wird durch die unzähligen Toten und Vergewaltigten deutlich. Natürlich reicht ein Mandat alleine nicht aus um den Schutz der Bevölkerung zu garantieren. Es macht es nur rechtlich möglich. Daher soll nun erarbeitet werden, weshalb dieses Mandat nicht effizienter umgesetzt wurde bzw. nicht umgesetzt werden konnte.

9.1.1. Noch *Peacekeeping* oder schon *Statebuilding*?

Im theoretischen ersten Teil dieser Arbeit wurde bereits festgestellt, dass *Peacekeeping* und *Statebuilding* Mechanismen sind, die in Konflikt- oder Postkonfliktgebieten nicht etwa getrennt voneinander verfolgt werden, sondern innerhalb von Missionen verschmelzen, um einen Liberalen Frieden zu schaffen und in weiterer Folge einen liberal-demokratischen Staat zu formieren. Was ist nun unter dem Titel „*Noch Peacekeeping oder schon Statebuilding?*“ zu verstehen? *Peacekeeping* soll hier nicht etwa im Sinne der UNO verstanden werden, also als Strategie einen negativen Frieden³³⁵ auf nationaler Ebene zu schaffen, sondern als effektives Maßnahmenpaket um einen Schutz der Bevölkerung sowohl akut, als auch nachhaltig zu garantieren.

Wie bereits bei der Beschreibung der Konfliktverläufe ersichtlich wurde, reagierten die Vereinten Nationen zu Beginn des ersten Kongokrieges sehr zögerlich, wohingegen einzelne Staaten in dieser Phase noch großen Einfluss auf das Geschehen nahmen. Gemeint sind damit vor allem die USA und Frankreich. Die Position der beiden Staaten als permanente Mitglieder im Sicherheitsrat und deren Interessen in Zentralafrika, lassen es nicht zu, die Absenz der UNO und Präsenz der USA und Frankreich als Zufall zu betrachten. Im Jahr 1999 wurde jedenfalls die MONUC eingesetzt, um den Waffenstillstand zu überwachen, nicht jedoch um Frieden zu schaffen. Denn dazu wären erstens die 700 Mitarbeiter der MONUC nicht

³³⁵ Der Ausdruck negativer Frieden beschreibt einen Zustand, in dem es zu einem Aussetzen der Kampfhandlungen zum Beispiel in Form eines Waffenstillstandes kommt.

fähig gewesen und zweitens erfolgte das Einsetzen der Mission erst nach den Friedensverhandlungen von Lusaka im selben Jahr.

Der erste konkrete Versuch die UNO zum Handeln zu bewegen wurde von Kofi Annan im Zuge der Entsendung von UNO-Personal in die Hauptstädte der beteiligte Staaten entwickelt und an den Sicherheitsrat adressiert. Es handelt sich dabei um Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Darin enthalten sind Pläne für Hilfestellungen bei den Friedensverhandlungen, Überwachung des Friedens, sowie Maßnahmen zur Etablierung eines DDR-Programms (Disarmament, Demobilization and Reintegration). Darüber hinaus weist Annan auf die durch den Krieg bedingte humanitäre Krise hin, die jedoch, aufgrund des Erfolges bei den Friedensverhandlungen, auf gutem Weg sei gelöst zu werden. Ferner, so Annan, und darin ist sein Versuch zu sehen, sich stärker zu engagieren, sei eine effektive Mission nur durch ausreichende Geldmittel und Mitarbeiter zu erreichen.³³⁶ Insbesondere letzterer Empfehlung wurde nur sehr zögerlich und unzureichend nachgekommen. Der Bericht sah weiters die Etablierung einer Joint Military Commission (JMC) vor, die aus zwei Vertretern jeder Konfliktpartei und einem von der OAU (Organisation of African Unity) eingesetzten unabhängigen Vorsitzenden zusammengesetzt war, deren Mandat folgende Aufgaben innehatte:

- (a) Establishing the location of units at the time of the ceasefire;
- (b) Facilitating liaison between the parties for the purpose of the ceasefire;
- (c) Assisting in the disengagement of forces to investigate any reports of ceasefire violations;
- (d) Verifying all information, data and activities relating to belligerent forces;
- (e) Verifying the disengagement of the belligerent forces where they are in direct contact;
- (f) Working out mechanisms to disarm armed groups;
- (g) Verifying the quartering and disarmament of all armed groups;
- (h) Verifying the disarmament of all Congolese civilians who are illegally armed;
- (i) Monitoring and verifying the orderly withdrawal of foreign forces.³³⁷

³³⁶ UN Security Council (1999): Report of the Secretary-General on the United Nations Preliminary Deployment in the Democratic Republic of Congo. 15. Juli (S/1999/790)

³³⁷ Ebd.

Da die Kampfhandlungen durch das Friedensabkommen von Lusaka nicht beendet wurden, verfehlte die Mission ihre Ziele. Durch die Resolution 1291 im Jahr 2000 wurde daher eine Vergrößerung der Truppen auf 5537 Soldaten autorisiert, der Kongo als „threat to international peace and security in the region“³³⁸ bezeichnet und die Mission mit dem Mandat unter Artikel VII ausgestattet, was jedoch in Anbetracht der Anzahl an Soldaten und deren Stationierung wenig bewirkte. Tatsächlich waren die Aufstockung der Truppen, sowie die Erweiterung des Mandats unter Artikel VII an die Einhaltung des Friedens gebunden und erfolgte erst 2001 mit dem Zusatz: „*The Security Council [...] Notes with satisfaction that the ceasefire among the parties to the Lusaka Ceasefire Agreement has been respected [...]*“³³⁹. Ansonsten blieb der Tenor der gleiche, wie in Resolutionen davor, also Bedenken über die Sicherheitslage, Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen und Forderungen nach Frieden.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass in den ersten vier Jahren seitens der UNO kaum interveniert wurde. Man setzte auf Methoden der Friedenskonsolidierung in Form von Überwachungsorganen und Beratern. Menschenrechtsverletzungen wurden zwar angeprangert, jedoch wurde kein Versuch unternommen sie aktiv zu unterbinden. Die Vereinten Nationen warteten lieber ab.

Mit Joseph Kabila schien sich ab 2001/2002 die Lage auf zwischenstaatlicher Ebene zu entspannen, was die UNO hoffnungsvoll stimmte. Seit Anfang 2001, als die MONUC ihre dritte Phase erreichte, wurde vor allem versucht den DDRRR-Prozess voranzutreiben. Während dessen legte die Weltbank einen ersten Bericht zur Sanierung des Staates und einer dafür benötigten Summe von 155 Millionen US-Dollar vor. Die Weltbank sieht vor allem zwei Prioritäten.

Restoring macro-economic stability through an interim program covering the period June 2001-March 2002, monitored by IMF staff, aimed at breaking hyperinflation and stabilizing the economy. Good

³³⁸ UN Security Council (2000): Resolution 1291. 24. Februar (S/RES/1291)

³³⁹ UN Security Council (2001): Resolution 1355. 15. Juli (S/RES/1355)

performance could lead to support under the Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF).³⁴⁰

und

Improving governance to lay the way for recovery, including through democratization, promoting justice, partnership with the private sector, transparency and accountability in public transactions, reforming the fiscal system and rebuilding institutional and human capacity. Although it is urgent to begin measures to improve governance, full implementation will be a lengthy process.³⁴¹

Die ersten Sanierungspläne hinsichtlich der Etablierung von bürokratischen Strukturen und der Re-Ökonomisierung des Staates, wurden schon während der Friedensverträge erarbeitet. Neben dem DDRRR-Programm der MONUC wurde ebenfalls der Transitionsprozess für die Etablierung der Übergangsregierung vorangetrieben, welche schließlich am 30. Juli 2003 eingesetzt wurde. Der Friedensvertrag 2002 wurde zum Anlass genommen, den Kongo nun als Postkonfliktregion zu klassifizieren.³⁴² Dies wiederum bot die Möglichkeit die Tore für die schon in den Startlöchern stehenden Entwicklungsagenturen zu öffnen. Tull merkt dazu kritisch an.

„Nachkriegsgesellschaften sind attraktive Ziele für entwicklungspolitische Organisationen. Jeder investierte Dollar resultiert in weitaus höheren Wachstumsraten [...] und kann daher als Ausweis erfolgreicher Entwicklungsmaßnahmen herangeführt werden.“³⁴³

Die Entwicklungsorganisationen stehen sich dabei nicht nur gegenseitig im Weg, sondern konkurrieren auch untereinander. Hinzu kommt, dass viele Initiativen, die innerhalb der UNO verfolgt werden, durch opportunistische Alleingänge einzelner Staaten Europas und Nordamerikas ihr Ziel verfehlen bzw. nicht verfolgt werden.

„Peace and security is high on the agenda of many international development agencies and Western governments, some of whom have

³⁴⁰ The World Bank (2001): Transitional Support Strategy for the Democratic Republic of Congo. 9. Juli. Report Nr. 22499-ZR. S. i

³⁴¹ Ebd.

³⁴² Tull 2008: 70

³⁴³ Ebd.: 71

peace initiatives outside of the UN and AU peace process, trying to broker deals that will increase their influence with the post-conflict regimes. Regional states acting unilaterally, the European Union, the USA, Canada, European countries, religious organisations such as the Catholic Church and international and regional NGOs are all active in the negotiations. Each has its own agenda for seeking peace in the region, with some operating in an opportunistic way and not necessarily co-ordinating their activities.“³⁴⁴

Nachdem die Übergangsregierung ihre Arbeit aufgenommen hatte, wurde im Jänner 2004 ein neuer Bericht der Weltbank veröffentlicht. Die Massaker in Ituri ein paar Monate zuvor werden darin eher nebenbei erwähnt und lapidar als „trouble spots“³⁴⁵ bezeichnet. Zudem soll ein etwas verzerrter und einseitiger Blick in Vergangenheit die Möglichkeiten für eine prosperierende Zukunft darstellen.

„Prior to the conflict, the Congolese economy was dominated by a broad range competitive, foreign-dominated export activities, developed around the country’s extraordinary natural resources (mining, agriculture, forestry, energy). This had resulted in a relatively high level of urbanization - and it co-existed with traditional agriculture and informal activities which provided incomes to a large part of the population.“³⁴⁶

Implizit gewünscht ist also die Rückkehr der „foreign-dominated export activities“, da diese eine hohe Urbanisierungsrate zur Folge haben, der traditionellen Landwirtschaft nicht im Wege stehen und in Form des informellen Sektors Einkommen garantieren. Die Folgen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen unter Mobutu, die es den Firmen ermöglichte so gut im damaligen Zaire zu wirtschaften, und die sozioökonomischen Probleme, die nicht selten durch die Landnahme und -Verwertung der ausländischen Bergbau- oder Holzunternehmen bedingt war oder zumindest dadurch verstärkt wurde, finden keine Erwähnung. Die Weltbank ist daher weniger an effektiven Strategien zur Verbesserung der Lebensumstände der Menschen interessiert, sondern eher am makroökonomischen Potential des Landes.

³⁴⁴ Daley, Patricia (2006): Challenges to Peace: Conflict Resolution in the Great Lakes Region of Africa. In: Third World Quarterly. Vol. 27, No. 2. S. 303-319. S. 310

³⁴⁵The World Bank (2004): Transitional Support Strategy for the Democratic Republic of Congo. 26. Jänner. Report Nr. 27751. S. 4

³⁴⁶ Ebd.: 5

Ab 2003 wurde, nach relativ erfolgloser dritter Phase, die vierte Phase eingeleitet. Die Abhaltung (demokratischer) Wahlen wird von den Vereinten Nationen gewissermaßen als die „heilige Kuh“ des Interventionismus gesehen. Dementsprechend viel Wert wurden darauf gelegt und Mittel dafür zur Verfügung gestellt.³⁴⁷ Autesserre bezeichnet diese Maßnahmen sogar als „Election Fetish“³⁴⁸. Wodurch ist dieser *Election Fetish* zu erklären? Schon bei den Friedensprozessen setzte man darauf, Vertreter der Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu holen. Die Strategien zur Entwaffnung und Reintegration sehen ebenfalls eine Partizipation der Eliten diverser Gruppen in der Politik und Armee vor. Der Gedanke dahinter ist, dass dadurch ein erster Schritt in Richtung Stabilisierung und Frieden getan wird.³⁴⁹ Bis zu den Wahlen waren die Strategien der UNO respektive der MONUC sehr technischer Natur. Größer angelegte Programme auf lokaler Ebene und vor allem im ländlichen Bereich sucht man vergeblich. Der Vier-Stufen-Plan der UNO war mit 2006 weitestgehend abgeschlossen. Der erhoffte Friede blieb jedoch aus.

Im Zentrum des Interesses war nun die sogenannte *security reform*. Während andere Bereiche sich mit entwicklungs- und demokratiepolitischen Themen beschäftigten, versuchte der militärische und strategische Teil der MONUC die Sicherheitslage in den Griff zu bekommen. Dabei setzte man verstärkt auf eine Professionalisierung der FARDC. Schon seit 2003 wurden hunderte Millionen US-Dollar dafür zur Verfügung gestellt.³⁵⁰ 2004 konnten erste Erfolge verbucht werden, als gut ausgerüstete FARDC Einheiten in Bunia stationiert wurden, die zuvor vom belgischen Militär ausgebildet worden waren und sich selbst stolz als „peacekeeper“ bezeichneten. Ab 2005 wurde dann das erste Jointventure zwischen MONUC und FARDC ins Leben gerufen.³⁵¹ Diese Kooperation wurde nach den Wahlen fortgesetzt. Sie ist jedoch nicht nur als Methode der *security reform* zu sehen,

³⁴⁷ Siehe Kapitel 7.2.2.

³⁴⁸ Autesserre, Séverine (2010): *Trouble with the Congo. Local Violence and the Failure of International Peacebuilding*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 103

³⁴⁹ Vgl. UN General Assembly (2006): *Report of the Secretary-General on the Work of the Organisation*. 16. August. (A/61/1)

³⁵⁰ Veit, Alex (2012): *International intervention and the Congolese army. A paradox of intermediary rule*. In: Bliesemann de Guevara, Berit (Hg.). *Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention*. New York/ Oxon: Routledge, S. 40-56. S. 40

³⁵¹ Ebd.: 43

sondern eröffnet eine Möglichkeit Gewalt anzuwenden ohne selbst involviert zu sein. Julie Reynaert bezeichnet dieses Tabu der Gewaltanwendung als ein Prinzip der „Heiligen Dreieinigkeit“ des *Peacekeeping*.³⁵² Zusammen mit dem Verbote der Gewaltanwendung bilden die Einwilligung der Konfliktparteien und die Neutralität diese Dreieinigkeit.³⁵³ Obwohl nach dem Versagen in Somalia, Rwanda, Bosnien und anderen Staaten im Brahimi-Bericht auf die Wichtigkeit hingewiesen wurde in gewissen Situation die Möglichkeit des Eingreifens zu gewährleisten - was durch Artikel VII auch ermöglicht wurde - blieb das Tabu der Gewaltanwendung bestehen.³⁵⁴

Doch die Hoffnung der MONUC sollte bezüglich der FARDC enttäuscht werden, da bereits 2005 erste Probleme entstanden, als die internationalen Geldflüsse nachließen.³⁵⁵ Plünderungen, illegale Geschäfte mit Waffen und Rohstoffen und Menschenrechtsverletzungen durchzogen die FARDC. Offiziere schlossen Verträge mit lokalen Milizen und mischten in einige Regionen auch auf politischer Ebene mit. Die Sanktionierung dieser Verbrechen seitens der MONUC war jedoch nicht selbstverständlich. Es tat sich ein Konflikt auf, der exemplarisch für die Politik der UNO ist, jedoch selten so explizit zum Vorschein kam. *Statebuilding* kollidierte nun mit den Prinzipien der humanitäre Hilfe und dem Schutz der Zivilbevölkerung. Die MONUC hatte vor allem das Mandat, die nationale Armee zu unterstützen und aufzubauen, nicht jedoch Sanktionen zu verhängen. Auf der anderen Seite war sie ebenfalls - zumindest theoretisch - für den Schutz der Bevölkerung verantwortlich. Obwohl 2006 seitens der MONUC verkündet wurde Verstöße und Verbrechen zu sanktionieren, folgten diesem Aufruf keine Taten.³⁵⁶

9.1.2. Von Monuc zu Monusco: Neues Thema, alte Muster?

2010 wurde die MONUC für beendet erklärt und die MONUSCO ins Leben gerufen. Auf der Webseite der MONUSCO ist die offizielle Agenda im Vergleich zur

³⁵² Reynaert 2011: 10

³⁵³ Ebd.: 10-11

³⁵⁴ Ebd.: 12-13

³⁵⁵ Veit 2012: 43

³⁵⁶ Ebd.: 48

MONUC einsehbar. Unter dem Titel „*Helping bring peace and stability in the DRC*“ wird die Umbenennung wie folgt erklärt: „[...] to reflect the new phase reached in the country.“³⁵⁷ Die neue Agenda heißt Stabilisierung. Doch wie ist die Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung der Demokratischen Republik Kongo zu bewerten? Tatsächlich gab es schon ab 2005 innerhalb der UNO bzw. der MONUC Tendenzen, die Präsenz von Peacekeeping-Einheiten in den kritischen Regionen und Distrikten zu verstärken. Positiv zu verzeichnen war also, dass die Dimensionen der Gewalt im Ostkongo zumindest teilweise erkannt und ernst genommen wurde. Dennoch bleiben vor allem zwei Hauptprobleme. Erstens die Fehleinschätzung oder Nichtbeachtung lokaler Gewalt und mangelndes Wissen über die Dynamiken, die ihr zugrunde liegen, und zweitens die daraus resultierende Praxis. Es hat sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen MONUC und FARDC nur teilweise funktionierte, wobei das Problem nicht im Miteinbeziehen der nationalen Armee und Polizei lag, - das ist grundsätzlich positiv zu bewerten - sondern vor allem hinsichtlich der Art der Zusammenarbeit, die durch ein Abgeben der Verantwortung ganz im Sinne von David Chandlers Theorie des „Emire in Denial“³⁵⁸ und einen Mangel an Koordinierung und Mitteln gekennzeichnet war. Wie kam es nun zur Transformation der Mission? Den Massakern in Kiwanja und der Goma Krise 2008 folgte harsche Kritik, unter anderem seitens Human Rights Watch³⁵⁹, woraufhin der Schutz der Bevölkerung als oberste Priorität proklamiert wurde. Der Sicherheitsrat

„Requests MONUC to attach the highest priority to addressing the crisis in the Kivus, in particular the protection of civilians, and to concentrate progressively during the coming year its action in the eastern part of the Democratic Republic of the Congo.“³⁶⁰

Den Kooperationsprojekte zwischen MONUC und FARDC, die 2009 und 2010 unter den Bezeichnungen Kimia II und Amani Leo geschaffen wurden, um die

³⁵⁷ MONUSCO (o.J.): Mission Home. Verfügbar Unter: <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/monuc/> .Letzter Zugriff: 20.10.2012

³⁵⁸ Siehe Kapitel 3.3.3,

³⁵⁹ Vgl. HWR (2008): Killings in Kiwanja. The UN's Inability to Protect Civilians. Dezember. Verfügbar Unter: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/drc1208web.pdf> . Letzter Zugriff: 10.10. 2012

³⁶⁰ UN-Security Council (2008): Resolution 1856. 22. Dezember (S/RES/1856)

Bevölkerung zu schützen und die FDLR zu bekämpfen, folgten jedoch keine nennenswerten Verbesserungen. Amani Leo ermöglichte es lediglich seitens der MONUC mehr Druck auf die FARDC ausüben zu können.³⁶¹ Deshalb hielt man es für notwendig, eine neue Mission zu schaffen. Die MONUSCO, welche im Juli 2010 unter Resolution 1925 gestartet wurde, war mit denselben Problemen konfrontiert wie die MONUC. Der Schutz der Bevölkerung und Friedenskonsolidierungen wurden als Hauptaufgaben der Mission genannt. Zusätzlich sollten auch weiterhin die *security sector reform* und der DDRRR-Prozess weiterverfolgt werden.³⁶² Während der Neuausrichtung der Mission kam es im Juli und August zur Kibua-Mpofi-Krise in Nordkivu, bei der sowohl Mayi-Mayi und FDLR, als auch Soldaten der FARDC gemeinsam beteiligt waren. Sie verübten Morde und Massenvergewaltigungen an mehreren hundert Menschen, die sich über Tage hinzogen. Die MONUSCO, die einige Truppen nur 30 Kilometer entfernt stationiert hatte, schritt nicht ein. Als Erklärung wurde später mitgeteilt, dass keine eindeutigen Informationen eingegangen wären und die MONUSCO-Base in Kibua sowohl technische als auch personelle Probleme in Form von unausgebildeten und ortsunkundigen Peacekeeping-Mitarbeitern gehabt hätte.³⁶³ In den nun zwei Jahren ihres Bestehens konnte die MONUSCO keine nennenswerten Erfolge oder Verbesserungen erzielen. Jedoch ist das nicht bloß der MONUSCO anzulasten. Die finanziellen Mittel schwanden bedingt durch die Wirtschaftskrise. Die Abhaltung der Wahlen war hinsichtlich des Schutzes der Bevölkerung und einer Stabilisierung der Lage in kritischen Regionen eher ein Hindernis als ein Lichtblick. Eine „Musterwahl“ wie 2006 schien in unerreichbarer Ferne. Das wurde sowohl durch Unregelmäßigkeiten bei den Stimmabgaben und Auszählungen deutlich, als auch anhand der Ausschreitungen, die die Wahl 2011 begleiteten.³⁶⁴ Die internationale Unterstützung blieb aus, weshalb die MONUSCO mehr Ressourcen für die Wahlen zur Verfügung

³⁶¹ Reynaert 2011: 19

³⁶² Ebd.: 19-20

³⁶³ Ebd.: 20

³⁶⁴ Vgl. Johnson, Dominic (2012c): Zehn Jahre für nichts. In: Taz.de 12. Juli. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/Debatte-Konflikt-in-Ostkongo/!97176/>. Letzter Zugriff: 10.09.2012

stellen musste. Der neuen Rebellionsgruppe M23 schließlich kann die MONUSCO ebenso wenig entgegengesetzten wie den übrigen Rebellen, Milizen und Warlords.

9.1.3. Truppenstärke und -Qualität: Von der „Aristokratie des Todes“

Friedensmissionen in Regionen wie dem Ostkongo bergen viele Gefahren für das vor Ort stationierte Personal. Insbesondere in europäischen Staaten und den USA ist Teilnahme an Missionen in solchen Regionen innerhalb der Bevölkerungen nicht sehr beliebt, was sich wiederum auf die Politik in diesen Ländern auswirkt, nach dem Motto: Tote Soldaten sind schlecht für Wahlen. Selbst in den hausgemachten Kriegen, wie im Irak oder Afghanistan, wird alles unternommen, um öffentliche Diskussionen nicht allzu stark werden zu lassen, zum Beispiel, indem „gute“ Gründe für den Krieg konstruiert werden - im Irak und Afghanistan etwa Vergeltung und Befreiung - und ein mediales Agendasetting hinsichtlich dieser Gründe betrieben wird. Dieses Agendasetting impliziert auch die Nichtinformation, etwa das Verbot Särge oder Begräbnisse medial zu verwenden. Teilnahmen an Missionen, bei deren Argumentation man sich nicht der nationalen Kränkung oder des Stolzes bedienen kann, sind denkbar schwieriger zu erklären. Adekeye Adebajo bringt diese Problematik in Form eines Aufrufes an den Westen auf den Punkt.

„Despite the presumed domestic political risks of participating in such missions, it is important that a new aristocracy of death not be established where the lives of Western soldiers are worth more than those of non-Western peacekeepers and African civilians.“³⁶⁵

Die Zahlen sprechen in diesem Fall eindeutig für sich. 2007 betrug die Anzahl an Mitgliedern der MONUC 17.386. Unter den 16.658 Soldaten waren 4.380 aus Indien, 3.580 aus Pakistan, 1.333 aus Bangladesh, 1.324 aus Uruguay, 1.187 aus Südafrika und 1.050 aus Nepal. Die restlichen 3.805 Soldaten wurden von Benin, Bolivien, China, Ghana, Marokko, Senegal, Tunesien und einigen anderen Staaten gestellt. Die einzigen westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten, die

³⁶⁵ Adebajo, Adekeye (2004): From Congo to Congo: United Nations Peacekeeping in Afrika after the Cold War. In: Taylor, Ian/ Williams, Paul (Hg.): Afrika in the International Politics: External Involvement on the Continent. Oxon: Routledge. S. 195-212. S. 209

Soldaten stellten, waren Irland (3), Frankreich (6), die Tschechische Republik (3), Kanada (10) und Belgien (8).³⁶⁶ In manchen Staaten wird, ob der guten Entlohnung, dafür geworben an einer UNO-Mission teilzunehmen.³⁶⁷ Das Problem dabei ist nicht nur die Besserstellung westlicher Mitarbeiter, die vor allem Führungspositionen einnehmen, sondern auch teilweise die mangelnde Ausbildung und Ausrüstung der Soldaten, die von den Herkunftsländern bezahlt werden muss.

Ein weiterer Faktor, der ebenfalls als Aristokratie des Todes bezeichnet werden kann, sind die zur Verfügung stehenden Mittel der Mission im Allgemeinen. Die MONUC/MONUSCO wird oft als teuerste und mitgliederreichste Mission in der Geschichte der UNO bezeichnet, was grundsätzlich in totalen Zahlen gemessen stimmt. In Relation zur Größe und Bevölkerungszahl des Landes muss das jedoch relativiert werden. Während die Mission 2003 rund eine halbe Milliarde US-Dollar zur Verfügung hatte³⁶⁸ (heute sind es rund 1 Milliarde), wurden im Jahr 2000 rund 2 Milliarden für den Wiederaufbau des Balkan investiert.³⁶⁹ Der Kongo ist dabei keine Ausnahme im afrikanischen Vergleich. Dem Aufbau von Sierra Leone wurden jährliche Mittel von rund 150.000.000 US-Dollar zur Verfügung gestellt.³⁷⁰ Das Ausmaß wird am ehesten an einer Berechnung Pro-Kopf deutlich. Aus dieser ergibt sich, dass dem Kongo rund 40 US-Dollar, Afghanistan rund 130, Bosnien-Herzegowina 210, Irak 500, Kosovo 240 und Ost-Timor 280 US-Dollar zur Verfügung stehen.³⁷¹ In Sierra Leone sind es nach dieser Berechnung rund 30 US-Dollar.

9.2. Die Rede vom gescheiterten Staat und ihre Folgen

Das Thema *Failed States* wurde im ersten Teil der Arbeit behandelt. Es wurde vor allem auf die theoretischen Missstände hingewiesen, die dieses Konzept birgt. Nun soll am Beispiel des Kongo veranschaulicht werden, welche praktischen

³⁶⁶ UN Security Council (2007): Twenty-fourth Report of the Secretary-General on the United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of Congo. 14. November (S/2007/671). S. 19

³⁶⁷ Reynaert 2011: 24

³⁶⁸ Adebajo (2004): 208

³⁶⁹ Ebd.: 209

³⁷⁰ Ebd.

³⁷¹ Tull 2008: 74

Probleme sich daraus ergeben. Zunächst mal werde ich dazu drei Fehleinschätzungen der Internationale Gemeinschaft zum Thema *Failed State* und Staatsaufbau offenlegen, die Denis Tull in seinem Beitrag „Staatsaufbau in der DR Kongo“ diskutiert.

Die erste Annahme betrifft das Thema Institutionstransfer. Gemeint ist damit, dass die Internationale Gemeinschaft davon ausgeht, dass staatliche Institutionen einfach übertragen werden können.³⁷² Die zweite fehlgeleitete Annahme betrifft den Glauben an die geteilte Meinung bzw. Einschätzung zwischen Geber und Empfänger, was das Scheitern von Staaten, sowie deren Aufbau (Maßnahmen) anbelangt. Das Problem, so Tull, besteht darin, dass das „Ziel, [...], staatliche Eliten zu befähigen und vor allem dazu zu bewegen, mehr öffentliche Güter bereitzustellen, die ihrerseits die Legitimität der staatlichen Ordnung stärken sollen.“³⁷³ nicht erreicht wird und staatliche Eliten eher versuchen „[...] die politischen und wirtschaftlichen Ressourcen zu maximieren, die aus dem Zusammenbruch und Staatsaufbau resultieren.“³⁷⁴ Die dritte Annahme ist, dass die Internationale Gemeinschaft die nötige Bereitschaft hat, genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, die wiederum Staatsaufbau ermöglichen sollen. Tull geht dabei von drei unterschiedlichen Kapitalformen aus, die benötigt werden. Erstens das monetäre Kapital, zweitens das organisatorische Kapital und drittens „soziales oder moralisches Kapital“, welches notwendig ist, um den Staatsaufbau in den Augen der lokalen Bevölkerung zu legitimieren.³⁷⁵

Die im vorigen Kapitel präsentierten Zahlen verdeutlichen zumindest schon mal, dass das monetäre Kapital alles andere als ausreichend ist, um einen erfolgreichen Staatsaufbau zu gewährleisten. Die fehlende Koordination und Kommunikation, sowohl innerhalb der MONUC, als auch mit anderen Organisationen, die unter anderem durch die Nichtintervention in vielen Fällen deutlich wurde, bestätigt den Mangel an organisatorischem Kapital. Darunter fällt

³⁷² Tull 2008: 66

³⁷³ Ebd.: 69

³⁷⁴ Ebd.

³⁷⁵ Ebd.: 73

ebenfalls der Mangel an Anpassungsfähigkeit der MONUC an lokale Verhältnisse.³⁷⁶ Das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der MONUC war in vielen Fällen ebenso nicht gegeben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen gibt es Vorwürfe der zivilen Opposition bezüglich der Patronage-Politik der UNO. Zum anderen schwächten die Fälle von sexuellem Missbrauch³⁷⁷ und der Handel mit Rohstoffen³⁷⁸ durch MONUC Mitarbeiter das Vertrauen der Bevölkerung in die Mission.

Wie sieht es mit der ersten Annahme aus? Seit 2003 wird verstärkt daran gearbeitet eine Verwaltung im Kongo zu etablieren. Die Wahlen 2006 waren ein weiterer Schritt in Richtung Aufbau von Institutionen. Neben den Hauptwahlen fanden auch Kommunalwahlen und Wahlen innerhalb von Militär, Polizei und Justiz statt. Die Aufgabe dieser Einrichtungen wäre es, die jeweiligen Bereiche zu stärken. So sollten die Minister für Infrastruktur oder Gesundheit die zur Verfügung stehenden Mittel für den Ausbau von Straßen und Stromversorgung oder Krankenstationen sorgen. Dem wurde in all den Jahre jedoch nicht nachgegangen.³⁷⁹

Die zweite Annahme wurde ebenso wenig erfüllt, wie die anderen beiden. Als Interimsstaatschef konnte Kabila ab 2003 seine politische, aber vor allem ökonomische Macht ausbauen. Im Grunde genommen fing er damit schon 2001 an, als er die Internationale Gemeinschaft mit dem „Willen zum Frieden“ günstig stimmte. Ab 2006 wurde seine Macht noch mehr gefestigt. Sogar die internationale Presse verkündete, dass den Kongo nun Frieden und Demokratie erreicht hätten.³⁸⁰ Die finanziellen Mittel zum Staatsaufbau wurden zu Ressourcen des Erhalts und Ausbaus von politischer und ökonomischer Macht.³⁸¹ Im Gegenzug konnten sich die Partnerstaaten im Westen, vor allem die USA und Frankreich, guter Handels- und

³⁷⁶ Eriksen, Stein S. (2009): The Liberal Peace in Neither: Peacebuilding, State building and the Reproduction of Conflict in the Democratic Republic of Congo. In: International Peacekeeping. Vol. 16, No. 5. S. 652-666. S. 660-661

³⁷⁷ Vgl. Tull 2006

³⁷⁸ Vgl. Plaut, Martin (2007): Trading Guns for Gold: Pakistani Peacekeepers in the Congo. In: Review of African Political Economy, Vol. 34, No. 113, Imperial, Neo-Liberal Africa?. S. 580-588

³⁷⁹ Vgl. Eriksen 2009

³⁸⁰ Vgl. Autessere 2010: 232

³⁸¹ Vgl. Engelbert, Pierre/ Tull, Denis M (2008): Postconflict Reconstruction in Africa. Flawed Ideas about Failed States. In: International Security. Vol. 32, No. 4. S. 106-139. S. 119-125

Konzessionsgeschäfte sicher sein.³⁸² In den letzten Jahren wird zudem von der Regierung Kabila immer mehr der Abzug bzw. die Verkleinerung der Mission gefordert.³⁸³

Eriksen führt das Scheitern der MONUC auf vier Gründe zurück, die sich im Wesentlichen mit denen von Tull decken.

„First, the resources made available have been insufficient. Second, the policies of MONUC have been hampered by a lack of knowledge of local conditions and unwillingness to adapt policies to local context. Third, the attempts at state-building have run counter to the interests of key domestic actors. And, fourth, the model of state-building on which the effort has been based has been flawed and contradictory.“³⁸⁴

Die Auswirkungen der Annahme der Kongo sei ein „*Failed State*“, den aufzubauen es gilt, werden im Kontext des Fortbestehens der lokalen Gewalt deutlich. Die internationale Herangehensweise des Statebuilding schafft zum einen ein Patronage-Verhältnis zwischen Geldgebern und nationalen Eliten. Der mangelnde Wille seitens dieser Eliten, den Staat tatsächlich zu (re)strukturieren hat zur Folge, dass in bestimmten Regionen lokale Gewalt bestehen bleibt. Auf der anderen Seite verbraucht eben diese Patronage-Politik die notwendigen Ressourcen, welche benötigt werden, um die von Gewalt, Hunger und Krankheit geplagten Bevölkerung zu schützen.

9.3. Die Unterbewertung lokaler Gewalt: Ein Top-Down Problem?

Innerhalb der Konfliktzonen im Kongo sind lokale Gewalt und die daraus resultierenden Dynamiken essentiell für das Fortbestehen von Konflikt und fehlender Sicherheit. Das Problem, das Friedensmissionen weltweit haben, so argumentiert Autesserre, ist, dass sie keine Programme der Konfliktlösung auf lokaler bzw. *grassroot*-Eben etabliert haben.³⁸⁵ Wie in den vorangegangenen Kapitel deutlich

³⁸² Vgl. Eriksen 2009: 661-662

³⁸³ Tull, Denis M. (2010): Nicht länger willkommen: VN-Friedensoperationen in Afrika. In: SWP-Aktuell, No. 49. Verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A49_tll_ks.pdf . Letzter Zugriff: 12.07.2012

³⁸⁴ Eriksen 2009: 659

³⁸⁵ Autesserre 2010: 9

wurde, sind die Strategien der UNO und anderer Akteure im Feld des *Peace-* und *Statebuilding* sehr auf die Makroebene konzentriert, also Institutionenaufbau, Wahlen, Friedensverhandlungen auf nationaler Ebene und Entwaffnungsprogramme. In Kapitel 8.3.1. wurde die Rolle von Landnutzung und Landbesitz für die Konflikte verdeutlicht. Zu betonen ist, dass lokale Konflikte über Land und Macht mit Konflikten auf regionaler und nationaler Ebene interagieren, jedoch durch ihren autonomen und selbsterhaltenden Charakter speziell nach der Transitionsphase, also nachdem sich die meisten Staaten aus den Konflikten zurückgezogen hatten, nicht durch Mechanismen auf nationaler Ebene zu lösen waren.³⁸⁶ Doch auch schon während der Transitionsphase hätte lokale Gewalt als kritischer Faktor Erwähnung finden sollen. Zwei Gründe stechen dabei hervor. „First, the humanitarian cost of local antagonisms that turned violent was staggering. Second, the neglect of local issues could only lead to incomplete and unsustainable peace settlement.“³⁸⁷ Das Problem ist also, dass versucht wird ein bottom-up Problem mit einem top-down Lösungsansatz zu beseitigen.³⁸⁸ Doch wie kommt es dazu? Autesserre sieht die Gründe dafür an mehreren Stellen. Der übergeordnete Grund liegt in der, wie sie sagt, „Sozialisation“ der Mitarbeiter.

„Western and African diplomats, UN peacekeepers, and the staff of nongovernmental organisations involved in conflict resolution share a set of ideologies, rituals, assumptions, definition, paradigms, and standard operating procedures.“³⁸⁹

Konkret wurde lokale Gewalt als Folge regionaler und nationaler Konflikte gewertet und als ein Problem identifiziert, dass sich aus dem Fehlen staatlicher Autorität und einer verstärkten Neigung zu Gewalt unter der kongolesischen Bevölkerung ergibt.³⁹⁰ Das heißt, dass diese Art von Gewalt nicht als Forderung bzw. Verteidigung von symbolischen wie realen Ressourcen gewertet wurde, sondern

³⁸⁶ Vgl. Autesserre, Séverine (2006): Local Violence, National Peace? Postwar “Settlement“ in th Eastern D.R. Congo (2003-2006). In: African Studies Review. Vol. 49, No. 3. S. 1-29

³⁸⁷ Autesserre, Séverine (2007): D.R. Congo: Explaining Peace Building Failures, 2003-2006. In: Review of African Political Economy. Vol. 34, No. 113, Imperial, Neo-Liberal Africa?. S. 423-441. S. 438

³⁸⁸ Vgl. Ebd. 2010

³⁸⁹ Ebd.: 11

³⁹⁰ Ebd.

schlichtweg als Kriminalität. Ein Indikator, der die Banalisierung der andauernden Gewalt deutlich macht, ist die schon mehrmals erwähnte Kategorisierung des Kongo als Postkonflikt-Land. Diese Unterbewertung lokaler Gewalt ist jedoch laut Autesserre nicht genuin für die Mission im Kongo ist, sondern Teil der schon existierenden „Kultur“ des Peacebuilding.³⁹¹

Die aus dieser „Peacebuilding-Kultur“ resultierende Praxis wird nicht nur durch den mangelnden Willen zur Intervention deutlich, sondern auch in der impliziten Exklusion von lokalen Akteuren aus politischen und ökonomischen Prozessen. Diese Exklusion wird vor allem bei Friedensverhandlungen und Verhandlungen zur Etablierung von Interimsregierungen ersichtlich, wo insbesondere regionale Eliten mit eingebunden werden, die meist schon zuvor auf dem makropolitischen Feld vertreten waren. Das Land wurde also in der Transitionsphase zwischen schon etablierten Akteuren aufgeteilt. Die Ansprüche auf lokaler und provinzieller Ebene wurden ignoriert. Man ging davon aus, dass sich die politische und sozioökonomische Distribution von Macht und Teilhabe auf lokaler Ebene durch einen starken Staat von selbst ergibt. Ein weiterer Indikator, der die These der Unterbewertung von lokaler Gewalt stützt, ist die mangelnde Präsenz der Mission in ländlichen Regionen. Der urbane Fokus betrifft sowohl die Stationierung von UNO-Personal, als auch Projekte. Zwar werden Gelder für Wiederaufbau und Entwicklung auch für den ländlichen Bereich bereitgestellt, jedoch erreichen sie die Regionen nur sehr selten.

Tatsächlich gibt es auch Ausnahmen innerhalb der Interventionsgeschichte im Kongo. Der eindrücklichste Fall ist die Intervention in Ituri 2003. Nicht nur wurden hier militärische Einsätze zum Schutz der Bevölkerung getätigt, Ituri wurde darüber hinaus zur Provinz, der die meisten Peacekeeping-Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden. Es wurde sowohl ein eigener dezentralisierter Prozess der Friedensstiftung initiiert, also auch eine eigenständige Administration und ein eigener Fond eingerichtet.³⁹² Dennoch ist diese Ausnahme nicht repräsentativ für die Grundhaltung der UNO und der MONUC. Sie ist laut Autesserre auf zwei Gründe

³⁹¹ Vgl. Ebd.: 65

³⁹² Ebd.: 207

zurückzuführen. Der erste betrifft die differenziertere Sichtweise einzelner Diplomaten und Mitarbeiter der Mission, die lokale Gewalt anders bewerten. Sie bezeichnet dies als *organisational subculture*. Der zweite Grund erklärt das Intervenieren aus einem Moment des Schocks, also als ad hoc Aktion in Anbetracht großer humanitärer Desaster. Hier spielt jedoch nicht nur die Selbstreflexion der UNO bzw. deren operativer Mitarbeiter eine Rolle, sondern auch die mediale Verwertung größerer Ausschreitungen oder Massaker.³⁹³ Welcher dieser Gründe mehr ins Gewicht fällt ist schwer zu ermitteln. Fest steht jedenfalls, dass diese speziellen Fälle nicht zum Anlass genommen wurden, um die Methoden des *Peacekeeping* bzw. *Peacebuilding* zu überdenken und die Strategien an die jeweiligen Verhältnisse anzupassen.

11. Fazit und Schlussbemerkungen

Welche Rollen spielen Ethnizität und Intervention im Kontext der Konflikte im Ostkongo? Dieser Frage sollte im Zuge dieser Arbeit nachgegangen werden. Im ersten Teil sollten die für die Untersuchung wichtigen Begriffe, Theorien und Konzepte besprochen und diskutiert. Dabei wurden insbesondere die unterschiedlichen Haltungen innerhalb der Wissenschaft diesbezüglich deutlich. Im Zuge einer ideologiekritischen Auseinandersetzung waren Historizität und Kontext auf der einen Seite, Universalität auf der anderen Seite wichtig. So kann Ethnizität als universelles gesellschaftliches Phänomen betrachtet werden, dass in verschiedenen Situationen des sozialen Lebens relevant wird. Obwohl Ethnizität konstruiert wird, ist sie dennoch nicht erfunden im Sinne eines politischen oder gesellschaftlichen Systems oder einer Ideologie. Auch wenn sich daher die Inhalte und Diskurse von Grenzziehung gemäß der Unterschiedlichkeit gesellschaftlicher Systeme unterscheiden, so sind sie dennoch in ihrer Struktur gleich. An welchen Parametern sich diese Grenzziehungen orientieren, also ob nun physische, kulturelle, sprachliche oder religiöse Unterschiedlichkeit ausschlaggebend ist, ist dabei nicht von Bedeutung. Westliche kontemporäre Staatlichkeit und das Prinzip

³⁹³ Ebd.: 209-216

der liberalen Demokratie, so wie sie vor allem in Europa, Nordamerika und einigen Ländern anderer Regionen praktiziert wird, haben sich hingegen infolge komplexer historischer Ereignisse etabliert. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Begriffe wie Staat und Demokratie sind sehr kontextbezogen bzw. ortsbezogen sind und unterschiedlich verstanden und definiert werden. Ethnizität ist eine Realität menschlichen Zusammenlebens, die jedoch unterschiedliche Formen annimmt. Wie ist schließlich Konflikt zu (be)werten? Wenn nach Gründen oder Ursachen für Kriege und Konflikte geforscht wird, sind starre Einteilungen, die verschiedene Arten von Konflikten anhand institutioneller Rahmenbedingungen ausmachen, wenig förderlich. Der Staatenkrieg unterscheidet sich vom Bürgerkrieg letztlich nur durch die Konstruktion, die dem Staat zugrunde liegt.

Seit 1996 finden in der Demokratische Republik Kongo eine Reihe unterschiedlicher Konflikte statt. Sie reichen vom dörflichen Umfeld bis auf die internationalen Ebene. Manche sehen in den Konflikten eine Möglichkeit an Geld zu kommen, für andere sind sie ein aus ihrer Sicht notwendiges Mittel, um Macht zu halten oder wiederzuerlangen. Trotz der großen Anzahl an Konflikten und involvierten Akteuren, sowie der wechselnden Positionen während der Konflikte, konnten einige Erkenntnisse gewonnen werden. Dabei war es zunächst notwendig sowohl die Hintergründe der Konflikte, als auch der Akteure offenzulegen, um die verschiedenen Agenden und Dynamiken zu verstehen.

Es konnte aufgezeigt werden, dass Ethnizität sowohl auf nationaler Ebene, als auch auf lokaler Ebene, innerhalb zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen, in den Wechselbeziehungen zwischen nationalen, regionalen und lokalen Akteuren und in Verbindung mit NGOs und kirchlichen Vereinen ein kritischer Faktor ist. Im Sinne des *Political Tribalism* fungiert Ethnizität sowohl als Diskurs etwa durch die Konstruktion von Autochthonie und Allochthonie als Basis für den Erwerb symbolischer Ressourcen und sozialen Kapitals, als auch als Praxis durch die gezielte Inklusion und Exklusion gewisser Gruppen bei der Teilhabe an politischen Entscheidungen, der Distribution von Land und Ressourcen und des sozialen Lebens. Es wurde jedoch ebenso deutlich, dass es sich dabei nicht um Konflikte ethnischer Gruppen handelt, sondern um eine Ethnisierung des sozialen, politischen und ökonomischen

Feldes durch lokale, nationale und internationale Eliten, ausgelöst durch schon besagte Konflikte um Macht.

In diesem Kontext haben auch die Interventionen der internationalen Akteure Auswirkungen auf die Konflikte, indem sie durch standardisierte Methoden des State- und Peacebuilding indirekt in das soziale und politische Leben eindringen und durch die Exklusion und Inklusion gewisser Akteure und Gruppen bei politischen und sozio-ökonomischen Prozessen neue Spannungen erzeugen. Die von der UNO und deren Organisationen hochgehaltene Neutralität ist möglicherweise theoretisch gegeben, jedoch realpolitisch vor allem in Anbetracht der wirtschaftlichen Interessen vieler Staaten im Kongo faktisch nicht umsetzbar. Das standardisierte Vorgehen der UNO und der Fokus auf den urbanen Bereich hinsichtlich der Stationierung von Personal und der Distribution von Gütern und Dienstleistungen, hat zur Folge, dass die ländlichen Regionen zu Schauplätzen von Verbrechen und sich formierender militärischer Kräfte werden, die wiederum durch die fehlende Wahrnehmung von Verantwortung nicht verhindert werden. Die kolonialen Bilder und Diskurse, die von westlichen Medien, Think Tanks und Politikern, aber auch der Wissenschaft über Zentralafrika speziell seit den 1990er Jahren reproduziert werden, entmenschlichen bzw. werten das Leben und Leid im Kongo ab. Die Konstruktion der Normalität von Gewalt und die der „natürlichen“ Neigung zur Gewaltanwendung, sowie die Einschätzung, dass fehlende Staatlichkeit und alte, immer wieder kehrende ethnische Ressentiments die Gründe dafür sind, lassen es zu, das eigene Versagen und die eigenen Fehler zu verleugnen.

Wohin der Kongo gehen wird, hängt nicht von der von Leid geplagten Bevölkerung ab, die weder die Verantwortung dafür trägt, noch Verständnis dafür aufbringt, sondern vom Wille der Internationalen Gemeinschaft die Brille abzulegen, deren koloniale und hegemoniale Optik den Blick auf den Kongo und Afrika im Allgemeinen verzerrt, und vom Wille die eigenen Interessen hinter die Bedürfnisse „der Anderen“ zu stellen.

12. Bibliographie

Monographien, Sammelbände und Artikel:

- Adebajo, Adekeye (2004): From Congo to Congo: United Nations Peacekeeping in Afrika after the Cold War. In: Taylor, Ian/ Williams, Paul (Hg.): Afrika in the International Politics: External Involvement on the Continent. Oxon: Routledge. S. 195-212.
- Afoaku, Osita (2002): Congo's Rebels. Their Origins, Motivations, and Strategies. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 109-128.
- Albertini, Rudolf von (1976): Europäische Kolonialherrschaft. 1880-1940. Zürich: Atlantis Verlag AG.
- Anderson, Benedict (2006): Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London, New York: Verso.
- Autessere, Séverine (2010): Trouble with the Congo. Local Violence and the Failure of International Peacebuilding. Cambridge: Cambridge University Press.
- Autessere, Séverine (2007): D.R. Congo: Explaining Peace Building Failures, 2003-2006. In: Review of African Political Economy. Vol. 34, No. 113, Imperial, Neo-Liberal Africa?. S. 423-441.
- Autessere, Séverine (2006): Local Violence, National Peace? Postwar "Settlement" in th Eastern D.R. Congo (2003-2006). In: African Studies Review. Vol. 49, No. 3. S. 1-29.

- Baaz, Maria E./ Stern, Maria (2009): Why do Soldiers Rape? Masculinity, Violence, and Sexuality in the Armed Forces in the Congo (DRC). In: International Studies Quarterly 53, S. 495-518.
- Banks, Markus (1996): Ethnicity. Anthropological Constructions. London, New York: Routledge.
- Banton, Michael (1994): The Actor's Modell of Ethnic Relations. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. Ethnicity (Hg.) (2009): Ethnicity. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 98-104.
- Barth, Frederik (1998): Introduction. In: Barth, Frederik (Hg.): Ethnic Groups and Boundaries. Long Grove: Waveland Press, S. 9-38.
- Bathily, Abdoulaye (1994): The West African State in Historical Perspective. In: Osaghae, Eghosa E. (Hg.): Between State and Civil Society in Africa. Perspectives on Development. Oxford: Codesira. S. 41-74.
- Bentley, Carter G. (1987): Ethnicity and Practice. In: Comparative Studies in Society and History, Vol. 29, No. 1.
- Berman, Bruce (2010): Ethnicity and Democracy in Africa. In: Jica-Ri Working Papers No. 22. Verfügbar Unter: http://jica-ri.jica.go.jp/publication/assets/JICA-RI_WP_No.22_2010.pdf. Letzter Zugriff: 12.01.2013.
- Berman, Bruce/ Lonsdale, John (1992): Introduction Unhappy Valley. Conflict in Kenya and Africa: Book one: State and Class. London, James Currey.
- Bliesemann de Guevara, Berit (2012): Introduction. In: Bliesemann de Guevara, Berit (Hg.). Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention. New York/ Oxon: Routledge, S. 1-19.

- Bliesemann de Guevara, Berit/ Kühn, Florian P. (2010): Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt. Hamburg: Köber-Stiftung.
- Bourdieu, Pierre (1989): Social Space and Symbolic Power. In: Sociological Theory, Vol. 7, S. 14-25.
- Braudel, Fernand (1984): 'Geschichte und Sozialwissenschaften. Die „longue durée“'. In: Wehler (Hg.). Geschichte und Soziologie.
- Brubaker, Rogers (2010): Ethnicity without groups. In: Giubernau, Montserrat/ Rex, John (Hg.). The Ethnicity Reader. Nationalism, Multiculturalism and Migration. Cambridge, Malden: Politiy Press, S. 33-45.
- Brubaker, Rogers (2009): Ethnicity, Race and Nationalism. In: Annual Review of Sociology, Nr. 35, S. 21-42.
- Brubaker, Rogers/ Laitin, David D. (1998): Ethnic and Nationalist Violence. In: Annual Review of Sociology. Vol. 24, S. 423-452.
- Bucyalimwe, Mararo (1997): Land, Power, and Ethnic Conflict in Masisi (Congo-Kinshasa, 1940s-1994. In: The international Journal of African Historical Studies. Vol. 30, No. 3. S. 503-538.
- Carment, David (2003): Assessing state failure: implications for theory and policy. In: Third World Quarterly, Vol. 24, Nr. 3, S. 407-427.
- Chandler, David (2006): Empire in Denial. The Politics of State-building. London: Pluto Press.

- Chapman, Malcolm/ McDonald, Maryn/ Tokin, Elizabeth (1989): Introduction-History and Social Anthropology. In: Chapman, Malcolm/ McDonald, Maryn/ Tokin, Elizabeth (Hg.). History and Ethnicity. London: Routledge, S. 1-22.
- Clarke, John H. (1962): The Old Congo. In: Phylon. Vol. 23, S. 61-65.
- Cohen, Abner (1969): Custom & Politics in Urban Afrika. A Study of Hausa Migrants in Yoruba Towns. Berkley, Los Angeles: University of California Press.
- Cohen, Anthony P. (2010): The Symbolic Construction of Community. London, New York: Routledge.
- Cohen, Anthony P. (1993): Culture as Identity: An Anthropologist's View. In: New Literary History, Vol. 24, No. 1, Culture and Everyday Life, S. 195-209.
- Collier, Paul (2000): Doing Well out of War. An Economic Perspective. In: Berdal, Mats/ Malone, David M. (Hg.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 91-112.
- Comaroff, Jean/ Comaroff John L. (2011): Ethnizität. In: Gingrich, Andre/ Knoll, Eva-Maria/ Kreff, Fernand (Hg.). Lexikon der Globalisierung. Bielefeld: transcript Verlag, S. 68-72.
- Connor, Walker (1978): 'A Nation is a Nation, is a State, is an Ethnic Group, is a...'. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. (Hg.) (1994): Nationalism. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 36-46.
- Cornell, Stephen/ Hartmann, Douglas (1998): Ethnicity and Race. Making Identities in a Changing World. London: Pine Forge Press, Sage Publication.

- Daley, Patricia (2006): Challenges to Peace: Conflict Resolution in the Great Lakes Region of Africa. In: Third World Quarterly. Vol. 27, No. 2. S. 303-319.
- De Witte, Ludo (2001): Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo Krise. Leipzig: Forum Verlag.
- Duigan, Peter/ Gann, L. H. (1979): The Rulers of Belgian Africa, 1884-1914. New Jersey: Princeton University Press.
- Dunn, Kevin (2003): Imagining the Congo. The international Relations of Identity. New York: Palgrave Macmillan.
- Dunn, Kevin (2002): A Survival Guide to Kinshasa. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 53-74.
- Dunn, Kevin (2001a): Introduction: Africa and International Relation Theory. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): Africa's Challenge to International Relations Theory. New York, Palgrave, S. 1-8.
- Dunn, Kevin (2001b): MadLib #32: The (Blank) African State: Rethinking the Sovereign State in International Relations Theory. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): Africa's Challenge to International Relations Theory. New York, Palgrave, S. 46-63.
- Eckert, Andreas (2011): Nation, Staat und Ethnizität in Afrika im 20. Jahrhundert. In: Englert, Birgit/ Grau, Ingeborg/ Sonderegger Arno (Hg.). Afrika im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Wien, Promedia, S. 40-59.
- Eller, Jack David (1999): From Culture to Ethnicity to Conflict: An Anthropological Perspective on International Ethnic Conflict

- Emizet, Kisangani N.F. (2000): The massacre of refugees in Congo: A Case of UN Peacekeeping Failure and International Law. In: The Journal of Modern African Studies. Nr. 38, Vol. 2. S. 163-202.
- Engelbert, Pierre/ Tull, Denis M (2008): Postconflict Reconstruction in Africa. Flawed Ideas about Failed States. In: International Security. Vol. 32, No. 4. S. 106-139.
- Enzensberger, Hans Magnus (1993): Aussichten auf den Bürgerkrieg. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eriksen, Stein S. (2011): 'State failure' in theory and practice: the idea of the state and the contradictions of state formation. In: Review of International Studies, Nr. 37, S. 229-247.
- Eriksen, Stein S. (2009): The Liberal Peace in Neither: Peacebuilding, State building and the Reproduction of Conflict in the Democratic Republic of Congo. In: International Peacekeeping. Vol. 16, No. 5. S. 652-666.
- Eriksen, Stein S. (2001): The State We're In: Recent Contributions to the Debate on State-Society Relations in Africa, Vol. 28, Nr. 2, S. 289-307.
- Eriksen, Thomas H. (2002): Ethnicity and Nationalism. London, New York: Pluto Press.
- Etzersdorfer, Irene (2007): Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Fredrickson, George M. (2003): Racism. A Short History. Oxford, Princeton: Princeton University Press.

- Geertz, Clifford (1963): Primordial Ties. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. Ethnicity (Hg.) (2009): Ethnicity. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 40-45.
- Gingrich, Andre (2008): Ethnizität für die Praxis. Drei Bereiche, Sieben Thesen und ein Beispiel. In: Wernhart, Karl R./ Zips, Werner (Hg.): Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung. Wien: Promedia, S. 99-111.
- Grignon, François (2003): International response to the illegal exploitation of resources in the DRC. In: Gomes Porto, João/ Malan, Mark (Hg.): Challenges of Peace Implementation: The UN Mission in the Democratic Republic of Congo. Pretoria: Institute for Security Studies. S. 45-52.
- Grovogui, Siba N. (2001): Sovereignty in Africa: Quasi-Statehood and Other Myths in International Theory. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): Africa's Challenge to International Relations Theory. New York, Palgrave, S. 29-45.
- Gurr, Ted/ Pitsch Anne (2002): Ethnopolitische Konflikte und separatistische Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 287-312.
- Gutiérrez, Natividad (1997): Ethnic Revivals Within Nation-States? The Theories of E. Gellner and A.D. Smith Revisited. In: Wicker, Hans-Rudolf (Hg.). Rethinking Nationalism and Ethnicity. The Struggle for Meaning and Order in Europe. New York/ Oxford: Berg, S. 163-173.
- Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 178, S. 913-921.
- Haskin, Jeanne M. (2005): The Tragic State of Congo. From Decolonization to Dictatorship. New York: Algora Publishing.

- Heathershaw, John (2012): Conclusion: neither built nor formed-the transformation of states under international intervention. In: Bliesemann de Guevara, Berit (Hg.). Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention. New York/ Oxon: Routledge, S. 246-259.
- Heinrich, Manfred/ Kulesa, Manfred (2004): Dekonstruktion von Staaten als Chance für neue Staatlichkeit? Die Beispiele Somalia und Somaliland. In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselenkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 88-104.
- Heinz, Marco (1993): Ethizität und ethnische Identität. Eine Begriffsgeschichte. Bonn: Holos Verlag.
- Hippler, Jochen (2004a): Gewaltkonflikte, Konfliktprävention und Nationbuilding. Hintergünde eines politischen Konzeptes. In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselenkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 14-30.
- Hippler, Jochen (2004b): Nationalstaat aus der Retorte? Nation-Building zwischen militärischer Intervention, Krisenprävention und Entwicklungspolitik. In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselenkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 245-270.
- Hobsbawm, Eric J./ Kertzer, David J. (1992): Ethnicity ans Nationalism in Europe Today. In: Anthropology Today, Vol. 8, Nr. 1, S. 3-8.
- Hobsbawm, Eric J. (1988): Introduction: Inventing Traditions. In: Hobsbawm, Eric J./ Ranger, Terence (Hg.): The Invention of Tradition. Cambridge, New York: Cambridge University Press, S. 1-14.
- Hochschild, Adam (2006): Schatten über dem Kongo. Stuttgart: Klett-Cotta
- Hopp, Ulrike/ Kloke-Lesch, Adolf (2004): Nation-Building versus Nationenbildung - Eine entwicklungspolitische Perspektive In: Hippler, Jochen (Hg.). Nation-Building. Ein Schlüsselenkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Dietz, Bonn, S. 195-214.
- Horowitz, Donald (2001): The Deadly Ethnic Riot. Berkeley: University of California Press.

- Hoyweghen Van, Saskia/ Vlassenroot Koen (2000): Ethnic Ideology and Conflict in South Saharian Africa: The Culture Clash Revisited. In: Doom, Ruddy/ Gorus, Jan F.J. (Hg.): Politics of Identity and Economics of Conflict. Brüssel: VUB University Press, S. 93-118.
- Huggins Chris/ Vlassenroot, Koen (2005): Land, Migration and Conflict in Eastern DRC. In: Huggins, Chris/ Clover, Jenny (Hg.): From the Ground Up: Land Rights, Conflict and Peace in Sub-Saharan Africa. Pretoria: ISS. S. 115-194.
- Hummel, Hartwig/ Wehrhöfer, Birgitt (1996): Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. In: WeltTrends 12, Herbst, S. 7-34.
- Hund, Wulf D. (2006): Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Huntington, Samuel P. (1993): The Clash of Civilizations?. In: Foreign Affairs Vol. 72, No. 3, S. 22-49.
- Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. (2009): Introduction. In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. Ethnicity (Hg.): Ethnicity. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 3-14.
- Iliffe, John (2003): Geschichte Afrikas. München: C.H. Beck.
- Isaacs, Harold R. (1997): Idols of the Tribe. Group Identity and Political Change. New York: Harper and Row.
- Isaacs, Harold R. (1975): Basic Group Identity: The Idols of the Tribe. In: Glazer, Nathaniel/ Moynihan, Daniel P./ Schelling, Corinne S.: Ethnicity: Theorie and Experience. Cambridge: Harvard University Press, S. 29-52.
- Jackson, Robert (1992): Juridical Statehood in Sub-Saharan Africa. In: Journal of International Affairs, Nr. 46 (1), S.1-16.

- Jackson, Stephen (2006): Sons of Which Soil? The Language and Politics of Autochthony in Eastern Congo. In: African Studies Review, Vol. 49, No. 2. S. 95-123.
- Jacobs, Ludwig (2008): Im Interesse der EU oder der DR Kongo? In: Justenhoven, Heinz-Gerhard/ Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): Intervention im Kongo. Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU. Stuttgart, Kohlhammer. S. 89-125.
- Jenkins, Richard (2008): Rethinking Ethnicity. Arguments and Explorations. London: Sage Pub.
- Jenkins, Richard (2006): Pierre Bourdieu. London, New York: Routledge.
- Johnson, Dominic (2008a): Kongo. Kriege Korruption und die Kunst des Überlebens. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel.
- Johnson, Dominic (2008b): Interessenlagen der Akteure im bei der Stationierung von EUFOR. In: Justenhoven, Hans-Gerhard/ Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): Intervention im Kongo. Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU. Stuttgart: Kohlhammer. S. 14-29.
- Jones, Branwen Gruffydd (2005): Africa and the Poverty of International Relations. In: Third World Quarterly, Vol. 26, Nr. 6, S. 987-1003.
- Jourdan, Luca (2011): Mayi-Mayi: Young Rebels in Kivu, DRC. In: African Development, Vol. 34, No. 3&4. S.89-111.
- Kacza, Thomas (1990): Die Kongo Krise 1960-1965. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.
- Kaldor, Mary (2006): New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era. Cambridge: Polity Press.
- Kaplan, Robert D. (1994): The coming anarchy. In: Atlantic Monthly, Februar.
- Khan-Svik, Gabriela (2008): Kultur und Ethnizität als Forschungsdimensionen. Von der Kulturanthropologie zur Interkulturellen Pädagogik. Frankfurt am Main: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften.

- Kinet, Ruth (2005): „Licht in die Finsternis“. Kolonisation und Mission im Kongo, 1876-1908 Kolonialer Staat und nationale Mission zwischen Kooperation und Konfrontation. Europa-Übersee Bd. 15. Münster: Lit Verlag.
- Krasner, Stephen (2004): Building democracy after conflict: The case for shared sovereignty. In: Journal of Democracy, Vol. 16, Nr. 1, S. 69-83.
- Küpeli, Ismail (2010): Die Rede vom „gescheiterten Staat“. Legitimierung neoliberaler Weltordnung und militärischer Interventionen. In: Informationsstelle Militarisierung e. V. Nr. 05, Seite 1-12. Verfügbar unter: <http://imi-online.de/download/IMI-Studie2010failedstates.pdf>. Letzter Zugriff: 06.06.2012.
- Lemarchand, Rene (2009): The Dynamic of Violence in Central Africa. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Lenz, Carola (1994): „Tribalismus“ und Ethnizität in Afrika: ein Forschungsüberblick. Sozialanthropologische Arbeitspapiere Nr. 57. Berlin: Das Arabische Buch.
- Levine, Hal B. (1999): Reconstructing Ethnicity. In: The Journal of the Royal Anthropological Institute, Vol. 5, Nr. 2, S. 165-180.
- Lock, Peter (2003): Kriegsökonomie und Schattenglobalisierung. In: Ruf, Werner (Hg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen: Leske & Budrich, S. 93-123.
- Lonsdale, John (2004): Moral and Political Argument in Kenya. In: Berman, Bruce/ Eyoh, Dickson/ Kymlicka, Will (Hg.). Ethnicity and Democracy in Africa. Athens/ Oxford: Ohio University Press, S. 73-95.
- MacLean, Sandra J. (2001): Challenging Westphalia: Issues of Sovereignty and Identity in Southern Africa. In: Dunn, Kevin/ Shaw, Timothy (Hg.): Africa's Challenge to International Relations Theory. New York, Palgrave, S. 146-162.
- Maindo, Alphonse (2008): Congo-Kinshasa from One War to Another: Sociopolitical Practices and Political *Imaginaire*. In: Banegas, Richard/

- Chretien, Jean Pierre (Hg.): The Recurring Great Lakes Crisis. Identity, Violence and Power. London: Hurst and Company. S. 99-135.
- Mamdani, Mahmood (1999): Preliminary Thoughts on the Congo Crisis. In: Social Text, No. 60, Globalization? S. 53-62.
 - Moore, David (2001) From King Leopold to King Kabila in the Congo. The Continuities and Contradictions of the Long Road from Warlordism to Democracy in the Heart of Africa. In: Review of African Political Economy, Vol. 28, No. 87, Civil Society, Kleptocracy and Donor Agendas: What Future for Africa?. S. 130-135.
 - Muchai, Augusta (2002): Arms Proliferation and the Congo War. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 185-200.
 - Muller, Eric (2005): Ethnische Identitäten im Ostkongo. Eine Geschichte der Kivuregion. Berlin, Wissenschaftlicher Verlag Berlin.
 - Münkler, Herfried (2010): Die Neuen Kriege. Hamburg: Rowohlt.
 - Nelson, Samuel H. (1994): Colonialism in the Congo Basin 1880-1940. Athens (Ohio): Ohio University Center for International Studies.
 - Ngolet, François (2011): Crisis in the Congo. The Rise and Fall of Laurent Kabila. New York: Palgrave Macmillan.
 - Nzongola-Ntalaja, Georges (2002): The Congo from Leopold to Kabila: A People's History. London/ New York: Zed Books.
 - Nordstrom, Carolyn (2004): Shadows of War. Violence, Power, and International Profiteering in the Twenty-First Century. Berkeley/ Los Angeles/ London: University of California Press.
 - Paris, Ronald/ Sisk, Timothy (2009): Conclusion: confronting the contradictions. In: Paris, Ronald/ Sisk, Timothy (Hg.): The Dilemmas of Statebuilding. Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations. New York: Routledge, S. 304-315.

- Plaut, Martin (2007): Trading Guns for Gold: Pakistani Peacekeepers in the Congo. In: Review of African Political Economy, Vol. 34, No. 113, Imperial, Neo-Liberal Africa?. S. 580-588.
- Pospisil, Jan (2009): Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Pottier, Johann (2010): Representations of Ethnicity in the Search for Peace: Ituri, Democratic Republic of Congo. In: African Affairs. Vol. 109, No. 434. S. 23-50.
- Pottier, Johan (2008): Displacement and ethnic reintegration in Ituri, DR Congo: challenges ahead. In: Journal of Modern African Studies. Vol. 46, Issue 3. S. 427-450.
- Pouligny, Beatrice (2006): Peace Operations Seen from Below. UN Missions and Local Peace. Bloomfield/ London: Kumarian Press.
- Raeymaeker, Timothy/ Vlassenroot, Koen (2005): The Formation of Centres of Profit, Power and Protection. Conflict and Sozial Transformation in Eastern DR Congo. Occasional Paper Center of African Studies University of Copenhagen. Verfügbar unter: http://www.teol.ku.dk/cas/research/publications/occ_papers/vlassenroot_samletpaper.pdf/. Letzter Zugriff: 02.07.2012.
- Reno, William (1999): Warlord Politics and African States. London: Lynne Rienner Publishers.
- Reynaert, Julie (2011): MONUC/MONUSCO and Civilian Protection in the Kivus: IPIS Interns and Volunteers Series. Verfügbar unter: www.ipisresearch.com/download.php?id=327 . Letzter Zugriff: 13.08.2012.
- Reyntjens, Filip (2009): The Great African War. Congo and the Regional Geopolitics, 1996-2006. Cambridge: Cambridge University Press.
- Reyntjens, Filip (2005): The Privatisation and Criminalisation of Public Space in the Geopolitics of the Great Lakes Region. In: The Journal of Modern African Studies, Vol. 43. No. 4. S. 587-607.

- Richmond, Oliver P./ Franks, Jason (2011): Liberal Peace Transition. Between Statebuilding and Peacebuilding. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Rotberg, Robert (2003): Failed States, Collapsed States, Weak States: Causes and Indicators In: Rotberg, Robert (Hg.): State Failure and State Weakness in a Time of Terror. Washington D.C.: Brookings Institutions Press, S. 1-24.
- Rotberg, Robert (2002): The New Nature of Nation-State Failure. In: The Washington Quarterly, Vol. 25, Nr. 3, S. 85-96.
- Salzborn, Samuel (2006): Ethnizität und Ethnische Identität. Ein ideologiekritischer Versuch. In: Zeitschrift für kritische Theorie, Vol. 22, S. 99-119.
- Schicho, Walter (2005): Kongo. „Humanitäre Intervention“ im Stellvertreter-Bürgerkrieg. In: Becker, Joachim/ Hödl, Gerald/ Steyrer, Peter (Hg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajewo bis Kuito. Wien: Promedia/ Südwind. S. 224-241.
- Schicho, Walter (1999): Handbuch Afrika. Band 1: Zentralafrika, Südliches Afrika und die Staaten im indischen Ozean. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel/ Wien: Südwind.
- Schlichte, Klaus (2006): Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft. In: Geis, Anna (Hg.): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse. Baden-Baden: Nomos, S. 111-132.
- Smith, Anthony D. (1994): The Politics of Culture: Ethnicity and Nationalism. In: Ingold, Tim (Hg.): Companion Encyclopedia of Anthropology. London: Routledge, S. 706-733.
- Snyder, Jack (2000): From Voting to Violence. Democratization and Nationalist Conflict. New York, London: Norton.
- Stroux, Daniel (2006): Wahlen im Kongo: Das Ende einer langen Transition? In: GIGA-Fokus, Nr. 9. Verfügbar unter: <http://www.giga-hamburg.de/dl/>

[download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0609.pdf](#) .Letzter Zugriff: 13.09.2012.

- Tilly, Charles (1992): Coercion, Capital, and European States, AD 990-1992. Oxford: Blackwell.
- Trotha, Trutz von (2006): History, the 'Kalashnikov Syndrome' and Conflict Resolution Between the Global and the Local. Some sociological Remarks. In: Albrecht, Hans-Jörg u.a. (Hg.): Conflict and Conflict Resolution in Middle Eastern Societies - Between Tradition and Modernity. Berlin: Duncker und Humblot. S. 13-24.
- Tull, Denis M. (2010): Nicht länger willkommen: VN-Friedensoperationen in Afrika. In: SWP-Aktuell, No. 49. Verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A49_tll_ks.pdf . Letzter Zugriff: 12.07.2012.
- Tull, Denis M. (2008): Staatsaufbau in der DR Kongo. In: Justenhoven, Heinz-Gerhard/ Ehrhart, Hans-Georg (Hg.): Intervention im Kongo. Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU. Stuttgart, Kohlhammer, S. 65-77.
- Tull, Denis M. (2006): Herkulesaufgabe Kongo. Die MONUC zeigt Grenzen Komplexer Friedenssicherung auf. In: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen. Nr. 3. S. 90-97.
- Tull, Denis M. (2005): The Reconfiguration of Political Order in Africa: A Case Study of North Kivu (DR Congo). Hamburg African Studies, Nr. 13: Hamburg, Institut für Afrika-Kunde.
- Turner, Thomas (2007): Congo Wars. Conflict, Myth and Reality. London/ New York: Zed Books.
- Turner, Thomas (2002): Angola's Role in the Congo War. In: Clark, John F. (Hg.): The African Stakes of the Congo War. New York: Palgrave Macmillan. S. 75-92.

- Turton, David (1997): Introduction. War and Ethnicity. In: Turton, David (Hg.): War and Ethnicity: Global Connections and Local Violence. Rochester: University of Rochester Press. S. 1-46.
- Waldmann, Peter (2002): Bürgerkriege. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 368-389.
- Van den Berghe, Pierre. (1995): Does Race Matter? In: Hutchinson, John/ Smith, Anthony D. Ethnicity (Hg.) (2009): Ethnicity. New York, Oxford: Oxford University Press, S. 57-63.
- Vansina, Jan (1990): Paths in the Rainforests : Toward a History of Political Tradition in Equatorial Africa. Madison: University of Wisconsin Press.
- Veit, Alex (2012): International intervention and the Congolese army. A paradox of intermediary rule. In: Bliesemann de Guevara, Berit (Hg.). Statebuilding and State-Formation. The political sociology of intervention. New York/ Oxon: Routledge, S. 40-56.
- Veit, Alex (2010): Intervention as Indirect Rule. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Vlassenroot, Koen (2002): Citizenship, Identity Formation and Conflict in South Kivu: The Case of the Banyamulenge. In: Review of African Political Economy, Vol. 2, No. 93/94. S. 499-515.
- Vlassenroot, Koen (2000): Identity and Insecurity. The Building of Ethnic Agendas in South Kivu. In: Doom, Ruddy/ Gorus, Jan F.J. (Hg.): Politics of Identity and Economics of Conflict. Brüssel: VUB University Press, S. 263-288.
- Weber, Max (2010): Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Wesseling, Hendrik L. (1999): Teile und herrsche. Die Aufteilung Afrikas 1880-1914. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

- Wicker, Hans-Rudolph (1997a): Sphere Theories of Hannah Arendt and John Rex. In: Wicker, Hans-Rudolf (Hg.). Rethinking Nationalism and Ethnicity. The Struggle for Meaning and Order in Europe. New York, Oxford: Berg, S. 143-161.
- Wicker, Hans-Rudolph (1997b): Introduction. Theorizing Ethnicity and Nationalism. In: Wicker, Hans-Rudolf (Hg.). Rethinking Nationalism and Ethnicity. The Struggle for Meaning and Order in Europe. New York, Oxford: Berg, S. 1-42.
- Willame, Jean-Claude (1998): The „Friends of the Congo“ and the Kabila System. In: A Journal of Opinion, Vol. 26, No. 1, Central Africa in Crisis. S. 27-30.
- Wimmer, Andreas (2008a): The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries: A Multilevel Process Theory. In: American Journal of Sociology, Vol. 113, Nr. 4, S. 970-1022.
- Wimmer, Andreas (2008b): Elementary Strategies of Ethnic Boundary Making. In: Ethnic and Racial Studies, Vol. 31, Nr. 6, S. 1025-1055.
- Wimmer, Andreas/ Schetter, Conrad (2002): Ethnische Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Hagan, John (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.312-329.
- Wrong, Michela (2002): Auf den Spuren von Mr. Kurtz. Mobutus Aufstieg und Kongos Fall. Berlin: Verlag Klaus Bittermann.
- Young, Crawford/ Turner, Thomas (1985): The Rise and Decline of Zairian State. Madison: Wisconsin University Press.
- Zartman, William (1995): Collapsed States: The desintegration an restoration of legitimate authority. London: Lynne Rienner.

UN-Dokumente:

- HWR (2008): Killings in Kiwanja. The UN's Inability to Protect Civilians. Dezember. Verfügbar Unter: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/drc1208web.pdf> . Letzter Zugriff: 10.10. 2012.
- HWR (2008): Killings in Kiwanja. The UN's Inability to Protect Civilians. Dezember. Verfügbar Unter: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/drc1208web.pdf> . Letzter Zugriff: 10.10. 2012.
- The World Bank (2001): Transitional Support Strategy for the Democratic Republic of Congo. 9. Juli. Report Nr. 22499-ZR.
- The World Bank (2004): Transitional Support Strategy for the Democratic Republic of Congo. 26. Jänner. Report Nr. 27751.
- UN General Assembly (2006): Report of the Secretary-General on the Work of the Organisation. 16. August. (A/61/1).
- UN Security Council (1999): Report of the Secretary-General on the United Nations Preliminary Deployment in the Democratic Republic of Congo. 15. Juli (S/1999/790).
- UN Security Council (2000): Resolution 1291. 24. Februar (S/RES/1291).
- UN Security Council (2001): Resolution 1355. 15. Juli (S/RES/1355).
- UN Security Council (2001): Report of the Panel of Experts on Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. 12. April (S/2001/357).
- UN Security Council (2003): Final Report of the Panel of Experts on Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. 23. Oktober (S/2001/1027).
- UN Security Council (2005): Statement by the President of the Security Council. 12. April. (S/PRST/2005/15).

- UN Security Council (2007): Twenty-fourth Report of the Secretary-General on the United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of Congo. 14. November (S/2007/671).
- UN Security Council (2008): Resolution 1856. 22. Dezember (S/RES/1856).
- UN Security Council (2012): Addendum to the interim report of the Group of Experts on the Democratic Republic of the Congo (S/2012/348) concerning violations of the arms embargo and sanctions regime by the Government of Rwanda. 27. Juni (S/2012/348/Add.1).
- United Nations (2003): Handbook on United Nations Multidimensional Peacekeeping Operations. New York: Department of Peacekeeping Operations. Verfügbar unter: <http://www.peacekeepingbestpractices.unlb.org/Pbps/library/Handbook%20on%20UN%20PKOs.pdf>. Letzter Zugriff: 02.08.2012.
- United Nations (2008): United Nations Peacekeeping Operations. Principles and Guidelines. New York: Department of Peacekeeping Operations/ Department of Field Support. Verfügbar unter: http://pbpu.unlb.org/pbps/Library/Capstone_Doctrine_ENG.pdf Letzter Zugriff: 02.08. 2012.

Zeitungsberichte, Internet-Quellen:

- Charbonneau, Lois (2012): U.N. to release divisive report on Rwanda support for Congo rebels. In: Reuters.com. 26. Juni Verfügbar unter: <http://www.reuters.com/article/2012/06/27/us-congo-democratic-rwanda-idUSBRE85P1JA20120627> . Letzter Zugriff: 02.01.2013.
- Johnson, Dominic (2012a): Hutu-Miliz im Kongo. Ein weiterer FDLR-Führer gibt auf. In: Taz.de. 13. März. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/Hutu-Miliz-im-Kongo!/89547/> . Letzter Zugriff: 02.10.2012.
- Johnson, Dominic (2012b): Kriegsfront im Ostkongo. Die Revanche der Tutsi-Generäle. In: Taz.de. 08. Mai. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/Kriegsfront-im-Ost-Kongo!/92988/> . Letzter Zugriff: 02.10.2012.

- Johnson, Dominic (2012c): Zehn Jahre für nichts. In: Taz.de 12. Juli. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/Debatte-Konflikt-in-Ostkongo/!97176/> . Letzter Zugriff: 10.09.2012.
- Schmitt, Stefan (2009): Die Wurzeln des Bösen. In: Die Zeit, 37-39. Oktober, 22. S. 37.
- Weiland, Severin (2002): Struck bastelt an eigenen Schulterklappen. In: Spiegel Online. 05. Dezember. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrreform-struck-bastelt-an-eigenen-schulterklappen-a-225810.html> . Letzter Zugriff: 15.07.2012.
- MONUSCO (o.J.): Mission Home. Verfügbar Unter: <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/monuc/> .Letzter Zugriff: 20.10.2012.

Zusammenfassung:

Die Arbeit behandelt die Auswirkungen und Rollen von Intervention und Ethnizität auf die Konflikte, die während der letzten 17 Jahre im Osten der Demokratischen Republik Kongo stattgefunden haben. Dabei sollte zum einen ermittelt werden, welche Strategien von UNO und deren Partnern angewandt werden um die Lage zu stabilisieren und weshalb trotz dieser Strategien positive Veränderungen hinsichtlich der prekären Sicherheitslage ausbleiben. Zum anderen sollte untersucht werden, welche Relevanz ethnisierte Gewalt für die Konflikte hat und wie diese von internationaler Seite wahrgenommen wird.

Die Arbeit ist in zwei Teile unterteilt. Der erste Teil behandelt Theorien zu Ethnizität, Staatlichkeit, Staatszerfall und *Statebuilding*, sowie Theorien zu Kriegs- und Konfliktbegriffen. Die Diskussion dieser Theorien sollte dazu dienen, Mechanismen und Dynamiken ethnisierten Gewalt auf der einen Seite und Intervention auf der anderen Seite innerhalb der Konflikte verstehen zu können. Im zweiten Teil der Arbeit wurde die Geschichte der Konflikte und Interventionen dargelegt und die involvierten lokalen, nationalen und internationalen Akteure, sowie die gesellschaftlichen und politischen Dynamiken und Entscheidungen anhand der Theorien des ersten Teils analysiert.

Die Arbeit hat zu folgenden Ergebnissen geführt. Ethnizität ist ein wesentliches Element innerhalb der Konflikte im Ostkongo. Dennoch handelt es sich bei den Konflikten nicht um das, was gemeinhin als „ethnischer Konflikt“ beschrieben wird, sondern um Konflikte um Ressourcen, Macht und Land. Ethnizität wird dabei zu einem Instrument konkurrierender lokaler und nationaler Eliten, die sich der symbolisch aufgeladenen Geschichte des Gebietes der Großen Seen bedienen. Ferner konnte die Erkenntnis gewonnen werden, dass Konzepte und Strategien, die auf dem Aufbau staatlicher Strukturen auf makropolitischen und makroökonomischer Ebene basieren, nicht zu einer Lösung der soziopolitischen und ökonomischen Probleme führen. Stattdessen verschlingen diese Ansätze Ressourcen, die wichtig wären um den nachhaltigen Schutz der Bevölkerung vor Gewalt, Krankheit und Hunger zu gewährleisten. Die normativen Ansätze der *State-* und *Peacebuilder* entkontextualisieren die Konflikte und verhindern somit ein tiefgreifendes Verständnis gesellschaftlicher Probleme und Konfliktodynamiken.

Summary:

The thesis discusses the effects and repercussions of intervention and ethnicity on the conflicts that have taken place during the last 17 years in the eastern parts of the Democratic Republic of Congo. First it is to determine which strategies of the UN and its partners are used to stabilize the situation, and why these strategies fail to lead to positive changes within the Congo. Secondly, is to be examined, which relevance ethnicised violence has within the conflicts and how this is perceived by the international side.

The thesis is structured into two parts. The first part deals with theories on ethnicity, statehood, state failure and state building, as well as theories about concepts of war and conflict. The discussion of these theories should be used to understand the mechanisms and dynamics of ethnicized violence on the one hand and intervention on the other side within the conflicts. In the second part of the thesis, the history of conflicts and interventions was outlined and the involved local, national and international actors, as well as the social and political dynamics, and decisions were analyzed on the basis of the theories of the first part.

The thesis has led to the following conclusions. Ethnicity is an essential element within the conflicts in eastern Congo. Nevertheless, the conflicts are not to be seen as what is commonly described as "ethnic conflict", but as conflicts over resources, power and land. Ethnicity is an instrument of competing local and national elites, who are making use of the symbolically saturated history of the region of the Great Lakes. Furthermore, the finding could be won, that concepts and strategies that are based on state-building at the macro-political and macro-economic level do not lead to an improvement of the socio-political and economic problems. Instead, these approaches devour resources that would be important to ensure the sustainable protection of the population from violence, disease and hunger. The normative approaches of State- and Peacebuilders are decontextualizing the conflicts, and thus prevent a deep understanding of the social problems and dynamics.

Lebenslauf:

Name: Carl-Philipp Bodenstein

Geburtsdatum: 24. 09. 1986

Geburtsort: Wien

Staatsbürgerschaft: Österreich

Studium der Afrikanistik:

- 2008-2013

Schwerpunkt: Afrikanische Geschichtswissenschaften

1. Sprache: Kiswahili

2. Sprache: Fulfulde

Studium der Altsemitischen Philologie und Orientalische Archäologie:

- 2008-2010 (abgebrochen)

Zivildienst:

- März-November 2007

Schulische Ausbildung:

- 2006 Matura BORG Krems

- 1997-2005 BG/BRG Piaristengasse Krems humanistischer Zweig

- 1993-1997 Volksschule Weissenkirchen i.d. Wachau

Sprachkenntnisse:

- Deutsch (Muttersprache)

- Englisch fließend in Wort und Schrift

- Kiswahili mäßig in Wort und Schrift

- Latein

- Altgriechisch